

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühr),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Bienenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 M.

Inhalt: Die Stellung der bundesstaatlichen Regierungen zu der Frage des Bauarbeiterschutzes. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahregungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1905. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Stellung der bundesstaatlichen Regierungen zu der Frage des Bauarbeiterschutzes.

II.

Nachdem von mehreren Kommissionsmitgliedern hingewiesen worden war auf die Erfahrungen aus Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden, wo bereits Arbeiterkontrollen bestehen, äußerten sich auf besonderen Wunsch der Kommission die Vertreter dieser Staaten näher über diese Erfahrungen.

Der sächsische Bevollmächtigte erklärte, daß in der Frage der Bestellung von Arbeitervertretern als Baukontrollen seine Regierung keine grundsätzlich ablehnende Stellung einnehme, bisher aber Bedenken getragen habe, eine solche Einrichtung ausdrücklich vorzuschreiben, vielmehr sich darauf beschränkt habe, solche den Gemeinden bzw. Bauausführenden vorläufig nur nachzulassen, um so mehr, da die auf einem anderen Gebiete mit Bestellung von Arbeitervertretern als Kontrollen gemachten Erfahrungen zwar nicht gerade ungünstige, aber doch nicht so günstige gewesen seien, daß man ohne weiteres sie auf andere Gebiete zwangsweise zu übertragen sich entschließen könne.

Im allgemeinen Baugesetz für das Königreich Sachsen seien Bestimmungen über die Bestellung von Arbeitervertretern als Baukontrollen nur insofern enthalten, als danach der für die Beachtung der bestehenden Arbeiterschutzbefestigungen verantwortliche Bauausführende besondere Bauaufseher anstellen kann und nach Befinden anstellen muß, die auch der Zahl der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter entnommen werden können. Diese Bauaufseher dürften aber nicht als Baukontrollen im eigentlichen Sinne des Wortes angesehen sein, da sie nur den Unternehmer vertreten, aber nicht Organe der Baupolizeibehörde sind. Uebrigens würde das Baugesetz nicht ausschließen, daß in einzelnen Orten eine solche Einrichtung bestünde, da nach § 158 dieses Gesetzes durch Ortsgesetz oder örtliche Polizeiverordnung über die Ueberwachung der Bauten Vorschriften zu treffen sind.

Aus eigener Initiative habe seine Regierung im Jahre 1900 in dem Streben, gerade bei dem fiskalischen Vergabeklein-Mittel zur Verringerung der Gefahren untersucht zu lassen, besonders, dem Kreise der Arbeiter angehörige Sicherheitsmänner eingeführt, die neben dem Steigerpersonal und zu dessen Unterstützung bei der Unfallverhütung mitwirken sollen. Zufällig habe in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer des Landtages die sächsische Regierung Gelegenheit gehabt, sich auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Vertreters darüber zu äußern, wie sich diese Einrichtung bewährt habe, ob in Aussicht genommen sei, die Sicherheitsmänner dauernd anzustellen und ob sich diese Institution auch für andere Vergewerke empfehle. Die Äußerung sei dahin gegangen, daß sich die Einrichtung bei den fiskalischen Vergewerken insofern bewährt habe, als sie der Verwaltung keine Schwierigkeiten gemacht hätte; die Erwartung aber, daß durch ihre Hilfe die Zahl der Unfälle herabgemindert werden könne, habe sich bis jetzt nicht erfüllt. Der Regierung würde es nicht unwillig sein, wenn in Privatbergwerken auch Versuche mit solchen Sicherheitsmännern gemacht würden. Der Privatbergbau müsse aber sehr vorsichtig sein, damit die Funktion nicht etwa in politischem Sinne ausgebeutet würde. — Darauf sei von dem sozialdemokratischen Abgeordneten entgegnet

worden, es würden mit den Sicherheitsmännern bessere Erfahrungen gemacht worden sein, wenn ihnen mehr Rechte eingeräumt worden wären.

Zu den vorliegenden Anträgen erklärte der sächsische Bevollmächtigte, sie seien ihm persönlich nicht unsympathisch, doch meine er, daß solche Bestimmungen nicht in den Rahmen der Gewerbeordnung gehören, die durch Aufnahme spezieller Arbeiterschutzbefestigungen für sämtliche einzelne Gewerbe, die eines solchen Schutzes bedürften, einen bedeutenden Umfang annehmen würde, sondern in die Baugesetze der einzelnen Staaten, die der angeregten Frage gewiß nach wie vor eine wohlwollende Prüfung entgegenbringen würden.

Der württembergische Bevollmächtigte führte aus, zum Schutze der Bauarbeiter in Württemberg sei in den letzten Jahren folgendes getan worden:

Untern 26. September 1901 sind neue Unfallverhütungsvorschriften von der württembergischen Baugewerkschaftsgenossenschaft erlassen worden. Diese enthalten in 39 Paragraphen eingehende Vorschriften für die Vertriebsinhaber, Regiebauunternehmer und Selbstversicherten, und in 24 Paragraphen Vorschriften für die Arbeiter.

Diese auch im Amtsblatt des württembergischen Ministeriums des Innern vom 1901 S. 249 ff. veröffentlichten und damit zur Kenntnis der sämtlichen Polizeibehörden, insbesondere der Baupolizeibehörden, gebrachten Vorschriften dürften allen Anforderungen der Fürsorge gegen Unfallbeschädigungen der Arbeiter entsprechen.

Gebannt erging unter Bezugnahme auf die Unfallverhütungsvorschriften eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. November 1901, betreffend Maßregeln zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Gesundheitsgefahren (Reg.-Bl. S. 306), die namentlich hinsichtlich des Schutzes der Bauarbeiter gegen die Unfälle der Witterung und dergleichen, also gegen Beschädigungen bedingt, die durch die Unfallversicherungsgesetze und Unfallverhütungsvorschriften nicht gedeckt sind.

Im Jahre 1902 fanden in der Kammer der Abgeordneten eingehende Verhandlungen über die Maßnahmen zu einer Verbesserung der den Schutz der Bauarbeiter betreuenden Baukontrolle statt. Dabei wurden auch die Fragen erörtert, ob Arbeiter oder von diesen gewählte Vertreter an dieser Kontrolle zu beteiligen seien. Die Wahl von amtlichen Kontrollen, also Beamten, durch die Arbeiter mußte aus grundsätzlichen Erwägungen und politischen Gründen abgelehnt werden, ebenso eine amtliche Kontrolle durch Arbeitervertreter selbst. (Vergl. die Rede des Staatsministers des Innern 1902 III. Prot. Bd. S. 2063 ff., 2081, 2084.) Dagegen wurde durch eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. Oktober 1902, betreffend die Durchführung der zum Schutze der Bauarbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit gegebenen Vorschriften (Reg.-Bl. S. 549 ff.), Fürsorge für eine verstärkte Baukontrolle, namentlich in Hinsicht auf den Schutz der Bauarbeiter getroffen. Die in allen Gemeinden vorhandenen Baukontrollen, die in den verschiedenen Stadien des Bauens jedes Bauwerkes zu kontrollieren haben, und die Oberamtsbautechniker sind angewiesen, speziell über die Maßnahmen zum Schutz der Bauarbeiter, insbesondere die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und der Verordnung vom 1. November 1901 zu wachen, sich zur Abstellung von Mängeln mit den Bauleitern und den Organen der Baugewerkschaftsgenossenschaft ins Benehmen zu setzen und sich erforderlichenfalls an die Ortspolizeibehörde zu wenden. In Gemeinden, in denen infolge lebhafter Bautätigkeit ein Bedürfnis besteht, sollen den Gemeindebehörden Bauwerkstüchtige Geheßen der Baukontrollen, sogenannte Bauaufseher bestellt werden. Als solche können insbesondere Bauarbeiter unter der Voraussetzung bestellt werden, daß sie aus ihrem Arbeitsverhältnis ausscheiden. Die

nähere Regelung ihres Dienstverhältnisses erfolgt durch den Gemeinderat.

Nähere Erhebungen über den Vollzug dieser Verordnung und deren Erfolge sind bei der kurzen Zeit deren Erlassung noch nicht angestellt, aber bereits in nahe Aussicht genommen. Dem Ministerium des Innern ist aber bekannt, daß in Stuttgart den fünf Bezirksbaumeistern je ein Assistent (Bauaufseher) und in Ulm dem städtischen Baukontrollen ein Bauaufseher wesentlich für die Kontrolle zum Schutze der Bauarbeiter beigegeben wurden. Nach dem Beschlusse des Gemeinderats in Stuttgart vom 2. April 1903 müssen die als Bauaufseher zu bestellenden Personen als Bauführer oder Polier oder sonst in einer verantwortungsvollen Stellung als derjenigen eines Handarbeiters mit nachweisbar gutem Erfolg praktisch tätig gewesen sein.

Die von dem Ministerium erlassenen Vorschriften sollen, soviel bis jetzt bekannt, sich bewährt haben, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß in manchen Gemeinden seitens der Gemeindebehörden für den Vollzug der Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter noch mehr getan werden könnte. Aus den Kreisen der Arbeiter wird denn auch hierüber noch immer geklagt und die Verstaatlichung der Kontrolle verlangt.

Gegenwärtig befindet sich der Entwurf einer neuen Bauordnung in der Vorbereitung. Auch in dieser sind die erforderlichen Bestimmungen für die Kontrolle der Beachtung der Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter vorgesehen.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte machte Mitteilung über die in Bayern geltenden Bestimmungen betreffs der Bestellung von Arbeitervertretern als Baukontrollen.

Die bezüglichen Bestimmungen seien in § 66 der allgemeinen Bauordnung und § 94 der Münchener Bauordnung in der Fassung der königlichen Verordnung vom 23. März 1900 getroffen.

Danach sei bei jeder Baupolizeibehörde erster Instanz ein befähigter Sachverständiger für die technische Prüfung der Baupläne, sowie für die Ueberwachung der plan- und vorschriftsgemäßen Ausführung aufzustellen. Diesen Sachverständigen seien als Gehilfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit diese nicht eine höhere technische Vorbildung voraussetzen, nach Bedürfnis Bauaufseher aus dem Arbeiterstande beizugeben. Die Aufstellung der erforderlichen Zahl befähigter und befähigter Bauaufseher erfolge von Amts wegen durch die Baupolizeibehörde, die bezügliche aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter gemachte Vorschläge entsprechend zu würdigen habe. Die Bauaufseher seien amtlich zu verpflichten und unterstünden in bezug auf Dienstaufsicht und Disziplin der Baupolizeibehörde, die deren Dienstverhältnis durch besondere Vorschrift näher zu regeln habe. In der Dienstvorschrift seien den Bauaufsehern auf die Dauer ihrer Funktionen die Ausübung eines Bauhandwerkes zu untersagen und überhaupt Vorzüge zu treffen, daß den Bauaufsehern eine von den Arbeitgebern und Arbeitern unabhängige Stellung gewahrt bleibe.

Der badische Bundesratsbevollmächtigte erklärte:

„Die badische Regierung hat dem Bauarbeiterschutz schon seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit zugewendet und den Bezirksämtern Anregung zu besonderen Schutzvorschriften gegeben. Solche sind denn auch vielfach in den örtlichen Bauordnungen enthalten. Durch Verordnung vom 20. 2. 04 — Ges. — und Verordn.-Bl. S. 15 — ist der Bauarbeiterschutz vom Ministerium des Innern einheitlich für das Land geregelt worden. Die Schutzvorschriften dieser Verordnung enthalten u. a. im wesentlichen die im Antrag Frohmé § 139n vorgeschlagenen Bestimmungen. Die Ueberwachung des Vollzugs ist geregelt im Anschluß an die Organisation der Baupolizei. Die Baupolizei wird gehandhabt durch die Bezirksämter, denen technisch gebildete

Bezirksbaukontrollen zur Seite stehen. Sie werden aus dem Kreise der Bautechniker — auch Baugewerbetreibenden — vom Bezirksamt ernannt und sind auf Gehältern gestellt. Die Bezirksaufsicht dieser Baukontrolle ist eingeleitet. In den einzelnen Gemeinden ist die Baupolizei Aufgabe der Ortsbaukommissionen, bestehend aus dem Bürgermeister und ein oder zwei vom Gemeinderat ernannten Mitgliedern. In den Städten mit Staatspolizei — die größeren der unter die Städteordnung fallenden Städte — ist Vorsitzender der Ortsbaukommission der Bezirksbeamte und gehören ihr ein oder mehrere technisch gebildete Ortsbaukontrollen an. Die Verordnung über den Arbeiterschutz überträgt nun die Überwachung des Vollzugs den Ortsbaukommissionen. Diese können mit Zustimmung des Bezirksamts diese Bauaufsicht einem bestimmten Mitglied übertragen. Wo durch die Größe des Ortes oder die Beschäftigung der Bauartigkeit es geboten erscheint, hat der Gemeinderat der Ortsbaukommission einen oder mehrere Bauaufseher beizugeben. Die Tätigkeit der Ortsbaukommissionen und der Bauaufseher auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wird überwacht von den Bezirksbaukontrollen. In den Städten mit Staatspolizei liegt die Überwachung des Arbeiterschutzes zunächst den Ortsbaukontrollen ob. Ihnen sind nach Bedarf besondere Bauaufseher für diese Aufgabe beizugeben. Die Bauaufseher werden vom Gemeinderat ernannt, in den Städten mit Staatspolizei vom Bezirksamt bestätigt. Sie müssen durch fachliche Vorbildung oder längere Tätigkeit bei Bauten die nötigen Kenntnisse besitzen und dürfen weder ein eigenes Baugeschäft betreiben noch in einem Privatverhältnis stehen. Ihnen liegt ob, die Baustellen öfter zu besuchen, Zuwiderhandlungen anzuzeigen, Mängel auf kürzestem Wege zu beseitigen, nötigenfalls unter Einstellung des Bauens. Die Bauaufsicht hat zusammenzuwirken mit derjenigen der Berufsgenossenschaften. Die Sicherheitsmannschaft hat dem Bauarbeiterschutz ebenfalls ihre Aufmerksamkeit zu schenken und Zuwiderhandlungen anzuzeigen.

Was nun die Durchführung der Verordnung betrifft, so hat die Regierung in jüngster Zeit die Berichte der Bezirksämter aus den Städten mit Staatspolizei hierüber eingefordert. Danach sind in allen diesen Städten bis auf zwei, wo die Ortsbaukontrollen die Schutzaufsicht besorgen, besondere Bauaufseher aufgestellt, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Es sind bormalige Wertmeister und Poliere, Assistenten städtischer Hochbauämter und dergleichen. In Mannheim ist Bauaufseher ein Polizeibeamter, der Maurer war, sein Stellvertreter ein Schuhmann, der Bauarbeiter war. Ueber die Erfahrungen, die mit dieser Einrichtung gemacht worden sind, ist nach der kurzen Zeit des Bestehens der Verordnung ein abschließendes Urteil nicht möglich. Insofern berichten alle Bezirksämter in günstigem Sinne, teils ohne nähere Angaben, teils unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß die Zustände auf den Baustellen durch Abnahme größerer Verstöße usw. nach anfänglichen Schwierigkeiten sich wesentlich gebessert haben. Ein Ergebnis der Tätigkeit der Bauaufseher ist auch die Zunahme der Anzeigen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften. In Karlsruhe erfolgten 1903 zwei Verurteilungen wegen solcher Zuwiderhandlungen, 1905 65. In Mannheim sind

1903	122	Arbeitgeber,	42	Aufscher,	5	Arbeiter,
1905	230		152		25	

wegen Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften bestraft worden. Es ergibt sich hieraus, daß in Baden die Grundlage für einen wirksamen Arbeiterschutz geschaffen ist. Auf dieser Grundlage will die badische Regierung weiterbauen. Sie ist der Ansicht, daß der Bauarbeiterschutz im Anschluß an die Baupolizei landesbreitlich zu regeln ist und erachtet ein Bedürfnis zu reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht für gegeben. Die Bestellung von Bauaufsehern aus Arbeiterkreisen durch Wahl würde unserer ganzen Behördenorganisation widersprechen. Die Bauaufseher sind Beamte und deshalb von der zuständigen Behörde zu ernennen. Sie sollen unabhängig sein nicht nur gegenüber den Arbeitgebern, sondern auch gegenüber den Arbeitern, die den Schutzvorschriften ebenfalls zuwiderhandeln. In zwei der mir vorliegenden Berichte ist bemerkt, daß die Kontrolle durch die Vertreter der organisierten Arbeiter, welche allerdings eine nicht verantwortliche und nicht beamtete ist, an Objektivität zu wünschen übrig lasse. Meine Regierung kann sich deshalb mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären.

Schließlich verheißt eine preussischer Regierungskommissar nochmals, keine Regierung stehe den Wünschen nach einer Verschärfung und Erweiterung der Unfallversicherungsvorschriften und der sanitären und feuerlichen Anforderungen für Bauten und Baupläze wohlwollend gegenüber. Die ablehnende Haltung Preußens gegen die gestellten Anträge begründete er noch damit, daß die Verhältnisse in Preußen einer einheitlichen Regelung der Angelegenheiten doch weniger günstig seien, als dies vielleicht in anderen Bundesstaaten der Fall sei. Die wirtschaftlichen und klimatischen Verhältnisse, die Baugewohn-

heiten, die Zahl der in den verschiedenen Gegenden ausgeführten Bauten usw. würden in den einzelnen Landes- teilen so sehr von einander ab. Was man im Westen ohne Bedenken durchführen könne, stehe im Osten auf unüberwindliche Schwierigkeiten; was in der eng bebauten Großstadt gefordert werden könne, ließe sich auf dem platten Lande einfach nicht durchführen. Aber auf dem platten Lande selbst bestünden noch erhebliche Verschiedenheiten. Niederachsen z. B. mit seiner zerstreuten Bauweise müsse anders behandelt werden als Thüringen mit den geschlossenen Dörfern. — Wenn für die Anträge auf die Unfallstatistik bewiesen sei, so mache er darauf aufmerksam, daß Preußen in dieser Hinsicht günstige Zahlen aufweise als Bundesstaaten, in denen bereits Arbeiterkontrollen angestellt seien. Die Anfälle mit tödlichem Ausgang, also gerade die schweren, gingen ständig zurück. Er wolle in dessen hieraus keine Folgerung ziehen, da nicht mit Sicherheit übersehen werden könne, inwieweit eigenes Verschulden der Arbeiter die Anfälle mit herbeigeführt habe. Das letztere Moment nicht zu unterschätzen sei, müsse aus den von den preussischen Behörden der Zentralinspektion über zahlreiche Anfälle ermittelten Verichten entnommen werden. Reizfaktoren und Kränklichkeit beginn, deren Folgen spielten dabei eine große Rolle, hingegen könne aber keine Überwachung schützen. — Gegen die Forderung, die jetzige baupolizeiliche Kontrolle noch intensiver zu gestalten, sei nichts einzuwenden, z. B. lasse sich die Anregung, die technischen Kontrollbeamten in einzelnen Orten unter eine Spitze zu stellen, wenigstens für Berlin sehr wohl erwägen.

Gegen diese Ausführungen, hauptsächlich auch gegen die Behauptung, daß die meisten Anfälle durch die Schuld der Arbeiter entstanden, wurde von sozialdemokratischer Seite energig Einspruch erhoben.

Wenn nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages im Herbst d. J. der Gesetzentwurf der Regierung in Verbindung mit den Kommissionsbeschlüssen zur Entscheidung im Plenum des Hauses kommt, werden die Sozialdemokraten natürlich wieder mit ihren Anträgen hervortreten.

Politische Umschau.

Die Stichwahl in Hagen-Schwelm. Es ist den bürgerlichen Parteien noch einmal gelungen, durch ihren Zusammenschluß der Sozialdemokratie den Sieg freitig zu machen. In der diesmaligen Hauptwahl waren für die bürgerlichen Parteien 23 138 Stimmen abgegeben worden, während die Sozialdemokratie 16 297 Stimmen erhalten hatte. Bei der gestrigen Stichwahl wurden jetzt 1000 Stimmen mehr abgegeben als bei der Hauptwahl, nämlich 40 310. Davon entfielen auf den freistimmigen Kandidaten, Bürgermeister Cuno, 21 593, auf unseren Genossen König 18 717 Stimmen. Die Sozialdemokratie brachte also 2500, der freistimmige Kandidat jetzt 10 400 Stimmen mehr auf. Nicht nur die Nationalliberalen und Christlichsozialen, sondern auch die Zentrumswähler (5086) müssen also fast geschlossen für den Freistimmigen gestimmt haben. Die Wähler der Stadt Hagen beweisen das ganz besonders. Dort erhielt Cuno am Freitag 7287, der Sozialdemokrat 6173 Stimmen. Im ersten Wahlgang am 19. Juli wurden in der Stadt Hagen 3743 freistimmige, 5091 sozialdemokratische, 1527 nationalliberale, 2685 Zentrumswähler und 545 christlichsozialen Stimmen abgegeben. Während die freistimmige Stimmenzahl also um 3544 Stimmen anwuchs, betrug der sozialdemokratische Zuwachs nicht ganz 1000 Stimmen.

Das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen darf danach in der Hauptsache dem Aufbruch proletarischer Wählerkreise zugeschrieben werden, während die Zentrumswähler, soweit sie nicht für Cuno stimmten, in der Stichwahl Wahlenthaltung geübt haben dürften. Nicht der Freistimm, sondern das gesamte Bürgerrecht erfolgt also noch einmal einen Pyrrhus-sieg über die unaufhaltsam anwachsende Sozialdemokratie! Immerhin soll zugegeben werden, daß der Erbe Eugen Richters, Bürgermeister Cuno, unter den freistimmigen Parlamentariern nicht der schlechteste Mann ist. Namentlich an einem Wagnis gemessen, ist er geradezu ein Held an sozialpolitischer Einsicht. Das fraktionelle Protzversteck hat allerdings dafür sorgen, daß der neue Vertreter Hagen-Schwelms sich von den mancherortsigen Exaltationen Eugen Richters nicht allzuweit entfernen kann.

Sozialdemokratie und Krankenkassen. Seit sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um die Verwaltungen der Ortskrankenkassen kümmern und sie zu Gunsten der Versicherten und der bis dahin schlecht gestellten Angestellten auszubauen bemüht sind, besteht die Frage gegen die Selbstverwaltung in den Krankenkassen. Es ist das dieselbe Erscheinung, wie bei der Anwendung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des Versammlungswahls; solange die Arbeiter keinen rechtlichen Gebrauch davon zu machen wußten, war beides gut; nachdem dieser Zustand vorbei, wird beides von den Reaktionskräften zum Teufel geworfen.

Als Anfang der neunziger Jahre kümmerten sich die organisierten Arbeiter nur sehr vereinzelt um die Ortskrankenkassen, waren doch bis dahin die angestrichelten unter ihnen bei den freien Hilfskassen bedeckt. Nachdem aber im Jahre 1890 das Sozialhilfsgesetz gefaßt war und 1892 den Hilfskassen durch Gesetz aufgehoben wurde, ärztliche Behandlung, Medikamente und andere Heilmittel in natura zu gewähren, wandelten sich diese Hilfskassen in Hilfskassen um und ihre Mitglieder wurden nun Mitglieder der Ortskrankenkassen; dadurch erhielten diese letzteren pulsierendes Blut, dessen sie längst bedurften.

Und wie sah es in vielen Ortskrankenkassen bis dahin aus? Selbstständige Unternehmer, vertretene „Arbeitervertreter“ und oft recht brutale Beamte „verwalteten“ die Kassen. Beiträge und Unterhaltungen wurden im Interesse der Unternehmer und zum Schaden der Versicherten meist auf das Mindestmaß gesetzt bzw. auf diesem belassen.

Damit wurde nun vielerorts durch die neu eingetretenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gründlich ausgeräumt, und

mancherorts gab es heftige Kämpfe um die „Herrschaft“ in den Kassen, die erlangt werden mußte, sollte Besserung überhaupt möglich werden.

Dann sind es aber gerade die „sozialdemokratischen“ Kassenverbände gewesen, die bahnbrechend auf dem Gebiete der Krankenversicherung vorangingen und Musterleistungen schufen. Die engen Grenzen des § 20 des Krankenversicherungsgesetzes, der die Minimalleistungen vorschreibt, sind von ihnen zum Ärger der Reaktionskräfte längst übersprungen. Nach § 21 des Gesetzes haben sie vielfach das Krankengehalt erhöht, die Unterhaltungsbaue verlängert. Sie haben Familienunterstützung in Form von freier ärztlicher Behandlung, Medikamenten, Sterbegeld und dergleichen eingeführt. Sie sorgten zum Teil für Schwangeren, errichteten Genußheime, Balneotherapien, ermöglichten den Besuch von Bädern, sorgten für bessere ärztliche Behandlung, erweiterten die Zahl der Heilmittel und anderes mehr. Weiter schufen sie bessere Verhältnisse für die Kassenbeamten, führten Gehaltsstufen, Pensionseinstellungen, Witwen- und Waisenversorgung ein. Sie bestärkten die Arbeitskraft, gewährten Sommerurlaub usw. Sie meisterten auf den Jahresversammlungen in der Verbesserung der von ihnen vertretenen Kassen. Mit den Arbeitgebern arbeiten sie jetzt in den Kassenverbänden im besten Einvernehmen, und sie wissen auch deren Mitarbeit zu würdigen.

Das ist die soebel berufene Tätigkeit der sozialdemokratischen Kassenverbände! Und wie aber, wie rückständig sieht es meist in den Kassen aus, in denen der sozialdemokratische Einfluß fehlt!

Mit dem Streben nach Vereinfachung und Zusammenlegung unserer Arbeiterversicherung würde die Hege gegen die Selbstverwaltung immer heftiger und effer. In der Schwarzmalerei wurden die ungeheuerlichen Lagen über den Mißbrauch, den die Sozialdemokraten mit der Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen treiben, immer wieder aufgeführt, und wenn zehnmal durch Gerichtsurteile das Gegenteil bewiesen wurde, es wurde weiter gelogen. Nicht den Konterbitten waren hier die Freistimmigen à la Wagnis die Hauptheber gegen die Arbeiterrechte.

Dann kam die organisierte Hege in beiden Häusern des preussischen Landtages, deren Stimmung Rechnung tragend, Fürst Bismarck am 28. Mai 1905 im Abgeordnetenhaus folgendes ausführte: „Der Herr Abgeordnete von Heybrand hat während der zweiten Lesung der Vorlage im Namen der konservativen Partei erklärt, er könne es von seinem Standpunkte nicht länger mit ansehen, daß sozialpolitische Einrichtungen, welche geschaffen wären zum Zweck der Verbesserung, zum Zweck des Friedens ausgebeutet würden im Interesse der haarschneidenden Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, ich verhehle diesen Standpunkt. Und ich gebe Herrn von Heybrand weiter zu, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden hat, schon bestehende sozialpolitische Organisationen, besonders die Krankenkassen (Sehr wahr! rechts), zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung für Parteizwecke auszubenten.“ (Sehr wahr!)

Im preussischen Herrenhause wurde Fürst Bismarck noch deutlicher; er sagte am 2. Juni 1905: „Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie leider gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen; ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteile der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne ebenso an, daß sich ihre Zustände entwickelt haben, die der Reform dringend bedürfen.“

Um diese Verhältnisse und Verdrähtungen vor der Öffentlichkeit einigmaßen mit Erfolg zurückzuweisen zu können, beschloß der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche, dessen Vorsitzender unser Genosse Reichstagsabgeordneter Julius Fräßdorf ist, auf Antrag eines Arbeitgebers eine Umfrage bei den Arbeitgebern in den Kassenverbänden vorzunehmen. Das ist in diesem Falle gewiss eine unbedingte Quelle, zumal wenn der Zweck der Umfrage so klar angegeben wird, wenn die gestellten Fragen den weitesten Spielraum bei ihrer Beantwortung zulassen und der Befragene als sozialdemokratischer Abgeordneter und Arbeitervertreter allen Befragten bekannt ist.

Wir möchten den politischen Gegner sehen, der zu ähnlichen Zwecken seine politischen und wirtschaftlichen Gegner zum Begutachter oder Richter aufzurufen den Mut hat, wie es hier geschehen ist.

An die Ortskrankenkassen aller Städte und Orte mit über 10 000 Einwohnern, sowie an diejenigen in vielen kleineren Orten in allen Bundesstaaten sind zu diesem Zweck 1277 Fragebogen versendet worden.

Das Resultat der Umfrage war folgendes:

Berichtet haben 242 Kassen mit zusammen 1 703 858 Mitgliedern, darunter 27 Kassen mit je 10 000 und mehr Mitgliedern; von 11 Kassen ist keine Mitteilung über die Verteilung der Vorstandsämter auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht worden, bei 4 Kassen befinden sich keine Arbeitgeber im Vorstande, wobei in einem Falle erklärt wird, daß dies auf das den Arbeitnehmern entgegengebrachte Vertrauen zurückzuführen ist, bei 5 Kassen übersteigt die Arbeitnehmerzahl im Vorstande die gesetzliche Verhältniszahl, 2 Kassen machten keine Angaben über die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Diese 242 Kassen von den berichtenden 424 abgezogen, verbleiben 402 Kassen, in deren Vorstand das gesetzliche Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewahrt ist.

Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstande befinden, wurde bejaht von 166 Kassen, verneint von 181 Kassen; die übrigen erklärten sich unbestimmt oder ließen die Frage überhaupt unbeantwortet.

Bezüglich der Zahl der Sozialdemokraten im Vorstande berichteten 2 Kassen, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, 81 Kassen, daß alle Arbeitnehmer, 69 Kassen, daß die Hälfte und mehr der Arbeitnehmer, 24 Kassen, daß weniger als die Hälfte derselben und 7 Kassen, daß mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer Sozialdemokraten seien; während diese Frage von 181 Kassen verneint und von den übrigen 40 Kassen mit „unbekannt“, „geringfügig“ usw. beantwortet wurde.

Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben bei 25, also 5,66 pSt. der berichtenden Kassen bestanden, wovon eine die Sache als geringfügig und eine als hinter 1899 zurückliegend bezeichnete, während 393, also 92,69 pSt. der berichtenden Kassen, die Frage nach solchen Differenzen verneinte, eine Kasse deren Verantwortung ablehnte und 6 Kassen dieselbe unberücksichtigt ließen.

Von den 26 Kassen, bei welchen wirkliche Differenzen vorgelegen haben, wurden als Ursachen, von denen aus mehrere gleichzeitig in Frage kamen, angegeben: bismarck die Anstellung

des Mandanten, achtmal die Anstellung von Beamten, fünfmal die Vergebung von Druckaufträgen, zweimal die Anstellung von Arbeitern, fünfmal sonstige Verwaltungsmaßnahmen, sechs- mal richtungsfähige Behandlung von Arbeitgebern im Vorhande und dreimal die Wahl des Vorsitzenden.

Bezüglich der Fragen nach den Klassenbeamten (7 bis 9) haben 8 Klassen Angaben nicht gemacht, 8 Klassen werden von sämtlichen Beamten verwaltet. Von den verbleibenden 113 Klassen leisten 86 mit, daß sich unter ihren Beamten Sozialdemokraten befinden, bei 25 Klassen ist darüber näheres nicht bekannt. Bei den berichtenden 113 Klassen sind zusammen 1524 Beamte beschäftigt, von denen 201 als Sozialdemokraten bekannt sind; eine Klasse erklärte, daß ihre Beamten „größtenteils“ Sozialdemokraten seien, bei 8 Klassen ist die Zahl derselben unbekannt und 8 Klassen ließen diese Frage unbeantwortet.

Die Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393, also von 92,69 Prozent der berichtenden Klassen verneint, von 17 Klassen (gleich 4 Prozent) bejaht, während 2 Klassen diese Frage unbeantwortet ließen und 2 Klassen erklärten, daß sich die angestellten sozialdemokratischen Beamten bewähren haben.

Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte bei der Anstellung oder Zulassung wird von allen Klassen verneint, nur eine Klasse erklärte, daß dies scheinbar einmal der Fall gewesen sei, ebenso eine andere Klasse, wo aber die Entlassung des Arztes nach kurzer Zeit erfolgte. 5 Klassen haben die Frage unbeantwortet gelassen.

Bezüglich der Dienstvermittlung von Klassenmitteln zu Parteizwecken berichteten 114 Klassen; davon verneinten die Frage 406 Klassen (gleich 95,65 pZt.). Eine Klasse erklärte, sie habe dafür keine Beweise, 5 Klassen bejahten die Frage, insofern es sich um Verteilung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen handelte, 2 Klassen ließen die Frage unbeantwortet.

Selbstgeborben sei noch, daß von den Arbeitgebern in den 41 Klassen, welche über irgendwelche Differenzen berichteten, 12mal die Erhaltung der Selbstverwaltung und nur 5mal Vereinerung der Versicherungseinrichtungen zu staatlichen Institutionen bezw. unter staatlicher Verwaltung gewünscht wurde. 14 Klassen empfahlen die Verteilung der Vorstandsämter in gleicher Zahl auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 7 Klassen flagten über Bevorzugung von Parteigenossen, 2 Klassen über Beeinflussung durch die Gewerkschaften, 2 Klassen erklärten, daß von den Sozialdemokraten bisher vergeblich Versuche gemacht worden seien, auf die Klasse Einfluß zu gewinnen, und eine Klasse wünschte, daß Vorkommnisse getroffen werden, damit die Klassenverwaltung nicht ganz in sozialdemokratische Hände gerät.

Von 383 Klassen hat der größte Teil überhaupt keine Wahrnehmungen in Bezug auf sozialdemokratische Beeinflussung der Klassengeschäfte gemacht; 38 Klassen haben berichtet, daß politischer Einfluß in der Klassenverwaltung nie wahrgenommen gewesen sei, 56 Klassen erklärten, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets als harmonisches zu bezeichnen sei, und eine Klasse (Matheson) bezeichnet, die im Reichstage in dieser Beziehung gemachten Behauptungen für Matheson als haltlos verurteilt.

Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das denkbar beste ist, die Arbeiter selbstlos, objektiv und parteilos erledigt werden; daß beide Teile sich immer gut verstanden haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind; daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammenarbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrig und verständnisvoll Mitarbeiter waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu mißbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Klasse zu tragen usw.

Die ausgefüllten Fragebogen sind von einem Beamten, der kein Sozialdemokrat ist, bearbeitet und geordnet; dann sind sie dem Reichsfinanzamt zur Einsichtnahme angeboten und diesem auf Wunsch übergeben worden. Sobald sie von dort zurück sind, werden sie im Reichstage ausgeliefert werden.

Und nun das Ergebnis: Den Vorständen der Drückstraßenklassen gehören verhältnismäßig sehr wenig Sozialdemokraten an, wo es aber der Fall ist, da haben sie nach Auskunft der Arbeitgeber sehr segensreich, selbstlos, objektiv und parteilos ihres Amtes gewaltet. Differenzen mit den Arbeitgebervertretern sind, trotz wirtschaftlicher und politischer Gegensätze, in verschwindend kleiner Zahl zu verzeichnen, und wo sie vorkamen, waren sie vielfach persönlicher Natur.

Die Zahl der sozialdemokratischen Beamten ist auffällig gering, von einer Bevorzugung und Verjüngung sozialdemokratischer Parteigänger kann also nicht die Rede sein.

Daß die Sozialdemokraten die Klassen ihren Parteizwecken dienlich machen, berichten ganze sechs Klassen! Und worin soll das geschehen sein? Man faunet! In Verteilung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen! Als ob diese nicht auch Beiträge bezahlten und Anspruch auf Aufträge haben.

Das Ergebnis ist also in Summa ein für die sozialdemokratischen Vertreter über alle Maßen ehrenbares, und man bedauert dabei, daß es von fast durchgängig wirtschaftlichen und politischen Segnern zusammengebracht ist.

Wir freilich wüßten, daß es nicht anders ausfallen konnte.

Der „wahre Sozialismus“ unserer Lokalfürsten alias Anarcho-Sozialisten macht sich bekanntlich gerade jetzt besonders breit. Voller als je quellen die Schlammströme der Verleumdung aus den bekannten Oeffnungen und befehlen alles, was außerhalb der Organisationen dieser Wirkstoffe steht. Seit Jahren wird besonders den gewerkschaftlichen Zentralverbänden ihre politische „Versumpfung“ zum Vorwurf gemacht; sie werden als die Brutstätten des Verrats am Sozialismus geschildert. Man sollte nun annehmen, daß die lokalpolitischen Organisationen alles mögliche täten, um den Sozialismus zu „reizen“, daß sie vor allen Dingen von ihren eigenen Mitgliedern die Erfüllung der elementarsten Pflicht eines Sozialdemokraten verlangen, nämlich, daß sie der politischen Organisation angehören. Damit steht es in der Praxis aber verdammt wenig. Wie wir einer unverdächtigsten Quelle, nämlich der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, haben kürzlich in einigen Berliner Gewerkschaftsorganisationen Aufnahmen über die Zugehörigkeit der Mitglieder zur politischen Organisation stattgefunden, die alle kein befriedigendes Resultat zu Tage gefördert haben sollen. Es heißt dann:

„Besonders ungünstig ist das Ergebnis einer Erhebung im Lokalfürstlichen Verein der Zimmerer Berlins. Danach gehören von den 2088 Mitgliedern, auf die sich die Enquete erstreckte, nur 385 der sozialdemokratischen Organisation an und nur 775 sind Anwonnenen des „Vorwärts“.

Ja, wahrlich, das ist ein Resultat, wie es kaum in der verpöntensten Zustände des versumpften Zentralverbandes anzutreffen sein wird. Hier aber handelt es sich um eine hyperbatale Organisation im Brennpunkt des politischen Lebens! Maulheben!

Symptome. Kürzlich hat in Leipzig eine von der Leitung der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsamt einberufene öffentliche Versammlung stattgefunden, an der nicht ohne Beachtung vorübergehen können. Behandelt wurde das zeitgemäße Thema: „Der politische Massenstreik und die Taktik der Gewerkschaften.“ Das Referat hatte der Redakteur Seeger von der „Leipziger Volkszeitung“ übernommen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat er natürlich die Differenz zwischen der Generalformulierung und dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei zum Vorwand genommen, um sich seinen Groll gegen die Gewerkschaften von der Leber herunterzureden. Zum Schluß ward eine Resolution angenommen, die den Parteivorstand aufzuforderte, „das Protokoll über die Gewerkschaftsfortschrittskonferenz der Arbeiterpartei zugänglich zu machen.“ Bevor wir uns die zum Teil recht interessanten Ausführungen Seegers näher betrachten, einige Worte über das in der Resolution ausgedrückte Verlangen.

Man fordert vom Parteivorstand, daß er das Protokoll einer Sitzung veröffentlicht, an der ernstlich teilzunehmen, das nach dem Willen seiner Herausgeber und der Teilnehmer an jener Sitzung streng vertraulich behandelt werden sollte, und das ihm unter dieser Voraussetzung ausgestellt wurde. Und zwar veröffentlicht gegen den Willen der Herausgeber und Teilnehmer!

Daß der Parteivorstand dieser Aufforderung nachkommen wird, ist natürlich ausgeschlossen. Denn er wird sich selbst sagen können, daß das ein Vertrauensbruch wäre, dessen er sich im Interesse des Ansehens der von ihm vertretenen Arbeiter nicht schuldig machen darf. Wir haben das feste Vertrauen zu dem Parteivorstand, daß er eine solche Zumutung weit von sich weisen wird. In dieser Beziehung hätte die Leipziger Resolution nicht viel zu bedeuten, sie wird irgend welchen praktischen Erfolg nicht haben, auch nicht, wenn noch einem halben Duzend anderer Versammlungen eine solche Resolution aufgeschwatzt wird; wie man es neulich im vierten Berliner Wahlkreise versuchte.

Symptomatisch und keinesfalls ohne Bedeutung aber ist die Art und Weise, wie diese Resolution zu Stande gekommen ist. Man kann sich ja denken, wie es dabei hergegangen sein mag. Die Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ glauben, sich in der gegenwärtigen Situation wieder mal als „Parteirepäsentanten“ aufspielen zu müssen. Die Sache war aber auch wirklich zu verlockend: eine solche schöne Gelegenheit zur „Vermöbelung“ der Gewerkschaften war lange nicht dagesewen. Man muß gestehen, der Apparat funktioniert vorzüglich. Zunächst mußte die Sache, d. h. die Gewerkschaften selber, in Grund und Boden geredet werden. Das schöne Wort von der „Eigenschaftsarbeit“ hat man zwar nicht anwenden brauchen, Seeger ward seiner Aufgabe auch ohne dies ominöse Wort gerecht. Wie, zeigen seine Ausführungen, die wir hier auszugsweise nach der „Leipz. Volksz.“ folgen lassen: „Damals (1898) standen die Gewerkschaften auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung, heute auf dem rechten. Im allgemeinen herrschen in ihnen die verschiedensten Strömungen. Gingen doch sogar damalige Führer zu Kongressen der bürgerlichen Sozialpolitik, wie auf den nach Frankfurt a. M. einberufenen. (Schrecklich!)“

Die Gewerkschaften gingen auch mehr und mehr an die Einführung von Unterstützungseinrichtungen, um der Mitgliederfluktuation zu lehren. Damit trat aber auch allmählich ein Wandel in der Taktik der Gewerkschaften ein. Bekämpfte man bisher die Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften wegen der Harmoniebeweise und sagte, daß ihre Unterstützungseinrichtungen sie hinderten, Kampfesorganisationen zu sein, so nahm jetzt das Unterstützungswesen auch in den freien Gewerkschaften den breitesten Raum ein, sowohl in den Verhandlungen als in den Organisationen selbst. Das mußte und muß allmählich in den Köpfen der Arbeiter die Anschauung erzeugen, als ob es den Gewerkschaften wirklich möglich wäre, die Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft wesentlich und dauernd zu verbessern. Diese Auffassung ist grundfalsch. Zunächst sind den Gewerkschaften in ihrer rein numerischen Ausdehnung Grenzen gesetzt; sie können immer nur einen winzigen Bruchteil der beschäftigten Arbeiter umfassen. Mit den Unterstützungseinrichtungen nehmen die Gewerkschaften dem Staat und den Gemeinden ein großes Teil. Armenlasten ab. Was nun die Erhebung der Röhne, die Verklärung der Arbeitszeit anlangt, so leisten hier die Gewerkschaften eine bedeutende Kulturarbeit für einen Teil der Arbeiter. Sie können sie aber nur (?) durch die Partei leisten; nur dadurch, daß sich die Partei hinter die Kämpfenden stellt und die Öffentlichkeit in günstigem Sinne für die Streikenden beeinflusst.

Dann geht es in dem Bericht so circa 40 Zeilen über die berühmten „Grenzen“ der Gewerkschaftsbewegung her. Nachdem da ziemlich alles abgegrast war, erwiderte Seeger die Zeit für gekommen, um den Führern das Fell zu verzeihen:

„Auf dem Parteitag in Köln sagte Regien, daß die Gewerkschaften die Vorstufe der Sozialdemokratie sein müßten. Wenn man die Gewerkschaftspressen zur Hand nimmt; merkt man von der Erfüllung dieser Forderung sehr wenig, hingegen findet man da in breiter Ausführung und ellentlangen Artikeln jeden Dreck be-

handelt, den irgendein bürgerlicher Sozialpolitiker einmal fallen läßt.“

Dann kamen „die jungen Gewerkschaftsleiter“ an die Reihe, denen der schnelle Aufstieg der Gewerkschaften die Köpfe bebroht hat, die nichts wissen, die unwillkürlich und unzufällige Auffassungen haben, usw. Nach Seeger kam ein „Anarchist!“ Lange und dann der Reichstagsabgeordnete Grenz, der — natürlich — in dieselbe Reihe hieb. Ein „Genosse“ Högel agitierte dann für die Sozialorganisation; damit fand er aber bei den Versammlungsteilnehmern keine Gegenliebe. Seeger trat ihm im Schlußwort nicht entgegen. Nun kommt in Betracht, daß der Zeitungsbericht ja nur ein schwaches Bild von den dort gehaltenen Reden geben kann. Manche fassige Stelle wird vor dem Druck ausgemerzt sein. Warum auch nicht, der Dreck war ja erreicht, ein flammender Massenprotest hatte die „Serren“, so nannte der Abg. Grenz die Gewerkschaftsführer, wobei einmal zur Ordnung gerufen.

Diese Leipziger Versammlung ist nun keineswegs eine Ausnahmefeststellung, sie ist nur ein weiteres Glied in der Kette. Sie ist aus dem Geiste jener Leute geboren, die sich seit längerer Zeit darin gefallen, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu verkleinern, den Arbeitern die Mitwirkung bei der Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben zu verweigern, und vor allem die verantwortlichen Leiter der Gewerkschaften maßlos zu beschimpfen, sie als unwillkürliche, machtillustre Demagogen zu denunzieren. Die Frage nach ihren Beweggründen erörtern, heißt die ganze Misere der gegenwärtigen Konstellation innerhalb der Arbeiterbewegung aufrollen. Auch dazu wird noch einmal Gelegenheit sein, ja, die Zeit wird kommen, wo es zur gebieterischen Pflicht wird, das zu tun. Für heute ist die Frage die, ob sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter noch länger diese zeretzende Tätigkeit einzelner Leute so ruhig gefallen lassen können. Wir glauben, im Interesse des Ansehens unserer Organisation diese Frage verneinen zu müssen. Derartige Angriffe auf die Organisation und ihre Vertreter dürfen wir uns nicht länger stillschweigend gefallen lassen. Was für ein Sturm würde sich erheben, wenn es ein Gewerkschaftsblatt wagen würde, derartig von der Parteipresse zu reden, wie es dort ein Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ getan hat! Gefährlicher sind auch die Angriffe der „Arbeiterzeitung“ nicht, wie die dieser — Parteigenossen. Hier hilft kein Bedauern solcher „Entgleisungen“, kein Besinnen der Notwendigkeit vollster Einigkeit, hier vermag nur scharfe Abwehr diese Leute in ihre Schranken zurückzuweisen. Öffentlich wird es hieran nicht fehlen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte: Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik);

Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen),

Itzehoe (Sperre über Breiholz);

Mecklenburg: Schwerin (Bauarbeiterstreik), Sülze (Sperre über

Holldorf), Neubuckow (Streik), Laage (Sperre über Korff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

Pommern: Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik),

Üsslin (Sperre über H. Schütter), Damm, Greifswald (Aussperrungen), Gützow (Sperre über Peters), Tribsees (Sperre über Lange);

Ost- und Westpreussen: Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Posen: Rawitsch (Sperre über Pustal);

Brandenburg: Wittenberge (Aussperrung), Belgig, Dahme i. d. M.,

Sommerfeld (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Guben

(Bauarbeiterstreik), Strasburg i. d. U. (Sperre über R. Henschel), Berlin (Streik der Backofen-

maurer), Alt-Garbe (mehrere Sperren);

Provinz Sachsen und Anhalt: Ammendorf (Sperre über Friedrich und Reichhardt),

Gardelegen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über

Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik);

Königr. Sachsen: Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen

Marien- & Kunze, Bahnhofsbau, Karl Wilhelm

Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstrasse 9, Otto

Dietze, Wahren, Halleschesstrasse, F. Bieber in

Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser

Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz,

Bau Leipzig-Strasse, Müller & Damm in Leipzig-

Gohlis, Ulanenstrasse, für Rabitzputzer die Gips-

und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und

Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen

(Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg,

Reichenau, Hainichen (Aussperrungen), Zwickau,

Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Ritzau, Grim-

nitzschau, Freiberg, Mylan, Neitzschkau (Streiks),

Weissenfels, Limbach (mehrere Sperren),

Schneeberg (Sperre über Bretschneider), Plauen

(Sperre über Mammel), Penitz (Sperre über Hall-

riegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe: Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster),

Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg

a. d. Weser, Aurich, Oldenburg, Peine, Buxte-

hude (Streiks), Uelsen (Aussperrung), Brake, Harburg, Lüneburg (Bauarbeiterstreiks), Elms (Sperrung über die Wohnhausbauten am Kalischacht);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streiks);

Thüringen:

Erfurt (Sperrung über Wagner), Gera (Sperrung über Hirsch), Gotha, Wintersdorf (Streiks), Greiz (Aussperrung), Sonneberg (Sperrung über P. Schmidt), Ingersleben (Sperrung über Pöhlmann aus Dietendorf), Rudolstadt (Sperrung über Heunemann, Herzer und Fischer), Meuselwitz (Sperrung über Grubenbauten Mumsdorf);

Rheinprovinz und Westfalen:

Remscheid (Sperrung über Panell), Kronenberg (partieller Streik), Minden (Aussperrung), Rheyt (Sperrung über Rotermund), Barmen-Eberfeld, Ratingen, Düsseldorf, Beton- und Zementbranche (Streiks), Velbert, Slegen i. W., Neunkirchen, Wickschirben (Differenzen), Recklinghausen-Süd (Sperrung über Wacup), Langendreer (Sperrung über Hellmig in Werne);

Bayern:

Münchener-Fürth (Aussperrung), Alzenau, Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

Hessen:

Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg, Weiburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Gebweiler, Hassloch, Schifferstadt, Grünstadt, Colmar (Streiks), Schwetzingen (Sperrung über S. Umhey und J. Packel & Co.), Freiburg (Differenzen in der Zementbranche), Mandelheim (Sperrung über Fabrik Glühlin), Rheingönheim (Sperrung über Scherf), Singen (Sperrung über Schmal und Schweitzer), Landau (Sperrung über Laner);

Württemberg:

Ulm, Neu-Ulm (Streik der Maurer und Zementputzer), Tübingen (Streik), Stuttgart (Gipsstreik);

Fliesenleger:

Nürnberg (Sperrung über Ayerle), Breslau (Differenzen);

Oesterreich:

Olmütz, Pilsen, Troppau (Streiks);

Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks);

Maurer werden gesucht nach Sagen i. B. Dort können noch circa 150 Kollegen in Arbeit treten. Meldungen im „Volkshaus“. Weiter nach Hottelhausen b. Offen (53 & 54 Stundenlohn); dort finden auch Hilfsarbeiter Beschäftigung (43 & 44). Außerdem sucht Maurer das Geschäft von Sörensen in Alpenrade. Zugung von Verbandskollegen ist noch erwünscht nach Vorghorft i. B. Meldungen bei C. Wando, Bruckstr. 22, 3. Et.

Maurer-Solidarität.

„Der Bauhilfsarbeiter“ erklärt nun (Nr. 30), daß die von ihm in so sensationeller Form vorgebrachten Beschwerden dem Verbandsvorstande noch nicht vorgelegen haben. Damit gibt er zu, gegen den klaren Wortlaut des Kartellvertrages verstoßen zu haben. Er hält es freilich für kleinliche Selbstenscherie, wenn wir auf die Erfüllung dieses Vertrages bestehen und nennt das „hinter Formeln vertrieben“. Eine solche Selbstenscherie würde er nie an sich vornehmen. Darauf ist zu erwidern: Der Kartellvertrag ist kein Krämerladen, dem man nach Belieben das entnehmen kann, was man gerade gebraucht; er ist ein untrennbares Ganzes, das nur als Einheit aufgeführt und gehandhabt werden kann. Das scheint dem „Bauhilfsarbeiter“ noch nicht einleuchten zu wollen. Aber er mag einmal recht eingehend die Sache durchdenken, vielleicht kommt's dann. Aber eine Bestimmung des Kartellvertrages will, muß auch die andere nehmen, er kann nicht die jeweils am besten passende nehmen und die andere über Bord werfen. Das aber mag der „Bauhilfsarbeiter“, wenn er über die angeblichen Verhöre unserer Kollegen ins Horn stößt und sich dabei selber über eine sehr wichtige Bestimmung des Vertrages hinwegsetzt.

„Der Bauhilfsarbeiter“ fragt dann noch an, freilich in etwas unklarer Weise, wie der Vorstand unseres Verbandes seinem Vorpreschen gerecht geworden sei, dafür zu sorgen, daß Verhöre gegen den Kartellvertrag in Zukunft vermieden werden. Darauf mag ihm zur Antwort dienen, daß jeder Streikfort, sobald er die Bewegung selbst, durch ein besonderes Schreiben, nicht durch gedruckte Formulare, auf strengste Beachtung des Vertrages verpflichtet wird. Ob das die Reugier des „Bauhilfsarbeiters“ befriedigt, wissen wir nicht.

Von Greiz, Halle und Biegnitz sind uns Schreiben zugegangen, die wir dem Sinne nach hier wiedergeben.

Von Greiz wird berichtet: Wir beurteilen ganz entschieden die Darstellung des „Bauhilfsarbeiters“, die sich sicher auf die Angaben des Gewerkschafts Frech stützt. Zunächst sei gesagt, daß uns die Bauarbeiter gar keine Mitteilung von ihrer Bewegung machten, sie ließen plötzlich vom Bau ohne daß sie uns vorher etwas über ihre Absichten gesagt hätten. Frech hat dann auf zwei Baustellen gesehen, daß sich die Maurer selber Steine geleistet haben, er wußte aber nicht, daß sie das dort immer getan hätten. Auch sollen sie dort von Bekannten Material angenommen haben. Er wandte sich an unsere Vorstände Sager, der dann zusammen mit dem Kollegen Leo die Bauteile revidierte. Dabei wurde festgestellt, daß die Angaben Frechs nicht zuträfen. Auch in der Versammlung, die am selben Abend tagte, stellte man fest, daß die Angaben des Gewerkschafts Frech nicht auf Wahrheit beruhten. Den besten Beweis für die Haltlosigkeit der Angaben des „Bauhilfsarbeiters“ aber, erbracht Frech selber, indem er einigen Bauarbeitern gegenüber erklärte, er habe noch keinen Ort gesehen, wo sich die Maurer solidarischer gezeigt hätten, als in Greiz.

Nun zu Halle. Dort wurde von den Bauarbeitern am 30. Mai die Firma Hahmann & Köhler gesperrt, ohne unserer Zweigvereinsleitung vorher ein Wort davon zu sagen. Trotzdem ging der Vorliegende Dege sogleich zum Bau und machte die Kollegen auf den Kartellvertrag aufmerksam. Die Kollegen erfüllten ohne Murren ihre Pflicht, denn noch am selben Vormittag hörten sie auf. Sie sind dann, wie sich auch aus den Darlegungen nachweisen läßt, bis zum 6. Juni außer Arbeit gewesen. Von da an sind sie wieder in Arbeit getreten, denn die Firma hatte anderweitig Arbeiter erhalten. Allerdings Streikbrecher. Ein einziger Fall, der aber auch sofort von uns scharf gerügt wurde, ist vorgekommen: Zwei Maurer hatten kurz vor Feierabend etwas Sackgut mit abgedeckt. Statt uns gegen die unmotivierten Vorwürfe des „Bauhilfsarbeiters“ zu verteidigen, hielten wir alle Ursache, uns über das beispiellos schamige Vorgehen einzelner Bauarbeiter den dort arbeitenden Maurern gegenüber bitter zu beklagen. Wir tun es aber aus leicht erklärlichen Gründen nicht. Will der Redakteur des „B.“ näheres wissen, so mag er bei der Redaktion des „Grundstein“ das Material einholen.

Nun ist noch Biegnitz da. Wir möchten am liebsten darüber schweigen, denn es gehört nicht zu unsern Lieblingsbeschäftigungen, Unglückes über kampfende Arbeiter auf Papier zu bringen. Aber die Polemik des „Bauhilfsarbeiters“ zwingt uns, im Interesse unserer schwer angegriffenen Kollegen manche Mächtigkeiten bei Seite zu setzen. Im Frühjahr hatten die Zimmerer eine Lohnforderung eingereicht. Auf diese hatten die Bauarbeiter einmal zum Vorhinein des Arbeitgeberbundes gerufen wurde, sprach er dort den Wunsch aus, daß auch gleich die Bauarbeiter zu den Verhandlungen hinzugezogen würden. „Ja“, sagte der Unternehmer, „hätten sie nur ihre Forderungen ebenfalls eingereicht!“ Unser Vorhinein sagte das den Bauarbeitern, aber diese reichten sie erst viel später ein, nachdem die Verhandlungen, die sich vier Wochen hinzogen, schon abgeschlossen waren. Das war im Mai. Die Unternehmer boten den Bauarbeitern für 1906 2–3 & für 1907 weitere 2 & Lohnsteigerung. Die Bauarbeiter lehnten das ab und proklamierten den Streik. Nun kommt das schlußhafte. Von 480 Bauarbeitern legten 220 die Arbeit nieder, also noch nicht einmal die Hälfte! Am ersten Tage gingen 93 zu den neuen Bedingungen in Arbeit und 20 wurden im Laufe der nächsten Tage Streikbrecher, so daß von den 480 Bauarbeitern nur noch reichlich 100 außer Arbeit waren. Das war ein Schlag ins Wasser. Nun mußte ein Preisgelohns gesucht werden, und was lag näher, als die Maurer als solchen zu nehmen. Wir beschloßen in einer außerordentlichen Versammlung, die Bauarbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Bauarbeiter aber verlangten von uns in einer öffentlichen Versammlung den Sympathiestreik und schimpften uns Verräter, Spione usw. Als Kollege Pohner darauf die Leitung zur Rede stellte und verlangte, daß ihm alle Verhöre seiner Kollegen gemeldet würden, um Remedien eintreten zu lassen, wurde ihm erklärt: Das haben wir nicht nötig, wir müssen alles nach Hamburg berichten und haben schon eine Liste hier, wo die Maurer aufgezählt sind, die sich etwas zu Schulden kommen lassen. Darauf verlangte er eine Sitzung, aber auch die gab es nicht. Erst viel später stellte uns der Kartellrat der Bauarbeiter zu einer Sitzung, wo wir mit diesem auch einig wurden. Allerdings ging es ihm sehr schlecht, denn ihn sowohl wie den Kollegen Pohner drohte man zu verprügeln. In ganz Biegnitz, d. h. in der ganzen Arbeiterstadt, hat man uns schlecht gemacht. Wir haben uns nicht daran gekümmert, weil wir wußten, daß wir unsere Pflicht erfüllt hatten. Daß wir ja auch nicht schwer, denn es waren fast 400 Arbeiter in Beschäftigung. Der ganze Streik war ein unglückliches Ding, denn es war nur höchstens ein Drittel organisiert. Das dürfte für diesmal genügen, in der nächsten Nummer werden wir noch einige Zweigvereinsleitungen zu Worte kommen lassen.

Gau Hamburg. In Lüneburg ist es den Unternehmern trotz eifrigen Bemühens noch nicht gelungen, Arbeitswillige zu erlangen. Einer der Unternehmer hat sogar versucht, die Frauen umzustimmen, aber auch ohne Glück, denn unsere Kollegen sind alle bis auf 12 anderweitig in Arbeit und pfeifen auf die Wangemacherei der Unternehmer.

Gau Bremen. Der Kampf in Aurich dauert nunmehr 15 Wochen, und an ein Ende ist noch nicht zu denken. Obwohl die Arbeit drängt, war bis jetzt eine Einigung zwischen den Parteien nicht möglich, es muß also der Zugung bis auf weiteres streng ferngehalten werden.

Auch in Oldenburg dauert der Kampf bereits acht Wochen; jetzt ist ein Unternehmer aus Emden, der bekannte Löfner, in Oldenburg den Unternehmern zu Hilfe geeilt, indem er die Innenputzarbeiten übernehmen hat, wozu er die Italiener, die bisher bei ihm in Emden arbeiteten, verwendet. Es sind dies dieselben Italiener, die im Jahre 1904 bei der großen Aussperrung in Bremerhaven gearbeitet haben. Die Bremerhavener Unternehmer scheinen es fast zu haben, sich mit diesen Herausgebern noch fernerhin heranzuzusetzen, und so haben sie sie nach Emden expediert. Aber diese 15 Italiener machen den Kopf nicht fett. Die Oldenburger Unternehmer werden sich doch herbeilassen müssen, mit unseren Kollegen zu verhandeln. Auch nach Oldenburg muß der Zugung streng ferngehalten werden.

In Leer, wo unsere Kollegen den Unternehmern im April dieses Jahres eine Lohnforderung eingereicht hatten, haben sich jetzt die Unternehmer genötigt gesehen, folgendes Schreiben an den Gesellenausschuß zu senden:

An den Gesellenausschuß der Maurer!
Auf eingegangenes Schreiben vom 18. d. M. erwidern wir Ihnen folgendes: Ihre Eingabe vom 27. April 1906 ist unter dem 14. Mai an die Adresse von J. Frick beantwortet worden. Die Frage über Lohnsteigerung konnte, da verschiedene Arbeitgeber nicht anwesend waren, nicht so rasch erledigt werden; ein weiterer Beschluß soll dem Gesellenausschuß bis zum 20. August zugehen. (Unterschrift.)

Weil verschiedene Arbeitgeber es nicht für nötig erachten, zu ihrer Versammlung zu gehen, können unsere Kollegen nach der Ansicht der Unternehmer weiter hungern. Dabei ist der Vorhinein, Herr de Vries, ins Bad geeilt und kommt voraussichtlich am 20. August wieder zurück. Die Unternehmer glauben nun, daß damit die Sache abgetan sei; aber sie werden sich täuschen. Am 24. Juli be-

schäftigte sich eine Versammlung unserer Kollegen mit den weiteren Maßnahmen. Unser Gausvorstand, Kollege Giddessen, gestellte in scharfen Worten das Verhalten der Unternehmer und betonte, daß hiergegen nur eine straffe Organisation Wandel schaffen könne. Beschlossen wurde, die Unternehmer noch einmal aufzufordern, bis zum 28. Juli eine Verhandlung über die Lohnfrage herbeizuführen.

Gau Hannover. Der Streik in Gildesheim ist beendet und zwar in einer Weise, die nicht befriedigen kann. Der Kampf selbst sollte gemeinschaftlicher geführt werden, bekam aber durch das eigenartige Verhalten der Christlichen von vornherein ein anderes Gepräge, trotzdem in der beschlußfassenden Sitzung am 24. April auch der christliche Verbandsvorsitzende Wieberg mitgewirkt hatte. Zu der beschlossenen Arbeitsseinstellung am 30. April kam es nicht, aber die Bauarbeiter stellten in mehreren Geschäften die Arbeit ein, wodurch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Christlichen gaben die Parole aus, Streikbrecher zu spielen, was auch geschah ist. Hoffte man doch immer noch, daß die Unternehmer ihre Absichten verhehlen würden. Da aber alles Ansehn des Unternehmernemigüts nicht rühren konnte, so mußte in den lauten Applaus geiffen werden. Dies Beispiel hat den Kampf das Gepräge gegeben, bis zur letzten Stunde! Ein Vertrauensbruch folgte dem andern, um ihn an Schlichtigkeit und Niedertracht zu überreifen. So konnte man bereits am Donnerstag, den 26. Juli, in reichlich-wesentlichen Zeitungen lesen, daß der Streik beendet sei und am Montag, den 30. Juli, die Arbeit aufgenommen wurde. Wohl lag ein Kommissionsbeschluß in ähnlichem Sinne vor, den aber jeder verpöchtelt war, geheim zu halten. Nun wird am Dienstag, den 31. Juli, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Kampf hat also 13 Wochen gedauert. Es wird wohl noch manches Wort über ihn geschrieben werden. Der Erfolg des Kampfes ist, daß der Lohn am 1. September um 2 & pro Stunde erhöht wird. Eine abermalige Steigerung um 2 & findet am 1. April 1907 statt. Sonst bleibt der frühere Vertrag in Geltung bis zum 31. März 1908.

Auch in Kienburg, wo der Bürgermeister nichts unversucht läßt, um den Kampf beizulegen, scheint besten Ende zu nahen. Die Unternehmer halten sich an das Angebot, das in Nr. 28 wiedergegeben ist, bis zum 7. August gebunden. Sie werden aber kaum bis 7. August warten, sondern bessere Zugeständnisse machen.

An den Wohnhausbauten des Kaiserfahrs Elms, die Unternehmer kurze aus Vanteln ausführt, haben unsere Kollegen die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer sich weigerte, den Stundenlohn von 35 auf 38 & zu erhöhen.

Die Unternehmer im Kreise Gronau, wozu auch Hütze zählt, haben beschloßen, nicht über 35 & zu zahlen, wogegen unsere Kollegen beschloßen haben, nicht unter 38 & zu arbeiten. Hier werden in nächster Zeit noch einige Kämpfe auszufechten sein. Diefelbe Ansicht scheint auch der Unternehmer Mangel in Elze zu haben, denn er sucht Maurer und will Lohn nach Uebereinkunft zahlen.

Die Hebung des Handwerks erfolgt in Minden i. B. in folgender Weise: Bei den aussperrungsunfähigen Unternehmern arbeiten 8 Poliere, 2 Gefellen, 1 Inbuhle und 49 Beschlinge. Und da sage noch einer, daß wir den Beschlingennachweis für das Baugewerbe notwendig haben. In einem Neubau (Wohnhaus für den Pastor) auf dem Neuplatz arbeiten die Beschlinge unter Aufsicht eines Schreibers-lehrjungs. Zum Glück ist der Bau noch nicht sehr hoch geblieben. Wie aber dann, wenn so ein Bau hoch gemauert ist und die bauerhafte Tragfähigkeit in Zweifel gezogen werden muß? Von Schlummern ganz zu schweigen. Ferner arbeiten bei Unternehmern, die die Forderung beiläufig haben, 26 Gefellen, 4 Beschlinge und 1 Polier. Außerdem sind noch fünf Unternehmer vorhanden, die aber Meister, Gefelle usw. in ihrer eigenen Person vereinigen. Bei ihnen, die nicht ausgesperrt haben, arbeiten 13 Gefellen, 6 Beschlinge und 2 Poliere. Aussperrte Maurer sind noch am Orte. Auch diese acht würden Mühen und Verlassen, wenn sie nicht unbedingt zum Postenstehen hier bleiben müßten.

Gau Braunschweig. Die Kommission des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes, die sich in Wöhnen aufhält, um Arbeitswillige zu finden, ist betrübten Mutes zurückgekehrt, um ihrem Vorstande pflichtig zu melden, daß ihr Erfolg gleich Null sei. Obige Kommission hielt es jedoch während ihrer Reise für richtig, nach hier zu melden, daß Arbeitswillige unterwegs seien, denn man konnte während der vorigen Woche häufig wahrnehmen, daß die Baunternehmer den Bahnhof belagerten, um unter sich die ankommende Deute teilen zu können. Die meiste Arbeit hatte der Baugewerksinnungsbeobachter der Sache. Er stand vor dem Bahnhofsgelände und gab den noch herbeistellenden Weibern nach Anwesenheiten zu verstehen, daß ihre Anwesenheit zwecklos sei. Da nun geteilter Schmerz halber Schmerz ist, tröstete man sich in der Arbeitgeberversammlung am Montag, den 28. Juli, und teilte nunmehr der kummenden Welt mit, daß der Arbeitgeberverband den jetzt noch in Arbeit stehenden und den sich noch vor Beendigung des Streiks zur Arbeit meldenden Maurern den ganzen Schuß des Verbandes abgeben lassen will. Weiter sollen die Arbeitswilligen vor späterer Arbeitslosigkeit geschützt werden, indem man sie von einem Betrieb in den anderen übernehmen wird.

Diese Streikentide verheßen ja doch vollständig ihre Wirkung. Sie berechtigen aber zu der Hoffnung, daß der Arbeitgeberverband baldigst zum Verhandeln geneigt sein wird. In Schöningen ließen die Unternehmer den Streikenden mitteilen, daß, wer bis vorigen Montag, den 28. Juli, die Arbeit nicht wieder aufgenommen habe, und nicht aus dem Verbanne ausgetreten sei, bis 15. Oktober d. J. keine Arbeit wiedererhalten könne. Ein tüchtiger Arzt wurde auf Grund dieses Erlasses eine Kur in einer Kaltwasserheilanstalt anordnet. Auf Anregung einiger Unternehmer und der Streikenden fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters am Montag, den 23. Juli, eine Verhandlung zwischen den Parteien statt, die aber wie das Hornberger Schießen verlief. Die Streikenden, die nur noch in geringer Anzahl am Orte sind, sehen mit aller Ruhe den kommenden Dingen entgegen. Der Streik in Peine, der auch schon fünf Wochen dauert, will immer noch nicht zu Ende kommen, weil die Unternehmer noch auf Arbeitswillige warten. Da jedoch auch hier die Arbeit an verschiedenen Punkten sehr drängt, so ist auf ein baldiges Entgegenkommen der Unternehmer zu rechnen.

Im Bohngebiet Kreienzen-Greene ist jetzt, nach unserer dort neu gegründeten Organisation, der Lohn von 27 & auf 30 & pro Stunde erhöht. Dieses wirkt selbstverständlich

auf das Nachbargebiet Ganderheim hinüber. Der dortige Unternehmer Schüller zahlt jetzt auch teilweise schon 29 1/2 pro Stunde. Sichtlich kommt auch die Kollegen dieses Gebiets bald soweit, daß sie sich der Organisation anschließen, um ihren einseitigen Lohn zu erkämpfen. Am Sonntag, den 6. August, findet im Weserhause, Nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung statt, die sich mit den dortigen Verhältnissen befassen soll.

Die Gargburger Kollegen haben eine Bohnenbewegung hinter sich. Am 17. d. M. wurde auf allen Bauten der Firma Nordmann & Neffe die Arbeit eingestellt, um eine Erhöhung des Stundenlohnes von 37 auf 40 1/2 durchzusetzen. Da jedoch eine Organisation, trotz unseres eifrigen Bemühens, dort nicht bestand, setzten sich die Unternehmer aufs hohe Pferd und bewilligten nichts. Die Kollegen nahmen anderen Tages die Arbeit wieder auf, mit dem festen Willen, in den Verband einzutreten. Die Unternehmer suchten dieses zu vereiteln. Es wurde jedem Kollegen ein Mebers vorgelegt, daß der, der in irgend eine Maurerorganisation eintreten würde, ohne Kündigung von der Firma entlassen werden könne. Alle Kollegen bewilligten die Unterdrift. Es war ihnen mit einem Male der Wert der Organisation zum Bewußtsein gekommen. Am Freitag, den 27. Juli, beschäftigte sich eine gut besuchte Maurerverammlung mit den Wagnationen der hiesigen Unternehmer, und nach einigen Ausführungen des Kollegen Obermeier aus Braunschweig beschloß man, sich der Organisation anzuschließen. Rund 80 Kollegen sind bis jetzt dem Verband beigetreten. Den Unternehmern sprechen wir für ihre „tatkräftige Hilfe“ unseren allerhöchsten Dank aus.

Gau Köln. In Remscheid hatten unsere Kollegen gemeinsam mit den Bauhilfsarbeitern Forderungen gestellt. Es wurden gefordert für Maurer 56 1/2, für Steinträger 52 1/2 und für alle anderen Bauarbeiter 48 1/2 Stundenlohn. Eine Antwort auf die Forderungen hatte man sich bis zu dem 18. Juli ausbedungen. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Unternehmer natürlich nicht geantwortet. Am 22. Juli befaßte sich eine gemeinsame Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter mit der dadurch geschaffenen Situation. Nach den Berichten der Referenten wurde ohne Federlesens beschlossen: Überall, wo die Forderung am Montag, den 23. Juli, nicht anerkannt wird, wird die Kündigung eingereicht. Sichtlich wird dieser Beschluß, dem natürlich auch die Ausführung folgen muß, den Unternehmern die Bunge lösen.

Ueber die gespannte Lage im kölnischen Baugewerbe liegen einige Nachrichten vor, die freilich noch keinen Schluß darüber zulassen, was die Zukunft bringen wird und die vielleicht beim Erscheinen des Blattes schon von den Ereignissen überholt sind. Die kölnische Bauarbeiterschaft nahm am 27. Juli in einer großen Versammlung zu der drohenden Aussperrung Stellung. Ueber die Versammlung wird berichtet:

Der große Saal samt den geräumigen Galerien waren trotz des regnerischen Wetters überfüllt, so daß die Versammlung schon gegen 9 Uhr eröffnen werden konnte. Genosse Bartels gab in etwa einminütiger vorläufiger Rede einen Überblick über die Vorgeschichte dieser Aussperrung; er zeigte in überzeugender Weise, wie es das Ziel und der Zweck der Unternehmerverbände sei, die Organisationen der Arbeiter zu zerstreuen. Dies werde ihnen aber trotz aller Brutalität nicht gelingen. Im Gegenteil, durch eine solche Kalkül des Unternehmertums würde auch der letzte Bauarbeiter ausgerückt aus seiner dumpfen Interesselosigkeit und ihm gezeigt, daß nur eine starke Organisation der Arbeiter imstande sei, sich gegen die Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber zu schützen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Genosse Bartels auf den Vertragsbruch hin, den die Unternehmer durch eine Aussperrung begehen, und erklärte unter stürmischem Beifall der Anwesenden, daß unter diesen Umständen es sich überhaupt nicht lohne, um des lieben Friedens willen Tarifverträge abzuschließen, die die Wünsche und Forderungen der Arbeiter nur zum Teil befriedigen. Das Aussperrungssystem der Unternehmer sei kultur- und gesetzwidrig. Aber hier finde sich kein Organ des heutigen Staates, um einem solchen Treiben ein Ende zu bereiten. Der Redner besprach dann unter den lebhaftesten Entrüstungsrundungen der Versammelten ausführlich das schamlose Vorgehen der Polizeibehörde, die es dahin gebracht habe, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nur noch auf dem Papier stehe; könne doch heute jeder Schutzmann die Streikposten ohne weiteres festnehmen und an der Kette in das Arrestlokal führen. Aber, so schloß der Redner unter tosendem Beifall der versammelten 1500 Bauarbeiter, wenn sich die schamlosen Unternehmern, unterstützt von den Behörden, noch so große Mühe geben, die Arbeiterorganisationen zu zerstreuen und die moderne Arbeiterbewegung überhaupt niederzuknien, so werden diese Versuche abprallen an der festgeschlossenen Einheit der Arbeiterorganisationen. Sollte es zur Aussperrung kommen, so werde auch hier in beispielloser Solidarität die gesamte organisierte Arbeiterchaft Deutschlands hinter den Kölner Bauarbeitern stehen.

In der recht lebhaften Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß die Arbeiterschaft gerüstet zum Kampf daheist, daß sie aber auch im Falle einer Aussperrung die Unternehmer zwingen wird, die Streikposten zu bezahlen, und daß dann schon in diesem Jahre die Löhne bezahlt werden, die tariflich erst im nächsten Jahre gezahlt werden sollten. Deutlich zeigte die Diskussion, daß die Arbeiterschaft empört ist über das vertragsbrüchige Vorgehen der Unternehmer und daß sie, wie so oft, auch dieses Mal beweisen wird, daß das Wort Solidarität für sie kein leeres Wort ist.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am Freitag, den 27. Juli 1906, im Volkshause tagende, außerordentlich besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem geplanten Vorgehen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe aus Anlaß der Differenzen im Dachdeckerberuf sämtliche Arbeiter des Baugewerbes auszusperrern. Da zur Zeit für die Mehrzahl der Bauarbeiter, für Maurer, Bauhilfsarbeiter und Erbauer, Putzer und Fuger, Plattenleger, Stuckateure, Zimmerleute, Zement- und Betonarbeiter usw., Tarifverträge mit den Organisationen der betreffenden Arbeitgeber abgeschlossen sind, so würde die Verwirklichung der Aussperrung seitens des Arbeitgeberverbandes einen elenden Vertragsbruch der Unternehmer darstellen. Es

würde dadurch die Abschließung von korporativen Arbeitsverträgen mit den Unternehmerorganisationen zur Unmöglichkeit gemacht werden, weil Treue und Glauben, die Grundlagen für die Schaffung von Korporativverträgen, vollständig erschüttert werden.

Die Versammelten halten es deshalb auch für unmöglich, daß der Arbeitgeberverband im Ernst an die Durchführung seiner Ankündigung denkt.

Sollte es wieder Erwarten trotzdem zur Aussperrung kommen, so verpflichten sich die Anwesenden, mit Aufbietung ihrer ganzen Kraft den aufzubringenden Kampf zu führen, damit dem Arbeitgeberverband für immer die Lust zu solchen Experimenten vergeht.

Die Versammelten betrachten es als ihre heiligste Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Bauhandwerker und Arbeiter den freien Verbänden zugeführt wird, da dies die sicherste Gewähr für die Niederwerfung machtkräftiger Unternehmerverbände bietet.

Die Kanalmaurer werden nun partiell vorgehen, um ihre Forderungen durchzubringen. Am 1. August will der Arbeitgeberbund Beschluß fassen, ob eine Gesamtaussperrung erfolgen soll oder nicht. Die Aussperrung der Dachdecker ist bei weitem nicht so vollständig erfolgt, wie man der Öffentlichkeit glauben machen will. Bei den Unternehmern ist nicht die rechte Einsicht vorhanden, es sind nicht alle mit dieser trivialen Schachmacherei einverstanden. Die „Arbeitszeitung“ schreibt über die Situation: „Es ist mit einer Gesamtaussperrung der Kölner Maurer zu rechnen. Die Differenzen haben ihren Anfang genommen mit den Kanalmaurern. Eine Versammlung des Kölner Baugewerkevereins (freie Innung) faßte am 23. d. M. folgenden Beschluß: „Auf Grund der gescheiterten Verhandlungen der Kanalbau-Unternehmer mit den Kanalmaurern erklärt die Versammlung sich solidarisch mit den Tiefbau-Unternehmern in der Art, daß sie bei eventuellen Einsperrungen begn. Maßregelung, die Tiefbau-Unternehmer, soweit sie Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, des Kölner Baugewerkevereins sind, durch eine Gesamtaussperrung der Maurer und Handlanger unterstützt, begn. soll in diesem Falle der bestehende Vertrag als nicht abgeschlossen gelten. Die Versammlung erklärt weiter ihr Einverständnis damit, daß die Tiefbau-Unternehmer wie bisher 75 1/2 Lohn bezahlen, falls die Arbeitnehmer das Angebot der Arbeitgeber, 70 1/2 Stundenlohn pro 1906 und 82 1/2 Stundenlohn pro 1907 bei neunzehnhalfstündiger Arbeitszeit, nicht annehmen.“

Der Streik der Zementierer in Düsseldorf ist in ein neues Stadium eingetreten, indem die größte Firma, Brand, die Forderungen, 60 1/2 Stundenlohn und neunzehnhalfstündige Arbeitszeit, durch Unterdrift anerkannt hat. Es sind vorläufig noch zwei Geschäfte, die Baugesellschaft Rolat (Eisenbeton) und die Firma Ditz & Co., gesperrt, doch dürfte auch diese Firmen ganz bestimmt die Forderungen bewilligen. Damit ist der Kampf im Baugewerbe jedoch noch nicht erledigt, denn es sind noch einige Firmen vorhanden, die den Lohn ebenfalls nicht zahlen, und von einer geregelten Arbeitszeit durchaus nichts wissen wollen. So zahlt die Firma Düder, die in Düsseldorf selbst zwar wenig Arbeit hat, ihren Arbeitern nicht den verdienten Lohn ganz aus, sondern es bleiben dort pro Stunde 10 1/2 stehen, die am Schlusse des Tages im Winter ausgezahlt werden. Die Firma Weiß & Freitag, die ihren Sitz in Berlin hat, zahlt Maschinenlöhne von 60 bis 60 1/2 pro Stunde. Die Firma Schlüter von Dortmund zahlt ebenfalls derartige Löhne. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt elf Stunden pro Tag, und außerdem graffiert das Ueberstundenwesen, so daß häufig 13 bis 14 Stunden pro Tag gearbeitet werden. Außer diesen Firmen kommen noch einige kleine Unternehmer in Betracht, die jedoch, wenn sie Leute haben wollen, den im Tarif festgelegten Lohn zahlen müssen. Sichtlich wird es der Organisation gelingen, auch bei den anderen großen Firmen den Tarif zur Durchführung zu bringen, damit endlich einmal auch im Baugewerbe, das sich in Düsseldorf in den letzten Jahren riesig entwickelt hat, und die Maurerarbeit noch mehr als bisher verdrängen wird, geordnete Zustände geschaffen werden.

In Ratingen haben drei Unternehmer die Forderungen bewilligt. Da Zugut nicht zu verzeichnen ist, werden auch die anderen Unternehmer bald zur Einsicht kommen.

Gau Frankfurt a. M. In Gießhain, Zweigverein Mainz, wurde am 24. Juli zwischen den Unternehmern und unserer Organisation ein Tarifvertrag abgeschlossen, der einen Stundenlohn von 50 1/2 und die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit für die Zeit vom 1. August 1906 bis zum 1. Mai 1907 festlegt.

Den Unternehmern in Weiburg scheint es doch bei dem Streik etwas warm zu werden. Hauptächlich dem Unternehmer Verneiser, der sich die größte Mühe gibt, den auswärts Reute herbeizuschaffen. Es war ihm gelungen, acht Mann zu finden, die sich nicht schämen, uns trotz unserer erbärmlichen Lage in den Rücken zu fallen. Er mußte dabei aber tief in seinen Geldbeutel greifen, denn er mußte ihnen bei den hiesigen Arbeiterverhältnissen 5,80 pro Tag ausbezahlen. Glücklicherweise ist es uns gelungen, sechs Mann wieder forzubringen. Die Wut des betreffenden Unternehmers hierüber scheint selbst die Polizei angeekelt zu haben, denn am Mittwoch Morgen noch vor 6 Uhr wurden auf offener Straße zwei Streikposten und der Vorsitzende der Streikleitung verhaftet, ohne irgend jemand belästigt zu haben. Durch eifrigen Bemühen ist es dem Kollegen Herrmann vom Bauvorstand gelungen, die drei Verhafteten noch an demselben Tage gegen Abend frei zu bekommen. In der Aufregung über diesen gelungenen Streich hatte die Polizei vergessen, auf der Bürgermeisterei sowie beim Untersuchungsrichter die Anzeige zu machen; sie hatte sogar vergessen, die drei Verhafteten zu befragen. Um 1 Uhr Mittags hat man erst an sie gedacht. Sogar gedachte die Polizei, durch diesen Gewaltakt den Streik lahmzulegen. Aber auch durch den Hunger kann man die Betroffenen von ihrer gerechten Sache nicht abbringen. Dies Vorgehen der Polizei wird uns bei unserem Streik mehr nützen als schaden, denn die meisten Kollegen, die bis jetzt noch zaghaft waren, gehen jetzt mit frischem Mut an Werk; die Lust zum Kampf für unsere gerechte Sache ist dadurch erst

recht angefaßt worden. Wir bitten die Kollegen von der Umgebung dringend, Weiburg und Röhberg zu meiden.

In Aßaffenburg sind die Kollegen am vorigen Montag in einen partiellen Streik eingetreten. Zwei Bauunternehmen, die zusammen 52 Kollegen beschäftigten, sind vorläufig gesperrt. Die Sache kam den Unternehmern anscheinend höchst unlegen, sie machten deshalb allerlei Bittengesuche, um die Bewegung hinauszuziehen. Unsere Forderung, die jedem Unternehmer übermitteln worden war, wurde von allen gleichlautend beantwortet. Der Inhalt dieser Zuschriften ging dahin, daß der einzelne Unternehmer nicht unterhandeln könne; wir müßten uns an den Vorsitzenden des Verbandes wenden. Unsere Organisation erfüllte selbstverständlich diese Formalität und gewährte weitere drei Tage Frist, damit die Unternehmer nochmals Stellung nehmen konnten. Die Antwort ging auch pünktlich ein, leider war damit nicht viel anzufangen. Es sah vielmehr aus, als hätten sich die „gnädigen Herren“ einen Scherz erlaubt, um nebenbei die Kollegen zu verhöhnen. Zur Lohnfrage äußerten sie sich wie folgt: Der Lohn wird vom Verband (Arbeitgeberverband) vom 1. August ab um 2 1/2 erhöht für alle fleißigen, brauchbaren und älteren Maurer, jedoch wird es in freies Ermessen des einzelnen Arbeitgeber gestellt. Die vielen gestellten Klauseln lassen nicht allein erkennen, daß die Arbeitgeber in Zukunft willkürlich die Lohnfrage regeln wollen, sondern sie läßt auch das gegenwärtige raffinierte Lohnsystem, welches in Aßaffenburg beliebt wird, klar erkennen. Der Lohn sollte nach dem Zuzugandnis für „prämierte“ erstklassige Maurer nach Ansicht der Herren 42 1/2 pro Stunde betragen, aber fast die Hälfte der Aßaffener Kollegen hat bereits diesen Lohn, fast ein Drittel einen solchen von 45 1/2. Das Zuzugandnis war gewiß kein ausgerechnet, jedoch dumm und plump, daß keiner darauf hineinfallen konnte. Die Unternehmer wollten nach Belieben, aber, wie sie es nennen, nach „freiem Ermessen“ Lohnzulagen und Abzüge vornehmen können, wie es ihnen in den Kram paßt. So ähnlich sahen alle übrigen Antworten aus. Angefaßt dieser Situation beschloßen die Kollegen, nimmere zu versuchen, sich mit den einzelnen Unternehmern zu einigen. Wie bereits erwähnt, ist auch dieser letzte Versuch zur Einigung gescheitert, und der zweite hartnäckige Kampf in Aßaffenburg für unsere Kollegen hat begonnen. Fast in ganz Unterfranken haben wir es mit einem furzschigen, hartnäckigen Unternehmertum zu tun. Dagegen gibt es nur ein Mittel: weitere Festigung unserer eigenen Organisation.

In Weiburg-Röhberg haben die Unternehmer in ihrer Not, aufnehmend beim Landrat, die Polizeimacht der Umgebung mobilisiert. Aber wie gewöhnlich, wenn aufviel Polizei vorhanden und zu wenig Arbeit, wird sehr oft neben das Ziel geschossen. Unsere Kollegen hatten schon nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die Polizei das Vergnügen machte Morgens und Abends Spaziergänge mit den „Arbeitswilligen“ über Land zu machen; aber damit haben die streikenden Kollegen das Recht, ebenfalls mit diesen „Arbeitswilligen“ zu reden, durchaus nicht verbitrt. Als am 25. Juli drei streikende Kollegen dieses Recht in Gegenwart der Polizei herausnahmen, wurden sie ohne weiteres eingesperrt und mußten bis Nachmittags 2 1/2 Uhr brummen. Als Einbruch dagegen beim Bürgermeister in Weiburg erhoben wurde, ordnete dieser die sofortige Haftentlassung an, nachdem er erklärt hatte, er wählte von der Verhaftung nichts. Die Kollegen wissen bis heute noch nicht, was sie bezbrochen haben, ob eine Untersuchung eingeleitet ist oder wird, ist ihnen bis heute ebenfalls unbekannt. Am nächsten Tage sollte das Mandat von neuem beginnen. Der bereits verhaftete Kollege protestierte sofort ganz entschieden; diesen „Sünder“ ließ man deshalb sofort wieder laufen. Ob es auf diese Weise gelingt, den Unternehmerprofi zu retten? Wir möchten es bezweifeln. Die Streikenden kann man dadurch nicht irre führen. Wenn auch unsere Kollegen das Vorgehen der Polizei zum Teil humoristisch auffassen, so muß aber doch ganz entschieden gegen das Rücksichtslos, Gesetzwidrige solcher Handlungen protestiert werden.

Die Streiks in Mülheim a. M. und Dillenburg haben Veränderungen nicht erfahren.

Die Gießener Kollegen haben nach der gewaltigen Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Feuerzusage bei den Arbeitgebern beantragt. Der vereinbarte Vertrag dauert bis zum Jahre 1908. Vorher wäre es also nicht möglich, trotz der außerordentlichen Veränderung der Lebensverhältnisse. Die Gießener Unternehmer sind einsichtsvoll genug, dies zu erkennen; aber die Geschäfte kosten leider Geld. In einer gemeinsamen Sitzung, wo über die Frage beraten wurde, erklärten sich die Unternehmer dann bereit, an der im Neubau begriffenen Brennkraft den Lohn um 2 und mehr Pfennige pro Stunde zu erhöhen, aber in der Stadt sollte der alte Vertrag weiter bestehen. Die Kollegen beschloßen am 21. Juli in einer stark besuchten Versammlung, das Angebot der Unternehmer zwar anzunehmen; um aber Unzufriedenheit und Mißmutungen vorzubeugen, möchten die Unternehmer für die Stadt ebenfalls eine Zulage gewähren.

In Großenkinden (Bezirk Gießen) sind die Kollegen ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert werden neunzehnhalfstündige Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn. Die Unternehmer glauben, wie überall, in diesem Jahre eine Lohnzulage nicht genehmigen zu können.

Gau Mannheim. Der Streik in Colmar steht gut. Die Forderungen sind insgesamt von 14 Unternehmern bewilligt. Es arbeiten bereits 80 Kollegen zu den neuen Bedingungen. Der Zugut war bisher sehr gering. Nur von Frankreich sind ab und zu einzelne Reute gekommen, die jedoch immer, nachdem sie von der Situation unterrichtet waren, wieder weiter reisten. Die Colmarer Kollegen selbst könnten jedoch etwas erntet bei der Sache sein. Einzelne der Abgewiesenen sind nach kurzer Zeit zurück gekommen. Es sind auch noch eine ganze Anzahl Bediener am Ort, die dadurch den Kampf unendlich erschweren. Auch die zu neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen müssen sich bewußt werden, daß sie Pflichten zu erfüllen haben. Einem Unternehmertum wie in Colmar ist nur zugunsten, wenn jeder einzelne seine Pflicht im vollen Maße erfüllt.

Wie in voriger Nummer kurz berichtet, wurden in Straßburg im Elsaß die Bauarbeiter ausgesperrt. Dadurch

wurden in wenigen Tagen 30. 400 Maurer in Mittelfrankens gezogen. Man muß der übergrößen Wehrkraft der Straburger Kollegen nachsehen, daß sie strenge Solidarität geübt haben. Dies dürfte auch dazu beigetragen haben, daß die Unternehmer bald zu Verhandlungen und zum Frieden geneigt waren. Am 24. Juli kam ein Vertrag zu Stande — für Bauarbeiter der erste in Glatz-Bohringen. Willkomm wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Landau wurde über den Unternehmer Sauer die Sperre verhängt. Dieser hat bis vor kurzer Zeit in Landau seine Arbeiten ausgeführt, jetzt jedoch einen Neubau begonnen. Da in Landau ein Vertrag besteht, so wurde derselbe auch Herrn Sauer zur Anerkennung vorgelegt. Die Anerkennung wurde verweigert, deshalb ist die Sperre verhängt. Es haben sich 3 christliche Brüder als Hausstreifer gefunden, die jedoch den Kopf kaum fett machen dürfen.

In Schiffweiler und Landsweiler ist am 28. Juli die Kündigung abgelaufen. Da dort fast nur christlich organisierte in Frage kommen, so müssen wir abwarten, ob sie genügend Mut zur Führung des Kampfes haben werden.

In Friedrichshagen ist am 28. Juli die Kündigung eingereicht worden.

In Reunke ist am 20. Juli gekündigt worden. Besonders im letzten Ort sind allerhand Kräfte am Werk, um uns die Kasse abzutreiben und den Aufbau der Organisation unmöglich zu machen. Doch dies dürfte der Opferwilligkeit und dem Mut unserer Kollegen wenig Abbruch tun. Auch die Weber Kollegen zeigen sich. Die Unternehmer sollen nochmals gefragt werden, ob sie jetzt bereit sind, zu verhandeln. Erfolgt bis zum 8. August keine Antwort, so dürfte es zum Streik kommen.

In Heppenheim ist ebenfalls bei zwei Unternehmern die Kündigung eingereicht worden; auch da dürfte es zum Streik kommen.

In Lahr haben unsere Kollegen Forderungen eingereicht. In Freiburg sind bei den Zementwerken Differenzen ausgetrieben, die zur Arbeitsniederlegung führen dürften.

Gau Nürnberg. In Bamberg waren bisher die Unternehmer des Baugewerbes nicht organisiert, als aber unsere Kollegen von den wenigen Wochen ihre Forderung einreichten, schlossen sich die Unternehmer an. Wir erhielten Kenntnis davon und wandten uns deshalb persönlich an den Vorsitzenden der jungen Organisation mit dem Antrag, über unsere eingereichte Forderung in eine Unterabteilung einzutreten, was auch in der bereitwilligsten Weise zugefagt wurde. Hoffen wir, daß die bestehenden Differenzen auf glückliche Weise beigelegt werden. Was wir dabei tun können, soll geschehen.

Aus Bayreuth haben wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ die Ansicht ausgedrückt, daß die angebotene Unterabteilung des Bürgermeisters möglicherweise nur ein Verdingungsmittel sein sollte, um die Streikenden zu veranlassen, die gemeinsamen Spaziergänge angesichts der Wagner-Festspiele zu unterlassen. Das hat sich auch als richtig herausgestellt, denn der Bürgermeister hat uns weder in beabsichtigtem noch in einem anderen Sinne eine Antwort zukommen lassen. Die Situation ist für uns noch immer gleich günstig, da die Zahl der Streikbrecher sehr gering ist und die Streikenden noch nicht einmal zu 10 pSt. erfasst sind. Einzelne Bauten, namentlich die größten, liegen ganz still. Unsere Kollegen haben sich auf einen Jahreskampf eingerichtet und wenn nötig, so soll er auch gleich im nächsten Frühjahr wieder aufgenommen werden.

In Burgfarnbach ist die Situation noch die gleiche wie in unserem letzten Bericht geschildert.

In Nürnberg-Fürth ist die Ausperrungsgebiet haben sich die Dinge auch in der letzten Woche wieder zu unseren Gunsten geändert. Die Unternehmer machen alle Anstrengungen, um Arbeitswillige von auswärtig zu erhalten, aber bisher war alle Mühe umsonst. Die Zahl der Streikbrecher ist in der letzten Woche um zwei geringer geworden und wenn nicht ein Teil von den wenigen am Orte vorhandenen Christlichen zu Streikbrechern geworden wäre, so würde die Zahl der Streikbrecher in dieser Woche um 11 gemindert sein. Die Christen beschönigen ihren Streikbruch damit, daß die zwei Unternehmer, bei denen diese Ausgewerkschaftler die Arbeit aufgenommen haben, ihre Forderung bewilligt hätten. Aber eine christliche Forderung gibt es wohl nicht, sondern eine Forderung auf 60 pSt Lohn und neunwündige Arbeitszeit, die alle Maurer von Nürnberg und Fürth angestellt haben. Was diese Betrüder bewilligt hätten, haben wir, wird verschwiegen, aber selbst jetzt ist, daß keine 60 pSt Lohn pro Stunde bezahlt werden. Was den Christlichen noch weiter zur Ehre gereicht, ist, daß sie sich als Sprachrohr des „Frankfurter Kurier“, das arbeitserfreundliche Blatt in ganz Bayern, ausgesprochen haben und dort nicht bloß ihren Verrat beschönigen, sondern auch noch die Streikenden, ebenso wie es der Arbeitsverband in dem gleichen Organ getan hat, der Polizei denunzieren. Doch über all dies gehen wir zur Tagesordnung über, da die Reutchen mit ihren schwachen Kräften nicht im Stande sind, unserer Sache zu schaden. Wir wollen nur lebhaft die Tatsachen feststellen, aber auch gleich bemerken, daß wir uns niemals haben träumen lassen, daß die Christlichen nicht Streikbrecher würden. Die Unternehmer versuchen, unsere auswärts untergebrachten Kollegen wieder außer Arbeit zu bringen, was erfreulicherweise in keinem einzigen Fall gelungen ist. Auch auf die Unternehmer, die die Forderungen bewilligt haben, suchen sie einen Druck auszuüben. Die Materialperre durchzuführen, ist ihnen nicht gelungen, auch dies war, wie alle ihre Maßnahmen, ein Schlag ins Wasser. Im Nachhinein einige Festspiele für unsere Angehörigen:

Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.

Nürnberg, den 16. Juli 1906.

Herrn Mees & Mees, Baugeschäft

Worpsheim.

Die Ihnen aus den Fachzeitschriften bekannt sein dürfte, haben unsere Maurer, Steinbauer und Bauhilfsarbeiter ganz kolossale Forderungen auf Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung gestellt.

Nachdem wir diese Forderungen nicht bewilligen konnten, haben sie ihr beständiges System der Sperre durchführung über Betriebe einzelner Kollegen angewandt, so daß uns nichts anderes übrig blieb, als sämtliche organisierte Maurer, Steinbauer und Bauhilfsarbeiter auszusperren.

Wie uns heute mitgeteilt wird, soll eine größere Partie hiesiger Arbeiter nach Würzburg abgereist sein und eruchen wir Sie, uns in dem uns aufgebundenen Kampfe dadurch zu unterstützen, daß Sie Arbeiter aus Nürnberg und Fürth

nicht beschäftigen bzw. schon eingestellte, sofort wieder entlassen.

Zu Gegenleistungen stets gern bereit, zeichnen mit kollektivem Gruß
Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.

Der Vorstand. In dessen Auftrag der Vorsitzende L. Popp.

Diesem Brief ist eine Liste mit den Namen und dem Geburtsort von 874-Maurern, 269 Steinbauern und 1369 Bauhilfsarbeitern beigelegt, die in Nürnberg und Fürth ausgesperrt wurden, also insgesamt 2612 Arbeitern, die für das fürchterliche Verbrechen, eine Lohnsteigerung gefordert zu haben, drollig durch ganz Deutschland gehetzt werden sollen.

Folgender Brief ist an eine Stuckateurfirma gerichtet:

Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.

Nürnberg, den 21. Juli 1906.

Gehreter Herr R. R.

Wie uns von Seite Ihrer Kollegen mitgeteilt wird, sollen Sie die unterbänigen hohen Forderungen der Bauhilfsarbeiter bewilligt haben und haben Sie uns dadurch den Kampf mit unseren Arbeitern sehr erschwert.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie von Mitgliedern unseres Verbandes keine Arbeit mehr übertragen erhalten werden, wenn Sie nicht umgehend die bewilligten Forderungen der Bauhilfsarbeiter zurückziehen und die organisierten Arbeiter entlassen.

Schachtungsbauf
Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.

Der Vorstand. In dessen Auftrag der Vorsitzende L. Popp.

Die streikenden resp. ausgesperrten Kollegen sind frohen Mutes, da sie ihrer Sache sicher sind, anders aber bei den Arbeitgebern. Von den vor dem Streik beschäftigt gewesen 1862 Maurern, Steinbauern und Mauerputzern haben bereits mehr als die Hälfte das Kampffeld verlassen, und da von auswärtig Arbeitsangebote in großer Anzahl vorliegen, so dürfte in den nächsten Tagen noch ein großer Teil der Kollegen abziehen und so den Streik beschleunigen. Die abgereichten Kollegen seien an dieser Stelle nochmals aufgefordert, nicht auf die Kollegen der bürgerlichen Wälder zu achten, sondern an ihren Arbeitsorten zu verbleiben. Sie ihnen durch Mitteilungen der Streikleitung oder durch den „Grundstein“ das Ende des Streiks bekannt wird. Leider muß gesagt werden, daß in der letzten Woche wieder einige und sogar ledige Kollegen zurückgekommen sind.

Gau Erfurt. In G o t h a hatten die Poliere die Rolle des „christlichen Wälders“ übernommen, indem sie zwischen den Streikenden und den Unternehmern vermitteln wollten. Eine solche Durchsetzung der Taktik der Streikleitung konnte sich diese natürlich nicht gefallen lassen, um so weniger, da die Poliere selber mitstreiften. Die Unternehmer hätten durch diese Hine- und Herlaufen der falsche ungünstige Schlüsse bezüglich der Stimmung der Gesamttheit der Streikenden ziehen können, hätten aus der Verzögerung der Poliere geschlossen, daß auch die streikenden Gesellen Frieden um jeden Preis wollten, und dadurch konnte die Bewegung natürlich schwer geschädigt werden. Aus diesen Gründen mußten den Polieren das unterfagt werden. Als sie aber trotzdem die Zwischenträgerei fortsetzten, unterzog ihnen die Streikleitung die Unterfagung. Gegen einen Streikenden, der ihnen etwas dert seine Meinung sagte, haben sie sogar Strafantrag gestellt. Nun werden sie voraussichtlich „arbeitswillig“ werden. Es sind nur sieben Mann; ein großer Schaden ist es also nicht. Besser wäre es freilich gewesen, es wäre nicht zum vollständigen Bruch gekommen. Die Streikenden lassen sich jedoch hierdurch durchaus nicht wankelmütig machen.

Vom Gaudorf wird geschrieben:

Der Ort R i m p a r ist ja den Kollegen seit Jahren bekannt. Einen guten Klang hat das Wort nie gehabt, denn die 300 dort wohnhaften Maurer waren nie unsere Mitkämpfer, sondern ihr Ziel war, dort zu arbeiten, wo die Kollegen im Kampfe mit dem Unternehmertum standen. Die Notwendigkeit der Organisation wurde auch diesen Kollegen an ihrem Wohnort gepredigt. Auch der Anschluss an die Organisation wurde vollzogen, nicht nur einmal, sondern seit zwei Jahren sogar das dritte Mal. Jedoch unsere Mitkämpfer zu werden, lag den Maurern in Rimparr fern, sondern, wie schon einmal im „Grundstein“ geschrieben wurde, sie organisierten sich deshalb, um möglichst schnell und sicher zu wissen, wo Lohnbewegungen und Streiks waren, damit sie ihr verächtliches Treiben desto bequemer ausführen konnten. Jetzt soll die Zahl der Organisierten in Rimparr fast der Zahl der dort wohnhaften Maurer entsprechen. Die Kollegen sagen dieses mit einem gewissen Stolz; ja, sie lassen durchblicken, daß sie jetzt bessere Kollegen geworden seien, also den Gedanken der Organisation und den Wert der Solidarität richtig begriffen hätten. Der Streikbericht in Nr. 24 des „Grundstein“ unter Würzburg konnte einen zu dieser Annahme führen, wenn, ja wenn eben das W e n n nicht wäre. In Weimar sind wir zu einer anderen Meinung über die Rimparrer gekommen, oder, richtiger gesagt, unsere alte Ansicht mußte bestehen bleiben. Zur Begründung diene folgendes: In Weimar hatten die Kollegen im Februar Lohnforderungen an die Unternehmer gestellt. Da die Konjunktur gut zu werden versprach, da das alte Theater durch einen Neubau ersetzt werden sollte, so war eine der Hauptbewegungen zur Lohnbewegung erfüllt. In der Submmission des Theaterbaues bekam Meister Ull als Wundstreichforderer den Zuschlag. Viele Tausende waren bei der Submmission abgesehen. Wie sollte dieses wieder herausgeschlagen werden?

Nun kam auch noch die Lohnforderung dazu. Wüßte ich, daß es, Ull bekommt Maurer aus Bayern. Ein anderes Gerücht sagte, 200 Bayern kämen nach Weimar, wenn gestreift würde.

Die leitenden Kollegen lachten über diese Gerüchte und betrachteten sie als Scherzschüsse, die die Unternehmer losließen, um die der Organisation noch fernstehenden Kollegen abzuhaken, sich zu organisieren.

Da eines schönen Tages war eine Kolonne Maurer da. Wo waren sie her? Aus Rimparr. Es war die Kolonne Friedrich, Mann Hart, angereist für Ull aus dem Theaterbau. Da am Theaterbau durch schlechte Grundverhältnisse die Betonarbeiten noch nicht fertig waren, ging die Kolonne an einen Neubau von Ull. Als die Unternehmer auf unsere Forderung

nicht weiter zu erwidern hatten, als einen Arbeitgeberbund zu gründen und sich bei Strafe verpflichteten, nicht mehr als 39 pSt zu zahlen (gefordert waren 42 pSt) und auf mehrmaliges Ersuchen um Verhandlung auch keine Antwort eintraf, so wurde am 19. April der Streik beschlossen.

In dieser Veranlassung war die Rimparrer Kolonne auch anwesend. Die Leute gaben sich als Mitglieder aus, und als der Streik beschlossen war, frag der Kolonnenführer an, ob für sie dieses auch maßgebend sei, indem sie Spezialisten, Theaterbauer seien. Wer laßt dal haben die deutschen Maurer noch nichts davon gehört, daß das Theaterbauern Spezialarbeit ist? Warum sollte dies die Kolonne Friedrich aus Rimparr nicht sein? Waren sie jahrelang Spezialisten in der Bekämpfung ihrer Kollegen gewesen, konnten sie auch jetzt Spezialisten im Theaterbau sein. Was doch Leute, die Streikbruch verüben wollten, alles für Ausreden finden! Sie hatten auch die Arbeit in Afford übernommen und wollten Leute einstellen. Die Veranlassung sowie auch der Gaudorf waren jedoch anderer Meinung. Sie konnten sich nicht dabei überzeugen, daß das Maurer an einem neuen Theater Spezialarbeit sei und verlangten Solidarität.

Am 20. April, dem ersten Tag des Streiks, haben die Rimparrer die Arbeit auch ruhen lassen, eine Streikflare hat sich jedoch keiner geholt. Am Abend kam dann der Kolonnenführer Friedrich und ersuchte den Gaudorf um die Erlaubnis, am Sonnabend arbeiten zu dürfen, damit der Unternehmer ihnen den versprochenen Lohn zahlen müsse. Kame es dann bis zum Abend nicht zur Eingung, so würden sie abziehen.

Was sollte der Gaudorf resp. die Streikleitung tun? Was hätte jede andere Streikleitung gemacht? Einfach das Verlangen abgelehnt. Wir haben dieses nicht getan. Die Erlaubnis wurde gegeben mit dem Hinweis, daß, wenn sie eine Stunde länger arbeiten würden, die Streikbrecher seien, und unsererseits der Zuschlag aus der Organisation beauftragt werden würde. Hoch und teuer verhandelt alle, keine Minute länger zu arbeiten, als bis Sonnabend Abend, damit sie ihr Geld bekämen.

Haben nun die Rimparrer ihr Wort gehalten? Nein. Sie haben nicht nur an diesem Sonnabend, sondern auch in der ganzen nächsten Woche gearbeitet. Die Kolonnenführer Friedrich in einem Brief an den Hauptvorstand angibt, haben sie ein Stück Mauerwerk fertig gemacht. Die Streikleitung hat mehr als einmal im Laufe der Woche die Kolonne, hauptsächlich den Kolonnenführer, auf ihr trauriges Verhalten aufmerksam gemacht, aber ohne Erfolg. Da auf einmal am Wochenanfang, reist die Kolonne außer Friedrich und noch einem andern ab. Warum? Die Streikleitung glaubte, daß die Leute doch als Mitglieder des Verbandes hätten und nun doch den Streikbruch ausgehen hätten. Doch dem war nicht so. Heute wissen wir, warum die Kolonne abreiste. Die Betonarbeiten waren noch nicht so weit, daß weiter gearbeitet werden konnte, und so war dieses eine günstige Gelegenheit, den Meister nicht zu ernennen und sich in den Augen der Streikenden wieder zu rehabilitieren.

Bei der Abreise verlangte Friedrich von der Streikleitung bis zum Freitag telegraphische Mitteilung, wie die Sache stünde, damit sie am Montag wieder da sein könnten. Da sich bis Freitag die Situation nicht geändert hatte, so unterließ die Mitteilung nach Rimparr. Pünktlich am Dienstag, den 8. Mai, war die Kolonne noch etwas verfrachtet wieder am Theaterbau. Warum auch nicht? In Würzburg, dem eigentlichen Arbeitsort der Rimparrer, wurde ja gestreift, da trat man für Verbesserung der Löhne ein, und so gab es nichts Besseres zu tun, als an einem anderen Ort des Reiches den Kollegen, den Mitgliedern der eigenen Organisation, in den Rücken zu fallen. Der gute Ruf von Rimparr mußte doch gewahrt bleiben!

Der Kampf in Weimar ist unsererseits abgebrochen worden, und die Kollegen fanden Arbeit, trotzdem die Unternehmer beschlossen hatten, keine am Streik beteiligten Gesellen wieder einzustellen. Als letzte waren noch die Kollegen von der Streikleitung ohne Arbeit. Am Theaterbau sollte die Arbeit schnell vorwärts gehen, und was geschieht? Einer von der Kolonne Rimparr fährt nach Würzburg, erklärt der dortigen Streikleitung, in Weimar sei der Streik beendet und es sollte eine Kolonne mit nach Weimar kommen. Der Vorsitzende in Weimar, der noch außer Arbeit sei, könne mit ihm am Theater arbeiten, den wollten sie einstellen. Dies sagten sie und sie muteten es wohl im Ernst dem Vorsitzenden in Weimar auch zu, trotzdem er eine Anklage wegen Mordtötung hatte (er wurde später auch zu einem Tag bestraft), die er schriftlich gegen den Kolonnenführer Friedrich begangen haben sollte. In Weimar ist die zehnwündige Arbeitszeit üblich. Wie lange arbeiten die Rimparrer? 12, 12½ und 18 Stunden. Vom früh 5 bis Abends 7½ und 8 Uhr in Afford. Was sagen dazu die Unternehmer in Weimar? „Da die Bayern, das sind richtige Kerle, die arbeiten, solange es geht, wenn wieder einmal eine größere Arbeit hier vorliegt, werden wir uns Leute aus Rimparr kommen lassen.“ Was sagen unsere Kollegen, unsere Mitglieder in Weimar, die sehr schwer für die Organisation zu gewinnen waren, wozu es einer fast fünfjährigen Agitation bedurfte? „Wenn das Verbandsmittglieder sind, dann hat der Verband keinen Zweck, denn die machen ja das Gegenteil von dem, was uns durch die Organisation bis jetzt gelehrt worden ist.“ Die Unorganisierten sitzen aber erst recht auf dem hohen Berge. „Der Verband nützt nichts, das sieht man am Theaterbau“, führen die Unorganisierten an, denn so eine Schweinerei in der Arbeitszeit hat Weimar noch nicht gesehen.

Was war nun zu tun, um diesem Skandal ein Ende zu bereiten? Der Gaudorf hat in Nürnberg wurde um Hilfe ersucht und schickte auch einen Vertreter nach Weimar. Die Rimparrer wurden nach Feierabend zu einer Sitzung zusammengerufen, einige brühten sich, und in dieser Sitzung wurden sie auf ihr schlechtes Verhalten aufmerksam gemacht und ersucht, die ortsübliche Arbeitszeit, 10 Stunden, täglich einzuhalten. Die Ausreden, die es da alle gab, wollen wir hier nicht anführen, aber das darf gesagt werden, schlimmer kann kein Unternehmern gegen die Verletzung der Arbeitszeit kämpfen, als es die anwesenden Rimparrer taten. Einer machte sogar die geistreiche Bemerkung, daß im Staat nicht sche, daß keine Lieberhunden gemacht werden dürfen, und in Würzburg würde auch länger gearbeitet.

Zuletzt verlangte der Kolonnenführer Friedrich, wir sollten ihnen erlauben, 6 Stunden zu arbeiten, andere gingen es nicht, sonst verdienten sie das nicht, was sie mindestens verdienen müßten, außerdem sei die ganze Kolonne nicht da, es müßten auch die Fehlgenden geholt werden. Daß wir es nicht mit überzeugten Mitgliedern zu tun hatten, leuchtete den mitan-

wesenden Kollegen von Wimar noch ein. Kollege Engelhardt vom Bauvorstand in Nürnberg hat denn am anderen Tag vom Frühstich vor ganzem Kolonne die Sache nochmals vorgestellt, geduldet hat es nicht. Die Wilmurer dekapulien sogar, Engelhardt habe ihnen erlaubt, noch sechs Wochen ein Stundchen lang zu arbeiten. Nach wie vor arbeitete die Kolonne täglich zwölf Stunden und mehr, und die Kollegen, die am Bau vorbeigehen, werden verhöhnt, man könnte sagen probostet.

Über auch der Zweigvereinsvorstand in Würzburg scheint das Schreiben dieser Kolonne zu missgelen. Denn statt dem Vorstand in Weimar auf dessen Anfrage mitzutheilen, wer die sauberen Mitglieder sind, will der Ausschuss beim Hauptvorstand beantragen werden soll, hält sich der Vorstand in Würzburg in Schweigen. Danach muss es im Zweigvereint Würzburg so sein, wie einer in der Sitzung sagte, als wir mit dem Ausschuss drohten: „Ausschließen tun wir, wenn wir wollen, da hat der Hauptvorstand nichts zu sagen.“ Da es im Statut aber auch nicht verboten ist, Ueberstunden zu machen, so find die Rinnparker ihrer Meinung nach im Recht, wenn sie 12 und 13 Stunden arbeiten. Wie sie ihrer Meinung nach auch keine Streikbrecher sind, wenn sie dort arbeiten, wo gestreikt wird. Fürwahr eine feine Familie!

Wir hoffen, das diese Zeilen mehr Klarheit über Rinnparker bei unseren Kollegen bringen werden. Den Zweigvereinsvorstand in Würzburg fordern wir hierdurch aber öffentlich auf, das nachzuholen, wozu er laut Statut verpflichtet ist.

(Anmerkung: Der Redaktion: Wir haben diese Aufschrift mit wenigen Abstrichen aufgenommen, weil wir wissen, daß sich die Dinge in dieser Weise abgespielt haben und auch überzeugt sind, daß hier nur öffentliche Brandstiftung helfen kann, vorausgesetzt, daß überhaupt ein Strauß gegen den Rimparrer Streifkorb gewaschen ist. Der Zweigverein Würzburg wird nicht umhin können, hierzu Stellung zu nehmen. Der einzige Lichtblick in dieser ständalösen Affäre ist, daß es nur ein Rimparr gibt.)

Von Mangelburg. In Carlsbogen hat man auch der unternehmigen Panger die Forderung der Kollegen erkannt. Dadurch wird die Zahl der Streikenden auf wenige Mann zusammengekrumpfen. Wenn man Höhe und Reichthum ihres Charfadumerei nicht einstellen, darin dürfen sie das später noch einmal bitter bereuen, da die thätigen Kollegen keine Schonung nach den Fleißchöpfen der Herren gefunden werden. Eine schon angelegte Verhandlung mit dem Gausvorstehen haben die beiden hintertrieben und dadurch Panger zur Bewilligung veranlaßt.

In Staßfurt sind die Differenzen nunmehr als erledigt zu betrachten. Die Unternehmer zahlen bis 1. April 1907 44, von da ab 45 %. Zum Abschluß eines Vertrages ist es nicht gekommen. Doch dürften dadurch die Kollegen nicht benachteiligt sein, da sie ja nun volle Bewegungsfreiheit haben, um weiter vorwärts zu drängen.

Gau Leipzig. In Merseburg hatten einige Unternehmer der Lohnkommission unter der Hand geraten, noch einmal bei dem Arbeitgeberbund vorfällig zu werden. Die Unternehmer gaben zu verstehen, daß jezt Stimmung zur Unterhandlung vorhanden wäre. Darauf begaben sich der Bauarbeiterkollege Jakob und das Kommissionsmitglied Kollege Bernhard Müller zu einem der betreffenden Unternehmer, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Es fand eine Verhandlung zwischen den beiden Kollegen und dem Arbeitgeberbund statt. Die Unternehmer erklärten trotz ihres früheren Beschlusses, daß sie vor November nicht bereit handeln wollten und für dieses Jahr den Lohn von 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Die Kommission mußte das Angebot, da es nur 1 $\frac{1}{2}$ Verbesserung bedeutete, ablehnen. Die Versammlung beschloß, den Unternehmern entgegenzukommen und die Forderung für dieses Jahr von 44 $\frac{1}{2}$ pro 43 $\frac{1}{2}$ zu erniedrigen, wenn der Arbeitgeberbund sich verpflichtet, vom 1. April 1907 an einen Lohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Dieser Beschluß ist dem Arbeitgeberbund mitgeteilt worden mit dem Bemerkten, daß, wenn im Laufe dieser Woche das jetzige Angebot nicht angenommen wird, unsere Forderung in der früheren Höhe bestehen bleibt. Des weiteren ist das Ersuchen an den Arbeitgeberbund gerichtet, die Lohnfrage auch mit den Bauarbeitern zu regeln, damit nicht, wenn wir die Arbeit aufnehmen, die Bauarbeiter dieselbe verweigern. Der Stand des Streiks ist gut, da die meisten Kollegen abgereist sind. Werden sich die Unternehmer nicht bald eines Besseren besinnen, so werden auch die letzten Kollegen nach Merseburg den Rücken kehren und die Unternehmer können sehen, wo sie Arbeitskräfte herkommen. Sonnabend, den 28. Juli, sind die Unternehmer indes zur Einsicht gelangt. Sie haben sich verpflichtet, vom 30. Juli bis 31. März 1907 43 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 an 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Damit ist der Streik beendet.

Die angeordnete Aussperrung in Zeitz ist zur Tatsache geworden; leider sind von etwa 300 beschäftigten Mauernern nur 160 an der Aussperrung beteiligt. Etwa 40 Mann, die Mitglieder des Verbandes sind, wurden nicht ausgesperrt, so daß die Unternehmer, die ausgesperrten, noch über 100 Maurer in Arbeit haben.

In Crimmitschau sind 26 tschechische Streifbrecher eingetroffen, so daß die Zahl der Streifbrecher nun 75 Mann beträgt. Es sind dies annähernd 85 pSt. der früher beschäftigten Maurer.

Der Streik in Widdau steht trotz seiner langen Dauer glücklich für unsere Kollegen, glücklicher als zu Anfang der Bewegung. Hier wird ein Kampf geführt, wie er mit solcher Erörterung und Gärnacktheit selten vorkommt. Die Kollegen halten mit bewundernswerter Zähigkeit für ihre Sache zusammen, die Mängel wird nicht umsonst sein. Die Störungen des Arbeitserhebendandes legen treffendes Zeugnis ab, wie faul es auch dem Unternehmertum befielt ist. Ein Zell geht gar nicht mehr hin, einen Zell ladet man nicht mehr ein; ist aber noch eine in der Sitzung, der noch einen Fünftel Mitgliedschaftsgeld befielt und sich dementsprechend äußert, schlägt der Vorstehende sofort die Alten zu und macht Schluss der Sitzung. Der Streik hat diese Woche wieder eine Verringerung erlitten und zwar zu Gunsten der Maurer. Am 25. Juli wurde noch einmal der Versuch gemacht, die am Zwaidauer Gürtelwerk beschäftigten Maurer über ihre ungerechte Handlungsweise aufzuklären; die Folge war, daß am Donnerstag, den 26. Juli neun von ihnen die Arbeit einstellen. Dies wurde am Freitag wiederholt und am Sonnabend leuten auch die anderen 11 Man-

die Arbeit nieder. Somit wäre nun dieser vom Baumeister R. Zeuner ausgeführte Bau gesäubert. Am 28. Juli, Nachmittags 3 Uhr, erhielt die Streileitung vom Oberbürgermeister folgendes Schreiben:

Bei der Streikleitung der Maurer, hier: Mit Rücksicht darauf, daß die lange Dauer des Streiks im Baugewerbe allmählich beginnt, weiteren Streiken der hiesigen Bevölkerung nachtheilig zu werden, halte ich es für meine Pflicht, an meinem Theile an der Beilegung des Streiks mitzuwirken. Ich werde mich deshalb an die Streikleitung und gestatte mir die ergebenste Anfrage, ob sie der Ansicht ist, daß jezt Einigungsverhandlungen, die zwischen einem hiesigen Arbeitgeber — als Vertreter der Arbeitgeber — und einem hiesigen Maurer — als Vertreter der streikenden Arbeiter — eventuell unter meinem Vorrthe geführt werden könnten, Aussicht auf Erfolg haben.

Ist dies nach der Ansicht der Streikleitung der Fall, so biete ich gern meine Dienste zum Versuche einer Einigung an. Ich würde in diesem Falle weiter bitten, einen der streikenden Arbeiter mit Auftrag zu versehen und mir zu bezeichnen.

Mit dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe habe ich mich gleichfalls in Verbindung gesetzt.
Hochachtungsvoll ergebenst
Carl Oberländermeister

Man scheint also in den Kreisen der Zivildauer Staatsverwaltung zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß es doch besser ist, es mit einer vermittelnden Tätigkeit zu versuchen, als durch wohlfaßrathspolizeiliche Geldentaten die Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

Seit dem 27. Juni find die Maurer von Greiz und Umgebung durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidenchaft gezogen. Die Unternehmer stellen das Verlangen an die Maurer, die Arbeiten zu leisten, die die Bauarbeiter vor dem Streik verrichtet haben. Natürlich lehnten die organisierten Maurer das ab, worauf dann am 9. Juli sämtliche Organisierten ausgetippt wurden. Nur diejenigen Maurer sollten von der Ausperrung verschont bleiben, die einen gebildeten Nebers unterzeichneten, welcher besagt, daß der Unterzeichnete aus dem Zentralverband der Maurer ausgetreten ist und jedwede Unterthügung zu Streikgewissen ablehnt. Diesem Verlangen der Bauherren sind natürlich nirgande 2 Mannlein von den 530 am Orte organisierten Maurern nachgegeben. Darob sehr erbost, hat man nun schwarze Listen drucken lassen, um damit den Greizer Maurern das Arbeiten auswärts unmöglich zu machen, bisher aber ohne jeden bedeutungsvollen Erfolg. Das beweist schon das, daß schon 140 Maurer auswärts in Arbeit getreten sind und im Laufe dieser Woche wird wieder eine größere Anzahl abtreiben. Die organisierten Maurer von Greiz und Umgebung werden den Kampf, der um die Existenz der Organisation am Orte geht, so lange führen, bis die Herren „Arbeitgeber“ zur Einsicht kommen. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, so lange auswärts zu bleiben, bis der Ruf kommt, zurückzukehren.

Gau Osten. In Braunsberg (Ostpreußen) haben die Buttermänner sich noch mehr Italiener kommen lassen. Wie es scheint, werden sie vom Arbeitsgeburd in Königsberg auf Abgabung geleistet, denn sie kommen alle von Vissi und Memel. Da aber die Herren in Königsberg sich noch nicht herbeifassen werden, für die schlechte Arbeit, die die Italiener leisten, auch die hohen Löhne zu bezahlen, wird den Braunsberger Unternehmern immer noch nicht geholfen sein, sondern der Zusammen um den Geldbeutel wird erst etwas später kommen. Die Streikenden sind bis auf das Streikemittel alle abgereist und in der Umgebung in Arbeit getreten. Eine ganze Anzahl arbeitet in Königsberg und zwar bei den Firmen, die den Braunsberger Unternehmern aus der Italieneren verholten haben. Selbst können sie die Gesellschaft nicht gebrauchen und zwar deshalb nicht, weil sie sich schon einmal im Jahre 1904 gehabt haben. Zum zweiten Male bedanken sie sich dafür. Lieber stellen sie die auf schwärzen Rissen Gebrauchsmachen ein und überlassen den Bräutern in der Umgebung die Italiener, damit diese auch kurier werden. Damit dieses nun gründlich geschieht, ersuchen wir die Kollegen aus der Provinz, dafür zu sorgen, daß alle einheimischen Maurer von Braunsberg und Memel ferngehalten werden.

Außland.

In **Newport** haben die Arbeiter des Baugewerbes den Beschluß gefaßt, die Lohnbewegung der Bauhilfsarbeiter durch Streik zu unterstützen. Sollten die Unternehmer keine Zugeständnisse machen, so dürften in kurzer Zeit 100 000 Mann in den Ausstand treten.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes.

Esterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung, des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den dießbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überleiden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Lobesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit von
23. bis 28. Juli für folgende Mitglieder erteilt:
Carl Meißner-Bergen (Franz), Ber.-Nr. 53 094; S. Zimmer-
mann-Darmstadt (Franz), 261 110; S. Wockhoff-Schwau-
(Franz), 997 797; M. Glerding-Bremen, 18 556; Alb. Schulfor-
stlein, 125 189; Carl Familien-Abgebeur, 11 922; M. Krüger-
bring-Berlin B. (Franz), 696; G. Schill-Gadersleben, 104 885;
Paul Schorich-Baderitz (Franz), 92 466; Joh. Adamow-Düsselhor-
164 233; Gust. Rehme-Dresden (Franz), 13 456; Franz
beder-Berlin (Franz), 11 891; Aug. Sehnert-Pirna (Franz)
195 162; Wilh. Egg-Straburg (Franz), 175 243; Gust. Kol-
bach-Frankfurt a. M. (Franz), 20 170; Georg Olt-Erlangen
150 124; Wilh. Hoffmann-Karlsruhe, 152 785; Carl Fleischer-
Berlin, 7405; Friedr. Kallweit-Berlin (Franz), 198 026; Oth.
Dietrich-Sömmerda, 101 118; S. Niemann-
44 568; G. Niederlich-Hamburg, 29 720.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, adressiren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 24. bis 30. Juli sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder

Magdeburg A. 1435,01, Cöln 798,83, Neusslein 501,98,
Nürnberg von hingerathener Streituertung zurid 497,10,
Nathowen 487,52, Strauburg 864,90, Würzburg 836,61,
Woffenbürg 382,26, Ofenrode a. Harz 318,84, Sumpfin 804,02,
Wublig 254,92, Schmidt 288,10, Lauf 229,44, Nenden 186,75,
Sümm 180,50, Brandis 174,90, Annaburg 136,59, Sonnen-
burg b. Neum. 128,20, Rami Medf. 115,78, Schwemingen 107,50,
Warth 85,70, Ohnig 76,34, Bornshagen 71,87, Niederburg
70,20, Königberg a. d. Neum. 70,16, Rodoff 50,68, Seibelberg
34,80, Roflin 38, Waldheim 22,87, Gortz 21,19, Gering-
walde 21,19, Bernsdorf 18,50, Sersfeld von hingerathener Streit-
uertung zurid 269,05, Niffeldt 68,67, Rathow 1800,
Wersowalde 778,52, Forst 446,83, Rufia 870,28, Welle 283,
Söbaw 230,24, Bäder 188,99, Süßowen 157,02, Wafin 111,22,
Schmalbalen 97,96, Reichenberg 98,92, Gernersdorf 90,15,
Driefen 89,50, Schwerin a. d. Weide 79,47, Erding 70, Deßisfeld
69,44, Hagersee 64,96, Heißfeld 57,12, Wajungen von hinger-
athener Streituertung zurid 54,01, Liebenwalde 42,93,
Sildburgaußen 42,11, Tuitlingen 87,66, Sernberg 29,96,
Deßau 28,90, Neuburg a. d. Wefer 23,88, Bodogz 20,38, Reuten-
burg i. Gajn. 20, Burglauer 14,52, Deuffh Stone 12,50, Ohlau
10,07, Meletz 5,44, Augur 1977,09, Heilbronn 600, Schöne-
berg 518,67, Warth 289,44, Grefsbach 285,74, Söhenftein 264,80,
Oberlungwitz 264,27, Wargowitz 217,96, Wenschenfürd 202,82,
Gießben 199,78, Cöflrin 198,66, Nauen 192,24, Langenberg
i. Neuh 184,76, Effer 167,68, Nüthenberg 165,72, Mithauken
i. Th. 146,16, Schöppfau 106,86, Striegau 91,74, Willow 89,42,
Trebnitz 88,58, Wefenfen 76,86, Rottenburg a. d. Odra 81,60,
Wefterham 28,08, Solbin 26,26, Oberlauringen a. 44, Rabel-
feld 6,90, Elbing i. Dresden 3632,65, Winden 1873,64, Vera 800,
Gieken 783,62, Affa 338,44, Jüßkau 335,22, Cottbus 310,
Solzwinden 272,40, Eßterberg 230,79, Weimar 151,37, Reising-
en von hingerathener Streituertung zurid 128,65, Landbreich
96,65, Grabow 94, Friedrichroda 49,88, Nüthen 42,68,
Geier 34,88, Raffau 30,70, Schwefingen 31,91, Angermünde 4,42,
Caffel 8297,64, Staffhof 600, Rinnberg 283,73, Sangerhausen
192,01, Neuburg a. d. E. 186,50, Zeulenroda 96,96, Freuen-
briegen 59,66, Sippalf 33,04, Cottbus 6,59, Sonnenberg i. Th.
1,25, Stuttgart 1908,15, Rorfeim 49,92, Müßau 19,72,
Darmftadt 4289, Silben 100, Met 500, Außenwalde 200,
Vergedorf 100, Gümnersdorf 80,41, Freiburg i. Br. 400, Unna
i. B. 165, Unterweiffach 30, Eßurt und Umgegen 600,
Schmütz 400, Biebel 400, Bötach 100, Gamburg und Um-
gegen 4000, Kiel und Umgegen 4000, Wülffheim-Dorfhaufen
321,54, Erlangen 419,24, Rathow 278,96, Brate a. d. Wefer
222,69, Warburg 208, Trebitz 108,23, Bodenem 85,94,
Dillenburg 47,48.

b) Für Futterale

Göln M. 20, Magdeburg 10, Ederode a. Sarg 3, Buxfließ 1,
Sujum 1, Waruth 1, Gshnitz 2,50, Walbheim 5, Forst 5,
Muhla 1, Melle 2, Alchim 3, Schmalzfaben 1,60, Erding 2,
Guttsleb — 90, Gutsleben 3, Rauen 2, Mühlhausen i. F. 2,50,
Striegau 1, Trebnitz 5, Solbin 2, Elbing 3, Weimar 3,
Güstrin 2, Binneberg 2,50, Sangerhausen 5, Nörthheim 2, Bam-
berg 9,50, Rattowitz 80,30, Warburg 2, Dillenburg 2, Pöhlen 10

c) Für „Arbeit und Kultur“

Rattowitz M. 72, Baruth, Königsberg i. d. Neum., Sternberg i. Mecklb., Podgorz, Benfidenborf, Mühlfauſen i. Thür., Soldin, Meh, Striegau, Minden i. Weſtfalen und Cottbus je 1,50.

d) Für Verbandstags-Protokolle

Varuth M. 2, Bamberg 17, Sternberg 2, Podgorz 1,
Langenberg i. Neuß 1, Striegau 2, Madoßzell 1, Elbing 12.

e) Für Kalender

Baruth M. 2,50; Bamberg 3, Bambrrecht 3,50, Erlangen 12,50.

1) Bericht der Bauarbeiterschuttkommission.

Neustettin, Husum, Baruth, Rensberg, Breslau, Gisleben
Mühlhausen i. Th., Solbin, Nudorfzell, Bülschan, Lambrecht,
Grabow und Cottbus je M —, 75.

Marken-Verband. Vom 14. bis 28. Juli sind Marken
verhandelt worden. (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken,
A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozial-
fürsorgemarken).

töndsnarthen):
Hfrweiler 400 B à 40 s., 200 L à 10. Alt-Waffel
100 A à 25. Annaberger 1000 B à 80. Nibling 400 B à 40.
Nilsleben 400 B à 80, 100 L à 6. Arnswalde 800 B à 85.
Nachten 1000 B à 60. Arneburg 10 E à 60, 400 B à 80. Nifsdorf
200 B à 60, 200 A à 25. Mugsburg 4000 B à 40, 4000 L à 5.
Brandenburger 400 B à 60 s., 3000 B à 45, 600 B à 35.
Bautzen 50 E à 150, 600 B à 45. Blantenburg i. Th. 200 B à 35.
Bernsee 600 B à 30. Bochum 10 000 B à 60, 5000 B à 50.
Bevenjen 10 E à 50, 200 L à 20. Breithagen 400 B à 30.
Brandis 800 B à 45, 400 B à 40, 20 E à 50. Belgig 100 B à 35.
Blomberg 400 B à 35. Boizenburg a. d. Elbe 400 B à 35.
Bergen 2000 B à 35, 1000 L à 5. Brandeburg 400 B à 40.
Bremer 25 000 B à 60, 25 000 L à 15. Barnem 400 E à 50.
Blüggard 800 B à 40, 100 B à 35. Wulfst 800 B à 35, 100 L
à 25. Bromberga 50 E à 60, 20 E à 150. Belgard 400 B à 30.

Chennitz 200 L à 10 3/4. Colmar i. G. 1500 L à 10 3/4.
 Camburg 600 B à 35, Celle 400 B à 45, Cöthen 20 E à 50
 10 E à 150, 800 B à 35. Cöstritz 10 E à 50, 800 B à 40
 200 A à 25. Cönnern 20 E à 50. Cöbitz 200 B à 40
 Cünnwalde 800 B à 45.

Büchelsdorf 400 B. à 45. 100 K. à 20. Driesen 20
à 50, 600 B. à 35, 200 B. à 30. Deutsch Eylau 10 E. à 15
Dahme 200 A. à 25. Deumitz 8 E. à 150, 1000 B. à 30
Delitzsch 1200 B. à 45, 50 B. à 55. Doberan 1000 B. à 40
Düben 1400 B. à 35.

600 B à 35. Eggelin 400 B à 40. Gisfeld 200 B à 30.
 Gernsförde 800 B à 45. Essen a. d. R. 250 E à 50, 12000
 à 65, 2000 B à 60, 800 A à 30, 3000 L à 10. Erbin
 200 B à 35.

Frieda 1000 B. à 35. , Feisenberg 100 B. à 40. Freie
 walde 1000 B. à 45. , Fiehn 800 B. à 35, 200 A. à 2.
 Firlenkamp 20 E. à 50. , 10 E. à 150, 2000 B. à 50, 100
 à 30, 400 A. à 25. , Fiddichow 400 B. à 40, 100 B. à 30.
 Freiberg I. S. 10 E. à 150. , Frankenhausen (Haffau) 80
 à 50, 400 B. à 35. , Friedrichsroda 400 B. à 30. , Forst 400
 à 60, 1200 B. à 40.

es sich um einwandfreie Leute handelt, der Organisation auszuführen, um demnachst gemeinsam auf dem Plan zu erscheinen, wenn es heißt, unbilliges Verlangen seitens der Unternehmer zurückzuweisen. Verträge wurden im Quartal in folgenden Orten abgeschlossen: Am 18. Mai für Göttingen. Die endgültige Erledigung dieses Kapitels hängt noch von der Kanalmauerfrage ab; jedenfalls wird die nächste Zeit den Abschluß bringen. — Am 26. Juni wurde der Vertrag für Müppertal und Umgebung am 28. Juni für Rall abgeschlossen; überall ist die Arbeitszeit gleich den Göttinger Bestimmungen auf 9½ Stunden, und 60 3 Stundenlohn ohne die üblichen Nebenforderungen vorgesehen. Die Vertragszeit geht in allen Fällen bis zum 1. Mai 1908, an welchem Tage bekanntlich alle Verträge im Maurergewerbe befristungslos ablaufen. Der Kassenerbericht gestaltete sich folgendermaßen: Die Hauptkasse balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 14 861,85, die Einnahme der Kassalasse betrug, unbegriffen einen Kassenzustand von 8414,06, 9933,18, die Ausgabe 6533,69, bleibt also ein Bestand von 4614,49. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 2330 (eingezeichnet sind 847 Kollegen). In der Diskussion über den Vorstands- und Kassenerbericht wurde Kritik an der Tätigkeit des Vorstands geübt; man war der Meinung, daß etwas nachdrücklicher hätte gearbeitet werden müssen, dann hätte man auch mehr gewinnen können. Auch der Ausbau der Organisation in den einzelnen Gassen stellen und Sektionen ließe viel zu wünschen übrig; es hätte nicht vorzukommen dürfen, daß die Quartals- und Fragebogen so unberücksichtigt geblieben seien. Man empfahl gleichzeitig den beiden Beamten, einheitlicher als bisher zusammenzuarbeiten. Auch müßten die Mitglieder viel mehr über das Wesen der Arbeiterbewegung durch belebende Vorträge unterrichtet werden. Eine zweite Generalversammlung, die sich besonders mit der zukünftigen Gestaltung der Agitation beschäftigen soll, wird in nächster Zeit abgehalten. Schon jetzt seien die Mitglieder aufgefordert, für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

Au diesem Bericht ist noch nachzutragen, daß sich in den letzten Tagen wieder einige Konfliktspunkte gezeigt haben. Vorläufig spielt der Konflikt nur bei den Dachbedeckern, aber bei den sonstigen bekannten Manieren unserer Unternehmer ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch auf unser Gewerbe übergriffe. Auf einem Bau sind streikende Dachbedeker aus Frankfurt a. M. in Beschäftigung gewesen und wieder entlassen worden. Die anderen Dachbedeker erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch und legten gleichfalls die Arbeit nieder. Infolgedessen haben die Unternehmer am 26. Juli sämtliche Dachbedeker ausgesperrt. Ueber die eventuelle weitere Ausdehnung der Aussperrung wird unter Streiks berichtet werden.

Strikt. Am 17. Juli hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer den Bericht über die Abrechnung vom zweiten Quartal 1906; auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Decharge erteilt. Sodann gab er die Abrechnung vom diesjährigen Sommervergnügen bekannt, wobei er die erfreuliche Mitteilung machen konnte, daß ein Ueberschuß von 87,16 erzielt worden ist. Auch dem Kassierer der Streikleistung wurde einstimmig Decharge erteilt. Der zweite Punkt betraf den Anschluß an das Gewerkschaftsstatut. Genosse v. Rojewsky sprach im Auftrage des Kartells für den Anschluß. Der Vorsitzende machte nun auf die Beitragskosten aufmerksam, und gab zu bedenken, daß es nicht gut möglich sei, diese der Kassalasse zu entnehmen. Nach kurzer Diskussion kam folgender Antrag zur Abstimmung: „Die heutige Versammlung beschließt, die Kosten für die Beitragsleistung zum Kartell bezahle die Kollegen selbst, und zwar in der Weise, daß jeder Kollege vierteljährlich im ersten Monat des Quartals 10 3 zu zahlen hat.“ Dieser Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Mitin schließt sich unser Zweigverein dem Kartell an. Im dritten Punkt, Vereinsmitteilungen, gab der Vorsitzende bekannt, daß vom Hauptvorstand eine Broschüre: „Verteidigung der Arbeitszeit“, herausgegeben worden sei. Der Antrag, die Broschüre obligatorisch zum Preise von 5 3 pro Stück einzuführen, wurde angenommen. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß die vierte Auflage von Frohmes Werk „Arbeit und Kultur“ erschienen sei. Danach kam zur Sprache, daß das Ergehen des Zweigvereins um Genehmigung eines Festtages zum 15. Stiftungsfest ohne jegliche Begründung von der Polizei abgelehnt sei. Dies ist wieder ein Beweis für die Mischachtung, mit der die arbeitende Klasse behandelt wird; es wäre ja auch unerhört, wenn einmal ein Arbeiterverein durch die Straßen Erucks ziehen würde. Ja, wäre es ein patriotischer Verein, so hätte man sicher nichts dagegen eingebracht, selbst wenn er an einem Tage geschuldet die Straßen sperren sollte. Unter Hinweis auf diese Behandlung seitens der Behörde ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich alle der Partei anzuschließen und Abkommen unseres Parteiblattes, der „Arbühne“, zu werden.

Kassenerkritik. Am 17. Juli fand im „Sächsischen Hof“ eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der Kollege Schmirch aus Plauen über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft referierte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurden verschiedene Mißstände auf den Bauten der Baumeister Baumann, Schöberl und Böhm vorgebracht. Sehr beaurkundlich war es aber, daß sich nicht mehr Kollegen an der Versammlung beteiligten hatten; wie es scheint, sind die Kassener Kollegen mit ihren Arbeitsbedingungen sehr zufrieden, beim sonst würden sie mehr Interesse haben, um die Mißstände, die auf den Bauten herrschen, an die Öffentlichkeit zu bringen. Es würde uns freuen, wenn diese Zeilen die Wirkung hätten, daß sich die Kassener Kollegen dies zu Herzen nehmen und in der nächsten Versammlung recht zahlreich erscheinen.

Falle a. d. E. Die Versammlung am 17. Juli nahm die Abrechnung vom Sommervergnügen entgegen. Das Fest ergab einen Ueberschuß von 87,89, der der Kassalasse überwiesen wurde. Darauf wurde die Affordarbeit nochmals eingehend besprochen, und wurde eine scharfe

Kritik an den Mitgliedern geübt, die trotzdem den Beschluß gebrochen hatten. Die Versammlung beschloß, daß die Kollegen, die vom 18. Juli 1906 an erneut Affordarbeit in Angriff nehmen, aus der Organisation ausgeschlossen werden. Wir fordern alle Kollegen auf, diesen Beschluß zu beachten. Sollten die Unternehmer die Kollegen zwingen wollen, Affordarbeit zu verrichten, so ist dies sofort der Verbandsleitung zu melden, damit energig Schritte eingeleitet werden. Was da kommen, was da will, an Euch Kollegen, liegt es, endlich den Beschluß durchzuführen und die Affordarbeit abzuschaffen, denn Afford ist Mord. Weiter muß darüber Klage geführt werden, daß der Versammlungsbesuch so minimal ist. Die Mitgliederzahl in Halle und Umgebung ist auf 1600 gesunken. Die Versammlungen müßten überfüllt sein, und manche Uebelstände wären nicht vorhanden, wenn sich alle Kollegen in den Versammlungen ausprechen würden. Also im eigenen Interesse liegt es, daß ein besserer Versammlungsbesuch eintritt. Dr. Verschiedenes fragte Kollege G. Voigt an, ob Affordarbeit in das Fach des Maurers gehöre, da jetzt die Statuten besagten, diese Arbeit hätten nur Stukkateure herzustellen. Die Versammlung war aber anderer Meinung, denn die Affordarbeit wird schon seit langen Jahren, seit Beginn des 19. Jahrhunderts, von den Maurern hergestellt. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf das Wert „Arbeit und Kultur“ hin, von dem noch eine weitere Auflage erschienen ist.

Sonnener. Der Zweigverein hielt am 16. Juli im „Ballhof“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Rechnungsablage vom 2. Quartal. 2. Abrechnung vom Sommervergnügen. 3. Wahl der Kartelldelegierten. 4. Verschiedenes. Die vom Kassierer vorgelegte Quartalsabrechnung zeigte folgendes Bild: Abrechnung der Hauptkasse. Einnahme: Kassenzustand vom vorigen Quartal 861,28, für Eintrittskarten 124, für Beitragsmarken 16 080,45, in Summa 17 165,73. Ausgabe: Abgang 11 013,98, für Streiks 651,73, Meisterrückzahlung an Streikende 160,50, Krankentürrückzahlung 975,40, Arbeiterunterstützung 165, Anteil des Zweigvereins 4209,17, Summa 17 165,73. Abrechnung der Kassalasse. Einnahme: Kassenzustand 6218,07, Anteil an den Beiträgen 4209,17, beiderlei Zuschlag 1557,16, für Futurale 20, für Protokolle 22,20, für Milkenkarten 183,50, von den übergetretenen Putzern 126,61, Sonstiges 89, Summa 11 326,70. Ausgabe: Für Futurale 20, an den Bauvorstand 276, Gewerkschaftsstatut 464,62, Streiks 148,39, Bibliothek 247,45, Agitation 163,65, Kränze 12, an den Vorsitzenden 550, Kassierer 87,76, Sitzungsgelder 61,75, Revision 25,50, Versicherung 15,86, persönliche Ausgaben 42,50, Bureaukosten 104,60, Porto 235,02, Schreibmaterialien 4,15, Grundstein-Kassalasse 1477,45, Minoren 103,90, Druckkosten 18,50, sonstige Ausgaben 41,41, den Meisterrückzahlung 1138,60, Summa 6566,10. Es bleibt somit ein Kassenzustand von 6569,60. Die Mitgliederzahl betrug 2768. Da Revisor Schilling bezeugte, daß Geld und Belege vorgelegen und alles geordnet habe, wurde der Kassierer entlassen. Zum 2. Punkte verlas Kollege Peter die Abrechnung vom Sommerfest, die mit einem Defizit von 84,05 schließt. Kollege Dettmer erwiderte, daß kein Defizit vorhanden, da noch Preise in besten Höhe vorhanden seien. Dem Kollegen Peter wurde hierauf Entlastung erteilt. Als Delegierte zum Kartell wurden August Lampe, Ernst Lampe, Georg Krug und Fr. Weisner, zu Ersatzleuten Alb. Windolph, Georg Holzappel, Böder und Vertheil ge wählt. Hierauf erfolgte die Wahl des Festkomitees zu unserem Vergnügen am 29. Juli in Friedensthal und zum Gewerkschaftsfest.

Seidenheim. Am 24. Juli fand auf Veranlassung der beim Baumeister Wiedenmann beschäftigten Kollegen eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch Gauleiter Stolle eingeladen wurde. Die bei genanntem Meister beschäftigten Schoppler Kollegen erhielten nämlich ihre Entlassung mit dem Hinweis auf ihre energig Tätigkeit, die sie bei dem Streik im Mai d. J. zu Gunsten der Maurer entfaltet haben. Es war zuerst geplant, über das Geschäft Wiedenmann die Sperre zu verhängen. Da aber einige, sogar organisierte Kollegen erklärten, trotzdem bei genanntem Meister weiter zu arbeiten, so wurde davon abgesehen, weil die Sperre in diesem Falle erfolglos gewesen wäre. Allen rechtstehenden Kollegen wird es dennoch zu Pflicht gemacht, die Firma Wiedenmann zu meiden. Es ist leider eine traurige Tatsache, daß es in Seidenheim noch Kollegen gibt, die so wenig Solidaritätsgefühl haben, daß sie bei dem Streik, eine solche Erklärung abgeben. Ein weiterer, wenig erfreulicher Vorgang wurde dann aufgeführt und führte zum Anschluß des früheren ersten Vorsitzenden Reutter. Dieser sonderbare „Kollege“ entpuppte sich als Wiedenmanns Schutzherr. Er gab vor, vom Baumeister Reutter einige Bauten in Afford übernommen zu haben, und verschiedene organisierte Kollegen glauben auch, wunder was zu leisten, wenn sie nur bei Reutter sich abspulen und abdrücken dürfen, in Wirklichkeit war jedoch alles Tagelohnarbeit; Reutter benutzte im Grunde seinen Namen, um dieses Mandat nur, um die Leute gründlich auszubeuten zu können. Nachdem auch noch verschiedene andere Gründe, die einen Anschluß zur Folge haben, gegen den inzwischen aus der Versammlung verschwundenen Reutter vorgebracht waren, erfolgte dessen Ausschluß und zwar einstimmig. Es ist dieses wieder ein Beweis dafür, daß es höchst notwendig ist, die Affordarbeit, diese Peinheule am Körper unserer gesamten Mitgliedschaft, abzuschaffen. Weiter wurde noch, hauptsächlich von Gauleiter Stolle, scharf getadelte, daß die der gegenwärtige Sommer in Seidenheim beschäftigten Altenberger Maurer sich vom Zweigverein Seidenheim losgelassen und in ihrem Ort einen eigenen Zweigverein gründeten. Ferner wurde das Verhalten der zum Kassalassenverband übergetretenen und vorher bei uns organisierten Götter getadelt. Kollege Stolle glaubt, daß der feierliche erste Festtag des Zweigvereins an diesen beiden Vorantommern nicht ganz ohne Schuld ist. Solche Zerstückelungen sind nur Wasser auf die Mühle unserer Gegner, der Unternehmer. Ueber einen solchen Lokalfortschritt beim Kassengericht sollten die Kollegen doch erfahren sein. Da der erste Vorsitzende Böder von Seidenheim weggieht, was er notwendig, dessen Posten wieder zu besetzen. Es wurde Friedr. Hochstatter als erster Vorsitzender und Anton Ergele als zweiter Kassierer gewählt. Wir hoffen, daß der Zweigverein Seidenheim unter der neuen Leitung wachse und gebehe zum Wohle seiner Mitglieder.

Ösnabrück. Am 22. Juli hielt der Zweigverein eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Zunächst beschäftigte man sich mit der Auswertung der Lithographen und Steinbruder, für deren Unterstützung 30 bewilligt wurden. Ueber die bei dem Unternehmer Jandeb arbeitenden Kollegen legte die Beschwärde vor, daß sie 12 und 13 Stunden arbeiteten. Da leider von ihnen keiner an der Versammlung erschienen war, soll sich die nächste Versammlung damit beschäftigen. Die Abrechnung über das diesjährige Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 27,50. Zu der vom Verein geplanten Fahnentzöge gab der Vorsitzende bekannt, daß sich alle Gewerkschaften, mit Ausnahme der Metallarbeiter, an dem Festzuge beteiligen würden. Von der beabsichtigten Gründung einer Summstrantenkassalasse konnte berichtet werden, daß dieser faulere Plan gescheitert sei, denn die Mitgliedschaft habe die Genehmigung dazu nicht erteilt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Kollegen erneut zum Anschluß an die Zentralkrankenkasse „Grundstein“ zur Einzigeit aufgefordert. In die Bauarbeiter-Schutzkommission wurde an Stelle des Kollegen Magnussen Kollege Kleinmann gewählt. Die Kommission hat ihr Votum von jetzt an bei Hr. Möller. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Plauen i. V. Am 18. Juli fand im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schmirch über: „Altholsteine und Arbeiterkassalasse“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt legte Kollege Schmirch die Schäden des Altholsteins für den Arbeiter im Arbeits- sowie im Familienverhältnis in ausführlicher Weise dar, und zeigte an der Hand von Beispielen, daß dort, wo in Häusern kein Altholst zu finden sei, oder in ganz eingeschränkter Weise, davon Gebrauch gemacht würde, die Gesundheitsverhältnisse viel besser seien als dort, wo dem Altholst noch in erheblichem Maße schuldigt wird. Hier gelte er bei der Arbeiterkassalasse, speziell bei den Maurern und Bauarbeitern, als das Mittel, das angeblich über alle Vorantommisse hinwegsetze soll. Es sei unsere Pflicht, daran zu fassen, daß dies Uebel aus der Welt geschafft würde. Daß der Vortrag von den Kollegen mit Aufmerksamkeit verfolgt ward, zeigte die Ruhe, die vorhanden war, und der Beifall, der dem Referenten gezollt wurde. Da man keine Diskussion beabsichtigte, ging man zum dritten Punkt, „Gewerkschaftliches“, über. Hierbei wurde der Beschluß gefaßt, die Kollegen Hans Jehnig und Ludwig Weisheit aus dem Verbande auszuscheiden, weil sie sich des Streikbruchs schuldig gemacht haben. Im weiteren Verlaufe der Debatte, teilte Kollege Schmirch mit, daß es der Kollege Deutsch mit mehreren anderen Kollegen fertig gebracht habe, beim Baumeister König die Kubanten gegen einen Lohn von 36 3 pro Quadratmeter in Afford zu übernehmen. Da bisher in Plauen ein derartiger Lohn noch nicht üblich war, andererseits aber ein Beschluß vorliegt, nach dem das Putzen in Afford nur nach vorheriger Erlaubnis des Vertrauensmannes unter ganz besonderen Bedingungen gestattet ist, wurde das Verhalten der dort beschäftigten Kollegen einer gehörigen Kritik unterzogen und den Kollegen empfohlen, in Zukunft den gefassten Beschlüssen mehr Achtung zu tragen, um so mehr, als derartige Vorantommisse nicht dazu angetan sind, die Einzigeit der Kollegen zu härten. Nach einem kräftigen Schlußwort mit der Aufforderung, mehr als bisher für die Interessen des Zentralverbandes tätig zu sein, fand die Versammlung ihr Ende.

Wiesbaden. Am 17. Juli abgehaltene Versammlung unseres Zweigvereins nahm nach der Aufnahme des Kollegen Schiemann aus Frankfurt die Abrechnung vom zweiten Quartal entgegen und erteilte dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung. Hierauf wurde die Wahl eines neuen Schriftführers vorgenommen, da der in der vorigen Versammlung zu diesem Posten bestimmte Kollege Breulich nachträglich erklärte, dieses Vorantommisse nicht annehmen zu können. Es wurde deshalb Kollege Hermann Großkopf zum Schriftführer gewählt. Bei der Besprechung der Baukontrolle wurden die Mißstände auf dem Bau des Kollegs Schiel (Hirma Weper) einer verdienten Kritik unterzogen. Die Schuld an den dort herrschenden schlechten Zuständen tragen die beteiligten 30 Kollegen aber zum großen Teil selbst. Während sie ihre kollegialen Pflichten besser erfüllen, so würden sie auf dem Bau auch so behandelt werden, wie es als Verbandsmitglied verlangen könnten und müßten. Zur Wahrung ihrer Interessen ist es aber vor allem nötig, daß die genannten Kollegen aus ihrer Mitte einen Mandatierten stellen. Denn auch hier gilt das Wort: „Ein für alle, alle für einen!“ Unter „Verbandsangelegenheiten“ regte der Vorstand die Anschaffung der vom Hauptvorstand herausgegebenen Broschüre über die Vertikung der Arbeitszeit an. Beschlossen wurde die Verteilung von 600 Exemplaren an die Kollegen; die Kosten deckt die Kassalasse. Bewilligt wurden ferner: 1. 200 für die ausgesperrten Lithographen und Steinbruder sowie je 20 für zwei frante Kollegen. Nach einem Hinweis auf die Bibliothek des Wahlvereins, die am 1. August wieder eröffnet wird, und auch allen unseren Mitgliedern zur Benutzung freistellt, wird zum Schluß der Versammlung die Abhaltung eines Sommervergnügens beschlossen. Aus Mithilfe auf das neue Parteilokal in G. e. findet das Fest dort statt, und zwar am 12. August. — Die Stellungnahme zur Erhöhung des Kartellbeitrages und anderen Kartellangelegenheiten soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Im Anschluß hieran sei noch mitgeteilt, daß die örtliche Verwaltung auch für die ausgesperrten Buchbinder 100 bewilligt hat.

Siegen i. W. Allen Anschein nach stehen wir hier vor einem erbitterten Lohnkampf. Einleitend sei hierzu bemerkt, daß die Kollegen der letzten Zeit größtenteils der Organisation fernblieben. Dafür hatten sie ein bis zweiwöchentliche Arbeitszeit und Klassenkassalasse von 30 bis 44 3. Auch in anderer Beziehung läßt das Arbeitsverhältnis alles zu wünschen übrig. So sind an vielen Bauten keine Baubanden vorhanden. Wo solche angetroffen werden, sind sie ohne jede Rücksicht auf die Kollegen hergestellt. Wenn die „Herren vom Bau“ Material und Gerüststoffe in ihr Lager können, so genügt sie ihnen vollkommen. Dem Bauarbeitersich bringt man kein Verständnis entgegen. Die meisten Bauten sind Vogelkänne laufend ähnlich, so daß die Kollegen jeden Augenblick in Gefahr

„Ihr, ihre gesunden Gliedmaßen einzubüßen. Die Organisation, die hier schon im Jahre 1902 ins Leben trat, konnte keine Verbesserung schaffen, bis es in diesem Frühjahr gelang, durch eine rege Agitation die meisten Kollegen der Organisation zuzuführen. Der Fortschritt wäre ein bedeutend größerer, wenn wir Veranlassungslöcher zur Verfügung hätten. Einige überflüssige „Sicherheitsorgane“ stehen dem Unternehmertum getreulich bei, wenn es gilt, den freien Gewerkschaften die Löhne abzutreiben. Diese Beamten, die zum größten Teil aus Arbeitergehirnen bestehen, haben ansehnlich nichts besseres zu tun, denn nach — Söder — sind ja die Arbeiter des „Siegerlandes“ so zufrieden! Hier wäre es Sache der ausschließlichen Behörde, die Beamten auf ihre Pflichten zu verweisen. Die Kollegen ließen sich jedoch nicht betören und reichten den Unternehmern am 8. Juni einen Lohn- und Arbeitsvertrag ein, dessen Hauptpunkte zehnjährige Arbeitszeit, 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und Abschaffung der 14 tägigen Kündigungsfrist sind. Antwort wünschten wir bis zum 16. Juni. Da die Unternehmer schlichtig bestrebt waren, Unterhandlungen hinauszuziehen, um den größten Teil der übernommenen Arbeiter fertigzustellen, wobei ihnen auch noch die Kündigungsfrist zu statten kam, beschloßen wir, gemeinsam mit dem christlichen Verband über einige Unternehmern die Sperre zu verhängen, um unseren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Am 14. Juli reichten wir bei fünf Unternehmern die Kündigung ein. Über dieses Vorgehen entzweiten sich die Baugewerkschaften so sehr, daß sie beschloßen, sämtliche organisierte Kollegen auszusperrten. Und dieser Gewalttat hatte Erfolg, denn die meisten Kollegen, die der Organisation noch fernstanden, schlossen sich ihr an. Wir sehen der Aussperrung in Ruhe entgegen, da Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden und der Geist unter den Kollegen gut ist.

Stolz. Der Zweigverein hielt am 17. Juli im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, zu der Kollege Schwarz aus Danzig erschienen war, um zu der durch den Streik der Bauhilfsarbeiter geschaffenen Lage ein Wort zu sagen. Durch den Streik ist ein großer Teil unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Kollege Schwarz legte den Kollegen klar, daß die Bauarbeiter ein gutes Recht hätten, zu streiken. Die niedrigen Löhne erforderten dringend eine wesentliche Erhöhung. Der Referent ermahnte die Kollegen, an der Solidarität festzuhalten, damit der Streik nicht etwa durch die Schuld der Maurer verloren geht; ferner aber dafür zu sorgen, daß aus dem Bauarbeiterstreik kein Maurerstreik entspringe. Es solle sich jeder nach dem Verbandsrat richten. Die lebigen Kollegen sollten Stolz verlassen, solange der Streik dauert. Da hier im Osten rege Nachfrage nach Maurern sei, würden alle untergebracht werden können. Zu verzeichnen ist noch, daß die Stadtbehörde bei zwei kleineren Umbauten bereitwillig Arbeiter zur Verfügung gestellt hat, um die Arbeiten fertig zu bekommen. In den Streik sind 102 Bauarbeiter eingetreten, wodurch 140 Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind, jedoch hat sich der größte Teil verpflichtet, nächste Woche Stolz zu verlassen. In „Verschiedenes“ wurde noch über mehrere Sachen diskutiert; darauf schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die gute Besuche Versammlung.

Wanne. Am 21. Juli tagte im Lokal des Herrn Gomburg eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung des zweiten Quartals. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm, da die Kasse und Bücher in besserer Ordnung vorgefunden waren, Entlastung erteilt. Für die achtjährige Gefängnisstrafe, die sich Kollege Sedotti während der Aussperrung zugezogen hatte, wurden ihm von der Versammlung \mathcal{M} 10 Unterstützung bewilligt. Zu der am 29. Juli stattfindenden Generalversammlung in Gelsenkirchen wurden die Kollegen Polzeff, Diefenroth, Elsmann und Bauer als Delegierte gewählt. Den Wunsch der Kollegen nach einem anregenden Referat erfüllte der Kollege Leo Vogt (Krefeld) in einem anderthalbstündigen Vortrage über: „Die Arbeiterbewegung und die Wissenschaft“. Der Redner verstand es, den in „Probleme der Arbeit und Kultur“ enthaltenen Gedankengang in guter und gemeinverständlicher Weise zum Ausdruck zu bringen, wofür ihm die Versammlung mit lebhaftem Beifall dankte. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die nächste ordentliche Mitgliederversammlung am 11. August stattfindet. Ferner wies er die Kollegen darauf hin, mehr auf das Arbeiterblatt, das Wochen- „Vollblatt“, zu abonnieren und dem Wahlverein beizutreten. Die interessant verlaufene Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Wiesbaden. In einer öffentlichen Versammlung der Fliesenleger am 12. Juli, an der auch die Mitglieder des christlichen Verbandes teilnahmen, wurde beschloßen, den Unternehmern einen Tarif einzureichen. Die Frist zur Antwort der Unternehmer wurde auf den 20. Juli festgesetzt. Dieser Beschluß mit dem Tarif wurde den Unternehmern am 14. Juli mit dem Bemerkten, angeheftet, daß die Fliesenleger zu jeder Zeit zu Unterhandlungen bereit seien. Die Antwort der Unternehmer traf pünktlich am 20. Juli ein. Die Herren erklärten sich bereit, mit einer Kommission zu unterhandeln. Diese Unterhandlung fand Dienstag, den 24. Juli, statt, und wurde auch eine Einigung erzielt. Wenn es auch nicht gelungen ist, den Accord zu beschließen, so wurden doch Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen erzielt, die für alle Fliesenleger gelten, während bisher in jedem Geschäft andere Löhne bezahlt wurden. Die Arbeitszeit, die bisher eine zehn- und teilweise elfstündige war, ist auf neun Stunden festgesetzt. Die Arbeiten, die bisher im Tagelohn ausgeführt, und dafür ein Stundenlohn von 45 bis 60 $\frac{1}{2}$ gezahlt wurde, muß jetzt mit 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bezahlt werden. Sind auch die Vorteile nicht in allen Teilen als glänzend zu betrachten, so hat die Bewegung doch gezeigt, daß durch Einigkeit und rasches Handeln Erfolge für die Arbeiter erzielt werden können.

Witzburg. Sonntag, den 22. Juli, tagten in den Orten Witzburg, Wippar, Versbach, Eifenfeld und Söbberg allgemeine Maurerverfassungen. Die Tagesordnung war überall dieselbe und lautete: „Was lehrt uns der letzte Lohnkampf“. Die Kollegen Engelhard und Knab aus Witzburg und Schamberger aus Witzburg als Referenten legten in jeder Versammlung den Kollegen den Zweck und Nutzen einer starken und gut geleiteten Organisation klar. Auf den verflochtenen ersten Lohnkampf zurückkommend, wurde besonders hervorgehoben, daß wir mit

dem Kampf recht gut abgeschnitten hätten. Außer der Lohnzulage für dieses Jahr um 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und im nächsten Frühjahr um 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde sind noch einige wesentliche Verbesserungen errungen worden. Die Hauptfrage vom Gange ist aber die Anerkennung unserer Organisation; damit ist eine feste Grundlage geschaffen worden, auf der wir jetzt weiter arbeiten können. Nach dem neunwöchigen Kampfe muß jeder seine Pflicht erfüllt. Fleißiger Veranlassungsbefehl, pünktliche Beitragszahlung, Agitieren für den Verband und den Bauten und bei jeder Gelegenheit, für den Solidarität sein die Mittel, den Verband zu stärken. Also rüsten und vorwärts schreiten, kein Wanken, kein Zagen, der Kampf ist aus. Es lebe der Kampf!

Fliesenleger.

Gelsenkirchen. Am 15. Juli tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Sektion der Fliesenleger, die gut besucht war. In dem guten Besuche kam der gute Stand der Sektion treffend zum Ausdruck. Fast sämtliche Legeer in Gelsenkirchen gehören nun der Organisation an. Als erster Punkt stand die Neuregelung der Beiträge zur Verhandlung. Da durch die Lohnbewegung der Stundenlohn auf 70 $\frac{1}{2}$ gestiegen ist, mußten auch unsere Verbandsbeiträge statutengemäß erhöht werden. Die Versammlung beschloß, vom 1. August an einen wöchentlichen Beitrag von 65 $\frac{1}{2}$ für die Hauptkasse und eine monatliche Marke von 20 $\frac{1}{2}$ für die Lokalasse zu zahlen. Dann wurde die Wichtigkeit des Bestehens- oder Geschäftsbelegensystems erläutert und für jedes Geschäft ein Kollege als Delegierter bestimmt. An Stelle des Kollegen G. Reuch wurde der Kollege G. Vieh für die „Grundstein“-Kollektortage und die Eintreffung der Beiträge bestimmt. In Punkt „Verschiedenes“ kamen einige kleine Karambolagen mit einigen Unternehmern zur Sprache, worin es sich um ungewisse Punkte betriebs Innehaltung des Tariffs handelte, doch konnten die Fragen noch am selben Tage geregelt werden. Sodann verlas der Vorsitzende ein anonym eingegangenes Schreiben, das sich mit der Person des früheren Kollegen, jetzigen Werführers R. Böse, beschäftigt. In dem Schreiben wird beantragt, Böse für ein Jahr aus dem Verbande auszuschließen und den Ausschluss in „Grundstein“ zu veröffentlichen, aus folgenden Gründen: 1. weil er ein Stück seines Werkzeuges den Arbeitswilligen zur Verfügung stellte; 2. weil er nicht organisierte Legeer für seine Firma zu gewinnen suchte; 3. weil er Streikbrecher, die von den Streikenden von gesperrten Arbeitsplätzen fortgeholt waren, für seine Firma zu gewinnen suchte, trotzdem die Firma ihren Bedarf an Legeern aus dem Bestand der Streikenden decken konnte. In der Debatte über dieses Schreiben wurde von einer Seite darauf hingewiesen, daß ein anonymes Schreiben nicht statthaft sei. Die Kollegen konnten das in diesem Falle aber nicht berücksichtigen. Da die in dem Antrage angeführten Tatsachen wahr waren, so gelangte er zur Annahme. Nachdem der Vorsitzende dann noch um regelmäßigen und pünktlichen Besuch der Versammlungen ersucht hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 22. bis 28. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der hiesigen Verwaltung in Kiel \mathcal{M} 600, Steilitz 600, Hamburg 600, Friedrichsberg 800, Hamburg-Opendorf 800, Barmen (Wart) 800, Rottmischel 200, Bremen 162 $\frac{1}{2}$, Segeberg 150, Friedrichsberg 130, Heidelberg 120, Jordan-Paradies 100, Celle 100, Frankfurt 60, Dresden-Strießen 100, Salzmünster 100, Uelsen 40. Summa \mathcal{M} 3962,21.

Zuschüsse erhielten: Wilmersdorf b. Berlin \mathcal{M} 800, Neu-Langow 200, Hohen-Neundorf 200, Dessau 100, Cassel 100, Hamm 1. Wehl. 100, Ober-Schönweide 60, Bremerhaven 50, Königstein (Taunus) 40. Summa \mathcal{M} 1150.

Konto a. den 28. Juli 1906.

Karl Reisch, Kassapfänger, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschul, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorsitzenden werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Anfälle, die in der Führung der Belegschaften und der überführten Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anfallen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschulbestimmungen und über Submissionsangelegenheiten.)

Wochm. Beim Abbruch einer Fachwand in Möbels Fabrik, Abteilung Düsseldorf Hochbaugesellschaft, kam am Freitag Nachmittag, den 27. Juli, unser Mitglied, der Italiener Pietro Florit zu Tode. In dem Augenblick, als die geladene Wand umgestürzt wurde, kam er unglücklicherweise unter die stürzende Masse und wurde darunter begraben. Nach angestrengter Arbeit konnte er nur als Leiche geborgen werden. Die anderen Arbeiter, sämtlich Italiener, ergreifen nach dem Unglück panikartig die Flucht und kehrten erst nach geraumer Weile an die Unfallstelle zurück. Inwiefern die Unfallverhütungsvorschriften bei dieser Arbeit in Betracht kommen, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben. Anzunehmen ist, daß sie gräblich verletzt worden sind. — Ferner berungelte an demselben Tage am Neubau des hiesigen Güterbahnhofes der Kollege Fritz Harms beim Walentrage, infolge eines verfrachten und falschen Kommandos. Der Verletzte trug vorn als erster Mann auf der rechten Schulter; die anderen sechs Kollegen trugen links. Als „abwerfen“ kommandiert und der Balken abgemessen wurde, kam Harms zu Fall und quetschte sich Schulter, Kinnbacken und beide Beine derart, daß er nach Hause gebracht werden mußte. Verwunderlich muß es erscheinen, daß an diesem Bau schon nicht mehr Unglücksfälle vorgekommen sind, denn es herrscht dort eine Unvorsichtigkeit, wie man sie selten antiff.

Liebenstein. Auf dem Umbau des Glasmeisters Hofp bezuglachte der Kollege Bräuner aus Ellingshausen,

indem er durch eine neue Decke durchdrach und abstützte. Die Ralte war 1,65 m weit genagelt und außerdem noch verflocht und saul.

Moskau. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am 21. Juli in Moskau am Neubau des Beamenwohnhauses Baunstraße, Unternehmer Rofal aus Görden. Beim Zügen eines Stiebs führte der Maurer Gustaf Schöder aus Friedrichsberg 18 m auf das Straßenpflaster herab. Der herbeigerufene Arzt, Dr. Gübner, konnte nur den in zwischen eingetretenen Tod konstatieren. Desamtllich haben die Moskauer Maurer über diesen Bau die Sperre verhängt. Schöder war „arbeitswillig“, nun mußte er sein unsolidarisches Handeln mit dem Tode büßen. Die „Moskauer Zeitung“ schreibt zu diesem Fall, daß die Bauleitung keine Schuld habe, es scheine sich um einen Fehltritt oder um eigene Unvorsichtigkeit des Verunglückten zu handeln; alle Sicherheitsmaßnahmen wären getroffen gewesen. Wir meinen dagegen, wäre dies der Fall gewesen, dann hätte ein derartiger Fall nicht passieren können, es hätte wenigstens ein Fangnetz angebracht sein müssen. Es ist überhaupt zu bewundern, daß nicht schon früher ein Unglücksfall passiert ist, da in dieser Straße ein sehr lebhafter Verkehr herrscht.

Moskau. Am 23. Juli waren einige Zimmerer bei einem Bau am Bahnhofs-Gaule in der Augustenstraße beschäftigt, als plötzlich das Gerüst einstürzte. Der Zimmerer Kref, der Bauarbeiter Hart und der Bauherr Baß erlitten mehrere Verletzungen, die jedoch glücklicherweise nur leichter Natur sein sollen. Der Unfall soll durch Brechen eines Knebelriegels entstanden sein.

Saigmedel. Am 23. Juli hat sich schon wieder ein Unfall an dem Bau der Beamenhäuser der Staatsbahn ereignet. Der Kollege G. Schmidt war damit beschäftigt, am Giebel des dritten Stockwerks Rüstung zu bauen. Dabei sprang er von dem neugebauten Gerüst auf das darunter liegende. Hier aber hatte man eine Anzahl Knebelriegel weggezogen, so daß Schmidt mit den Beinen hinfällt. Er erlitt eine Verletzung der Wirbelsäule und des linken Fußes.

St. Petersburg. Schon wieder ist ein Unfall, diesmal mit tödlichem Ausgang, bei der Königsberger Millionenfirma Sandmann, die hier den Erweiterungsbau der Zellstofffabrik ausführt, zu verzeichnen. Es ist dieses der vierte Unfall, der auf Konto der genannten Firma im Laufe eines halben Jahres geschehen muß. Organisierte Arbeiter bildet die Firma in ihrem Betriebe nicht. „Christliche“ und Italiener sind ihr die liebsten. Die Arbeitszeit ist die denkbar regelloseste. Um 4 Uhr Morgens hämmert und stampft das Geier der Arbeitsbienen schon und Abends geht dies so lange, als die Sonne scheint. In wohnwüßiger Hast werden die Arbeiter von einer Schaar von Antreiber zu äußerster Kraftanstrengung angehalten. Schutzvorrichtungen usw. sind meistens unbekannte Dinge, und auch der hier in Rede stehende Unfall ist auf die angeführten Mängel zurückzuführen. — Am neu erbauten Kocher brach man das Gerüst herunter, die abgenommenen Balken und Bretter aus schwebelnder Höhe hinabwerfend. Unten wimmelt es von Arbeitern, die von den Antreibern angepörrt, die Gefahr, in der sie schweben, nicht einmal ahnen. Den Arbeiter Albert Thurnau, 29 Jahre alt, und seit dem vorigen Herbst verheiratet, der mit Ries tarren beschäftigt war, trifft ein starker, etwa 1 $\frac{1}{2}$ m langer Balken auf den Kopf. Rautlos bricht er zusammen und nach einigen Stunden qualvollen Leidens ist er eine Leiche. Arbeiterlos! Wer wird die Schuld nun büßen? Herr Sandmann nicht, das ist schon heute sicher. Wohl aber ein anderer: ein Kolier vielleicht oder sonst einer der Antreiber. Einer jener Leute, die um ein paar Bettelpennige mehr, die ihnen der Kapitalist hinwirft, sich dazu gebrauchen lassen, gleich Schonen über ihre Arbeitsdrücker herzufallen, mit Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen risikollos zu spielen. Die von den Italienern ausgeführten Wölbungen sind derart mangelhaft ausgeführt, daß schon jetzt sich Ziegelsteine lockern und die Arbeiter, die mit der Ausführung der Betonarbeiten über diesen Wölbungen beschäftigt sind, sich weigern, diese Arbeiten wegen der Gefahr des Einsturzes auszuführen. Wie viel Arbeiter werden, bis die Fabrik fertig sein wird, noch Gesundheit und Leben dort lassen müssen? Wird die Polizei nun endlich dafür sorgen, daß die erforderlichen Arbeiterschulbestimmungen auf der Baustelle von Sandmann eingegeben werden?

*** Warnung vor San Francisco.** Im „Vorwärts“, lesen wir folgende beachtenswerte Warnung: Für San Francisco werden Arbeiter verlangt; in deutschen Zeitungen finden sich Angaben, die sehr verlockende Löhne in Aussicht stellen: für ungelernete Arbeiter, Sandlanger, \mathcal{M} 10; für Handwerker \mathcal{M} 28 bis \mathcal{M} 32 Tagelohn. Solchen Anwerbungen gegenüber dürfte eine richtige Aufklärung über die Verhältnisse in San Francisco wohl am Platze sein. In erster Linie dürfen amerikanische Unternehmer keine Arbeiter im Auslande kontraktlich anwerben. Durch ein Bundesgesetz ist solchen Arbeitern die Landung in Amerika nicht gestattet. Sie werden zurückgeschickt und haben ihr Fahrgeld verloren. Nun mag mancher recht schlau sein wollen und denken: „Ja, davon braucht man nichts zu berauten; das behält man hübsch still für sich.“ — Aber die Sache ist doch nicht so einfach. Der Arbeiter muß über Vorratmittel bei der Landung verfügen (ein verheirateter Arbeiter muß wenigstens \mathcal{M} 200 in der Tasche haben) und er muß den vielfachen, anderen Einwanderungsbestimmungen genügen. Davon abgesehen, ist der im Auslande abgeschlossene Vertrag ungültig und der Arbeiter dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade überliefert. Die angeführten Löhne werden den amerikanischen Arbeitern in San Francisco gezahlt, aber auch nur als Ausnahmefälle und weil die Gewerkschaft dahinter steht und für ihre Mitglieder diese Löhne erkämpft hat. Und nur eine einzige Gewerkschaft hat den hohen Lohn von \mathcal{M} 28 bis \mathcal{M} 32 pro Tag durchgesetzt, das sind die Maurer, aber nur die besten Maurer erhalten diesen Tagelohn. Zimmerer und Schreiner bekommen nur \mathcal{M} 14 bis \mathcal{M} 18 pro Tag. (Es handelt sich überhaupt nur um Bauarbeiter.) Demgegenüber stehen aber nun die hohen Preise für Waren aller Art und auch für Lebensmittel, die seit dem Erdbeben in San Francisco außerordentlich gestiegen sind. Ein Arbeitermangel besteht in San Francisco nicht, wie jüngst erst der staatliche Arbeitskommissar von Kalifornien amtlich bekannt gegeben hat. Ebenso haben sich die Gewerkschaften von San Fran-

cisco dagegen vermehrt und ihren Arbeitskräften im Osten der Vereinigten Staaten erklärt, daß der Arbeitsmarkt in San Francisco keine besonderen Chancen für sie bietet. Zu den angeführten Können können die Unternehmer maßlos amerikanische Arbeiter bekommen. Wenn sie deutsche Arbeiter anwerben, so wollen sie von vornherein billigere Arbeiter haben. — Nach dem Erdbeben hatten die Gewerkschaften erklärt, daß sie die für die günstige Lage nicht ausbeuten wollten und zu denselben Löhnen weiter arbeiten würden wie bisher. Dafür wurde ihnen uneingeschränkter Lohn von der Unternehmerseite zu teil. Für so dummt hatte man die Gewerkschaften kaum gehalten. Diese waren nämlich naiv genug, zu glauben, daß die Kapitalisten mit ihren Freisen auch nicht in die Höhe gehen würden. Nun setzte aber eine große Forderung ein in Wohnungsmieten, Warenpreisen und Lebensmitteln, und die Verträge der organisierten Arbeiter, die sie und da gemacht wurden, höhere Löhne zu erzielen, wurden als Verbrechen, als Vortrüb angesehen. Jetzt bemüht man sich, im Auslande Arbeiter anzuwerben, entgegen den Landesgesetzen, und prüft und löst mit 28 und 32 Tagelohn, die gezahlt werden — können.

Aus anderen Berufen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1905.

Das „Centralblatt“ veröffentlicht den Bericht über die christlichen Gewerkschaften. In diesem Bericht werden über Mitgliederbewegung, Kasseneinnahmen und Lohnbewegungen und Streiks ziemlich eingehende Darlegungen gegeben. Der christlichen Gewerkschaftstätigkeit hat es außer manchen anderen der Fehler an, daß sie sich aus über Vereinigungen erhebt, die der offiziellen Verbindung, dem „Gesamtsverband“, nicht angehören, denen auch fast durchweg jeder gewerkschaftliche Charakter abgesprochen werden muß. Warum diese recht harmlosen vergrößerten Klubs und Streikbünden den Gewerkschaften zugezählt werden, liegt klar auf der Hand: sie füllen, sie bringen voluminöse Zahlen, und das können die Christlichen gerade gut gebrauchen. Von der stärksten dieser sogenannten Organisationen, dem deutschen Eisenbahnhändlerverein, sagt der Bericht selbst: „Von dem deutschen Eisenbahnhändlerverband mit seinen rund 40 000 Mitgliedern erfährt die Öffentlichkeit fast nichts; derselbe ist daher völlig einflusslos, und daraus erklärt sich, daß das Vertrauen der Mitglieder zu demselben immer mehr schwindet.“

Dieser Verein hat im Jahre 1905 die Kleinigkeit von etwas über 7000 Mitgliedern verloren. Weñlich steht die Sache mit dem „Verein zur gegenseitigen Hilfe in Österreich“, es ist dies der zweitgrößte Verein dieser Sorte. Von ihm sagt der Bericht:

„Dieser Verband hatte im Jahre 1900 schon über 15 000 Mitglieder, und heute, nach einigen für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich günstigen Jahren, ist derselbe, anstatt vorwärts, auf 10 000 Mitglieder zurückgegangen. Und bei dem gegenwärtigen Organisationsstadium besteht auch keine Aussicht, vorwärts zu kommen.“

Wenn also die christlichen Gewerkschaften mit ihren Mitgliederzahlen renommieren wollen, so müssen sie die gefälligst derartige Ausorganisationen aus ihrer Zusammenstellung fortlassen. Im unfernen Kollegen diese Gebilde kenntlich zu machen, seien sie hier zugleich mit ihren Mitgliederzahlen, Jahreseinnahmen und Kasseneinständen aufgeführt:

Organisation	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Gesamteinnahme	Kasseneinstand 31. Dezbr. 1905
	1904	1905	M.	M.
Deutsche Eisenbahnhändlerverein	48903	41436	100999	81805
Württembergische Eisenbahner	6500	7500	17295	15168
Bayerische Eisenbahner	5409	6000	14567	7000
Bayerisches Volkspersonal	7782	8611	39559	52473
Württemberg. Volkspersonal	2500	2557	5746	6166
Verein z. geg. Hülfe (Schlef.)	11116	10000	50042	108584
Bayerische Salinenarbeiter	718	822	2890	2810
Summa...	82928	76926	231068	273806

Mit der einfachen Aufzählung kann unser Interesse für sie erschöpft sein. Anders verhält es sich mit dem Gesamtverband angeschlossenen Verbänden, die eigentlich auch nur allein als christliche Gewerkschaften anzupreisen sind. Von ihnen wollen wir in den nachstehenden Zeilen eine Darstellung geben, und wollen uns dabei lediglich auf eine Aufzählung und Sichtung des von dem Gesamtverband zusammengefaßten statistischen Materials beschränken. Was außerdem über die christlichen Gewerkschaften zu sagen sein wird, läßt sich bei der Besprechung ihres vom 22. bis 26. Juli in Breslau abgehaltenen Kongresses erledigen.

Sehen wir uns zunächst die Mitgliederbewegung an. Wie es nicht anders zu erwarten war, hat die gute Geschäftperiode des verfloffenen Jahres auch auf die Mitgliederzahl der Christlichen günstig eingewirkt. Vornehmlich sind es vier christliche Verbände, die davon in größtem Umfange profitiert haben. Nämlich der Gewerbeverein der Bergarbeiter, der Metallarbeiterverband, der Bauarbeiterverband und der Textilarbeiterverband. Bei allen diesen Verbänden haben die in diesen Industrien geführten heftigen Kämpfe viel zu diesem Wachstum beigetragen. Bei den Bergarbeitern der große Streik im Ruhrrevier, bei den anderen Berufen die fortwährende Beunruhigung durch große Ausperrungen. Wir haben schon oft ausgesprochen, daß diese vom Unternehmertum inszenierten Massenbewegungen ein gewichtiger Faktor bei der Aufstellung der indifferenten Arbeitermassen sind. Von den anderen christlichen Verbänden hat noch der Holzarbeiter- und der Transportarbeiterverband annehmbare Erfolge aufzuweisen. Die nachstehende Tabelle gibt näheren Aufschluß darüber.

Zu dieser Tabelle ist noch zu bemerken, daß der Bayerische Eisenbahnerverband schon länger bestand; er hat sich aber im Jahre 1905 dem Gesamtverband angeschlossen, und so figurieren seine 19 000 Mitglieder als Zugabe, sie müssen, wenn man den Gewinn an neuen Mit-

gliedern feststellen will, davon in Abzug gebracht werden. Die Mitglieder sind aus dem Gesamtverband ausgeschieden, ihre 1800 Mitglieder sind also bei der Gesamtziffer zu streichen. Unter Berücksichtigung dessen würde also die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 186 306 betragen, die Zunahme schrumpft auf 61 550 zusammen.

Organisation	Zahl der Organisationen am 31. Dezbr. 1905	Mitgliederzahl	
		Jahresdurchschnitt	Anzahl
		1904	1905
Bergarbeiter	517	43400	71500
Textilarbeiter	216	17685	24735
Bauhändlerverein	361	12676	20679
Bayer. Eisenbahner	94	—	19000
Metallarbeiter	310	9817	17563
Holzarbeiter	227	6036	8386
Transportarbeiter	178	5692	8329
Tabakarbeiter	62	2056	2851
Keramarbeiter	98	900	2800
Heimarbeiterinnen	19	2680	3077
Leberarbeiter	78	1784	2138
Bergarbeiter	—	1274	1800
Schneider	70	1390	1962
Malen u. Anstreicher	48	1800	1500
Graphisches Gewerbe	25	850	740
Flößer	12	198	380
Fleischer	4	600	500
Krankenpfleger	14	318	368
Summa...	2333	107556	188106

Die Kinderkrankheit der Christlichen, seine Gelegenheit zur Kellame unbenutzt vorübergehen zu lassen, veranlaßt sie nun, auch, dem Bericht nach die Mitgliederzahlen vom 1. April 1906 anzufügen. Danach hätten zu dieser Zeit Mitglieder: die Bergarbeiter 70 114, Textilarbeiter 31 837, Bauarbeiter 25 763, Bayer. Eisenbahner 21 000, Metallarbeiter 19 422, Holzarbeiter 10 205, Transportarbeiter 12 957 usw. Außerdem hat sich noch der Gärtnerverband mit 320 Mitgliedern angeschlossen.

Ueber die Kasseneinstände gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Organisation	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe	Kasseneinstand am 31. Dez. 1905 in der Hauptkasse
	M.	M.	M.
Bergarbeiter	901116	782728	389490
Textilarbeiter	815917	300197	140437
Bauhändlerverein	392609	378511	52969
Bayerische Eisenbahner	191309	129862	332335
Metallarbeiter	265417	214504	132441
Holzarbeiter	162441	143908	52438
Transportarbeiter	81357	77980	17257
Tabakarbeiter	23720	18868	7448
Keramarbeiter	23628	23628	1545
Heimarbeiterinnen	9753	6748	6748
Leberarbeiter	23607	24058	5848
Schneider	18084	20794	1597
Malen u. Anstreicher	16314	15268	2008
Graphisches Gewerbe	10445	8857	2668
Flößer	2743	2841	758
Krankenpfleger	1962	1759	611
Summa...	2443122	2150511	1146498

Einschließlich der Kasseneinstände betrug das Vermögen aller Verbände 1 249 408, die Kasseneinstände haben also etwas über 100 000 zur Hand. Die Entwicklung des Kasseneinstandes veranschaulichen folgende Zahlen, die sich auf die dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände beziehen:

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Kasseneinstand
1905	2443122	2150511	1249408
1904	894517	711470	690874
1903	678252	552447	455970
1902	469010	328456	335086
1901	395367	209533	—

Von den weiteren Angaben über das Kasseneinstehen sind besonders die Zahlen über die Einnahmen und den wöchentlichen Beiträgen, sowie die über die Ausgaben für Streiks und Unterhaltungen zur Beurteilung der Organisation von Wert. Folgende Tabelle gibt eine diesbezügliche Darstellung:

Organisation	Einnahmen aus dem wöchentlichen Beiträgen	Ausgabe für	
		Streiks und Unterhaltungen	andere Unterhaltungen
	M.	M.	M.
Bergarbeiter	492957	436445	115385
Textilarbeiter	264349	170496	16658
Bauhändlerverein	818332	174703	7868
Bayerische Eisenbahner	162940	—	67001
Metallarbeiter	212424	111966	10789
Holzarbeiter	128569	64451	5286
Transportarbeiter	72915	22852	2390
Tabakarbeiter	19286	1342	650
Keramarbeiter	20200	3710	1726
Heimarbeiterinnen	5295	237	2162
Leberarbeiter	23839	4062	1639
Schneider	15234	7198	1017
Malen u. Anstreicher	12361	748	276
Graphisches Gewerbe	7718	2110	346
Flößer	2318	—	519
Krankenpfleger	1705	—	45
Summa...	1760242	1000320	233101

Abgesehen von dem Gewerbeverein der Bergleute handelt es sich zum größten Teil um verschwindend kleine Zahlen, nur die für Streiks aufgewendeten Summen der Textil-, Metall- und Holzarbeiter und der Bauhändlerverein machen eine Ausnahme, sie sind in Anbetracht der Mitgliederzahl dieser Verbände ganz ansehnliche Leistungen.

Es bleibt nun noch zu betrachten, was die christlichen Gewerkschaften über ihre Lohnbewegungen zu berichten haben. Die gesamten Verbände hatten 614 Lohnbewegungen, davon führten 298 zu Streiks und Ausperrungen. Die Streiks ergeben nach dem Bericht folgendes Bild:

Organisation	Zahl der Streiks und Ausperrungen	Zahl der an Streiks und Ausperrungen beteiligten Personen
Bergarbeiter	1	60000
Textilarbeiter	33	2755
Bauhändlerverein	86	8058
Metallarbeiter	63	5488
Holzarbeiter	52	1296
Hilfs- u. Transportarbeiter	23	1338
Keramarbeiter	4	451
Leberarbeiter	6	30
Schneider	19	621
Malen u. Anstreicher	7	290
Graphisches Gewerbe	4	275
Summa...	298	80802

Die Zahl der beteiligten Personen steht mit ihren 80 000 sehr voluminös aus, zieht man aber die 60 000 Bergarbeiter ab, so bleibt eine weniger stattliche Zahl. Wie die Lohnbewegungen, die sich ohne Streiks erledigten, verlaufen, ist aus dem Bericht nicht zu erfahren. Für die Streiks und Ausperrungen werden folgende Angaben gemacht:

Organisation	Es waren von den Streiks			Zarbeitsverträge wurden abge-schlossen	Der Verband ist an Streiks beteiligt
	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos		
Bergarbeiter	—	1	—	—	—
Textilarbeiter	10	16	7	50	103
Bauhändlerverein	76	—	10	90	184
Metallarbeiter	18	15	30	—	—
Holzarbeiter	24	21	7	23	38
Hilfs- u. Transportarbeiter	7	8	8	12	34
Keramarbeiter	1	2	1	8	8
Schneider und Leberarbeiter	2	1	3	—	—
Schneider	8	6	5	11	17
Malen u. Anstreicher	3	2	2	6	5
Graphisches Gewerbe	2	2	—	—	—
Summa...	151	74	73	199	349

Das ist alles in allem das, was der Bericht an tatsächlichen Material von Bedeutung bietet. Von der Presse bleibt noch zu sagen, daß jetzt alle Verbände eigene Organe haben, und zwar erscheinen insgesamt 24 mit einer Gesamtauflage von 362 000 Exemplaren. Wöchentlich erscheinen 14 vierzehntägig 9 und monatlich 1. Die letzten Ausführungen im Bericht bringen neben den obligaten Ausfällen auf die unabhängige Arbeiterbewegung und einigen recht zahmen protestierenden Wendungen gegen Behörden usw. auch einige Bemerkungen, die für die Entwicklung der Anschauungen im christlichen Lager immerhin von Belang und Interesse sind. Zu deren Würdigung bietet sich aber noch später Gelegenheit.

Und nun noch eine Bemerkung zum Schluß. Die hier wiedergegebenen Zahlen und Angaben verdienen das größte Interesse aller Kollegen, die reger Anteil an der Gestaltung unseres deutschen Gewerkschaftswesens nehmen. Es wäre töricht, wollten wir die christliche Bewegung ignorieren. Nein, das Gegenteil müssen wir tun! Wir müssen sie immer besser kennen lernen, ihre Entwicklung nicht nur unter lokalen, sondern auch unter dem allgemeinen Gesichtspunkt betrachten. Die in ihr wirkenden Kräfte und Strömungen kennen lernen, heißt, ihre endgültige Ueberwindung vorbereiten.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Solidarität geht vor Recht! So hat neuerdings das Reichsgericht nach einer in der „Allgemein-Deutschen Arbeiter-Zeitung“ abgedruckten Entscheidung entschieden. Es handelt sich um folgenden Fall:

Ein Architekt hatte mit einem Zimmermeister einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem letzterer die Zimmerarbeiten für ein von dem ersten auszuführendes Gebäude übernahm. In dem Vertrage war u. a. vereinbart, daß die Zimmerarbeiten an einem bestimmten Tage fertig sein sollten, und daß der Zimmermeister bei Ueberbreitung dieses Termins für jeden Tag der späteren Fertigstellung der Arbeiten 100 Konventionalstrafe zahlen sollte. Ausdrücklich hatte man jedoch die Klausel aufgenommen, daß Witterungseinflüsse, Streiks und sonstige Umstände, auf welche der Zimmermeister keine Macht ausüben in der Lage sei, ihn für die Dauer der Hinderung von der Konventionalstrafe befreien sollten, wenn er beim Eintritt des Hinderungsgrundes dem Vertragsgegner schriftliche Anzeige mache. Nun trat in dem in Betracht kommenden Orte ein partieller Streik der Zimmergesellen aus, von welchem jedoch der Betrieb des hier in Rede stehenden Zimmermeisters nicht betroffen wurde. Inzwischen beschloß die Innungsversammlung der Zimmermeister, daß bei allen Innungsmitgliedern des Ortes sämtliche Zimmergesellen entlassen werden sollten, falls die über die erwähnten Betriebe verhängte Sperre nicht bis zu einem bestimmten Tage aufgehoben sein würde. Da die Gesellen die Sperre fortbestehen ließen, so wurden nun von allen Zimmermeistern die Gesellen entlassen, und so kam es, daß der Zimmermeister, von welchem in dem vorliegenden Rechtsfall die Rede ist, die Arbeit bis zu dem festgesetzten Tage nicht fertigstellen konnte, sondern erst 10 Tage später, worfür ihm der Architekt 1600 von seiner Forderung abgab,

indem er behauptete, es sei nicht ein Streit gewesen, der die Ginnasschließung des Termins der Fertigstellung der Arbeiten verurteilte, sondern die Aussperrung seitens des Meisters selber. Das könne er aber nicht als berechtigten Grund zur Ginnasschließung des Termins gelten lassen. Der Zimmermeister, sagte nun den Meisterrat seiner Forderung ein, und alle Instanzen, zuletzt das Reichsgericht, gaben ihm Recht. — Vandergier und Oberlandesgericht sprachen sich dahin aus, daß bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Solidarität aller derjenigen, welche gleiche Interessen verfolgen, eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes bilde; der sogenannte partielle Streik muß daher dem Generalstreik gleichgestellt und als ein Hindernis angesehen werden, für dessen Folgen, insofern sie eine Verzögerung der Arbeit mit sich bringen, der Streik nicht verantwortlich gemacht werden kann. — Gegen diese Erwägung hat das Reichsgericht keine Einwendung erhoben. Allerdings sei dem erwähnten Zinnschluß eine zwingende Kraft nicht beizumessen, hieraus ergibt sich jedoch noch nicht, daß der Zimmermeister, indem er durch Befolgung des Beschlusses eine Verzögerung in der Fertigstellung der übernommenen Arbeiten herbeiführte, dem Verfall der angeführten Vertragsbestimmung verurteilt werden könnte. Die Vorinstanzen saßen die Vertragsbestimmung dahin auf, es entspreche ihrem Sinne, daß die durch den Streik der Gesellen hervorgerufene Aussperrung als ein Umstand anzusehen ist, welcher die verspätete Fertigstellung der übernommenen Arbeiten hinreichend entschuldigt. Die angeführte Entscheidung beruht also auf der Auslegung des fraglichen Vertrages, und es kann keine Rede davon sein, daß dabei ein Rechtsirrtum oder ein prozessualer Verstoß unterlaufen wäre.

Was hier die familiären richterlichen Instanzen über die Pflichten der Solidarität von Rechts wegen verurteilt haben, das sind wahrhaft goldene Worte! Es ist da mit klaren Worten ausgesprochen, daß die Pflicht der Solidarität höher steht, als selbst das geschriebene Recht, und diese Auffassung ist, das sei nochmals hervorgehoben, vom Reichsgericht bestätigt worden. Mit dieser reichsgerichtlichen Entscheidung ist dem bisher-im-Deutschen-Reiche üblich gewordenen „Arbeitswilligenstube“ das vernichtendste Urteil gesprochen! Wenn streikende Arbeiter Streikposten ausstellen, wenn diese Streikposten auf Arbeitswillige einzuwirken suchen, daß dieselben die Pflichten der Solidarität üben; wenn hier und da bei dieser Erinnerung an die Pflichten der Solidarität ein dazwischenfallendes Wort fällt — in allen diesen Fällen lassen sich die streikenden und oftmals auch ausgesperrten Arbeiter von dem Gedanken leiten, daß bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Unternehmern Solidarität aller derjenigen, welche gleiche Interessen verfolgen, eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes bilde.

Dabei gehen aber die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in ihren Anforderungen an die Rechtsprechung in Bezug auf das Koalitionsrecht noch lange nicht so weit, wie in diesem Falle sämtliche richterliche Instanzen gegangen sind: daß vor der Pflicht der Solidarität selbst das formale Recht zurückzutreten habe!

Und so steht denn unbefriedigt und unzweifelhaft fest, daß diese reichsgerichtliche Entscheidung im schroffen Widerspruch steht zu der bisher im Deutschen Reich geübten und oftmals vom Reichsgericht bestätigten Zustimmung gegen streikende und ausgesperrte Arbeiter!

Die Zukunft wird also lehren, ob die deutschen Arbeiter auch dieses an sich vernünftige Urteil auf das Konto „Klassenjustiz“ zu buchen haben werden; ob durch dieses Urteil der Grundlag: Was den Unternehmern von Rechts wegen erlaubt, wird an Arbeitern von Rechts wegen gestraft in brutaler und unverhüllter Weise öffentlich verurteilt werden, oder ob es endlich in Deutschland dahin kommen wird, daß auch den Arbeitern das Recht zugestanden wird, innerhalb der bestehenden Rechtsgrenzen das Koalitionsrecht frei und ungehindert betätigen zu können. Denn für die Arbeiter, die wirtschaftlich Schwachen, gilt in noch weit höherem Maße der Grundlag, daß „die Solidarität aller derjenigen, welche gleiche Interessen verfolgen, eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes“ ist!

Wie aber auch die Dinge sich gestalten mögen, ob das Reichsgericht den von ihm aufgestellten Grundlag nur für die wirtschaftlichen Kämpfe der Unternehmer gegen Arbeiter, oder ob es denselben für alle wirtschaftlichen Kämpfe gelten lassen will: die Arbeiterklasse wird den vom Reichsgericht aufgestellten Grundlag sich unter allen Umständen zu eigen machen und danach handeln — auch wenn ihre Angehörigen wie bisher dafür bestraft werden!

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Suttiger, Paul Singer) Heft 44 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Staatsstreik des Jaren. — Zur Frage der Landarbeiterorganisation. Von Otto Albrecht. — Biegeleben. Von Luitpold. — Massenstreik und Landarbeiter. Von Karl Marchionini (Königsberg). — Die Sanierung des Wohnungswesens in Hamburg. Von Emil Fischer. — Literarische Rundschau: Dr. Friedrich Schomann, Halbtagslicht hat Gattungslicht für herbeizutende Industriearbeiterinnen. Von Dorothea Schlegel-Schlein. Dr. Friedrich Bauer, Versteht als Gewerkschaftsleiter. Von Dr. K. K. K. — Ein Jahr, Skizzen und Gedichte. Von Ernst Krenowski. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Die Neue Gesellschaft.“ Heft 31. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Staatsstreik des Jaren. Probenummern dieser Wochenschrift sind gratis vom Verlag: Berlin W 16, Meinelstraße 5, zu beziehen. Preis pro Heft 10 A.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Eidelmann; Verlag: Paul Singer, Berlin. Soeben ist die Nr. 80 dieser Zeitschrift erschienen. In dem Beitrag „Kommunale Vorbereitung“ weist Siegfried W. auf diese von italienischen Stadtverwaltungen in Angriff genommene Aufgabe des Gemeindefortschritts hin. Der Artikel „Klassenpolitik und Arbeiterrechte“ von Otto H. H. behandelt die den Arbeiterbestrebungen feindliche Haltung der Dresdener Kommunalverwaltung. Die Leipziger Wahlrechtsveränderung ist in der Rubrik „Gemeindefortschritt“ unter die Lupe genommen; Betrachtungen über die Fürsorgeanstalt für Lungenkranke der Stadt Mainz finden sich unter „Gesundheitswesen“. Besonders reichhaltig ist in der vorliegenden Nummer die Abteilung „Kommunale Sozialpolitik“.

Die „Kommunale Praxis“ kostet vierteljährlich M. 2,50; man abonniert bei allen Postanstalten, Zeitungs- und Buchhandlungen; Probeexemplare versendet der Verlag gratis und franco.

Briefkasten.

Lampertheim, B. R. Die Sache eignet sich nicht zur Veröffentlichung.

Woorburg, R. M. Solche Ehrenerklärungen nehmen wir nicht auf, das haben wir doch schon so oft bekannt gegeben. Wenn der Betreffende diese Erklärung in der Versammlung abgibt und es wird ein Bericht über die Versammlung eingeleitet, dann ist das etwas anderes.

Kurtzschlag, W. G. Sie müssen zahlen, der ortsübliche Tagelohn des Wohnortes muß zu grunde gelegt werden. Einshorn, J. F. Wenn Sie den „Grundstein“ gründlich gelesen hätten, dann könnten Sie zu einer derartigen Frage nicht kommen. Lesen Sie nur die Nummer, in der Sie den fraglichen Bericht vermutet, von Anfang bis zu Ende gründlich durch, dann werden Sie die Antwort auf Ihre Frage schon finden.

Königsblütte, K. G. Wir halten es für überflüssig, die verurteilten Agitatoren der christlichen Agitatoren, die Einnahmen unseres Verbandes fließen zum größten Teile in die Hände der sozialdemokratischen Partei, auch nur einer Silbe der Erwiderung zu würdigen. Dieser Widerspruch ist schon so oft zurückgewiesen worden und außerdem so einseitig und abgebrochen, daß vernünftige Menschen sich damit gar nicht mehr beschäftigen.

Kurtzschlag, A. W. R. Aus Ihrem Schreiben können wir beim besten Willen nicht erkennen, welche Frage Sie eigentlich beantwortet wissen wollen, da Sie eine solche überhaupt nicht gestellt haben. Sie müssen sich schon etwas präziser ausdrücken.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 A.)

Altenburg. Am 27. Juli starb nach längerem Leiden der Verbandskollege **Friedrich Bromme** an Magenkrebs.
Berlin. Am 25. Juli starb unser altes, treues Mitglied **Carl Fleischer** im Alter von 50 Jahren an Lungenleiden und Herzschlag.
Düsseldorf. Montag, den 23. Juli, starb unser Verbandskollege **Josef Baba** im Alter von 22 Jahren an Herzfehler und Lungenkatarrh.
Freienwalde a. d. O. Am 24. Juli starb infolge eines Unfalls infolge seiner Verbandskollege und Hilfskassier **August Krüger** aus Steinbeck. Wir verlieren in ihm ein eifriges Mitglied.
Guben. Am 26. Juli starb unser Kollege **Wilhelm Stange** aus Neuenhof im Alter von 19 Jahren an Lungenleiden.
Paderborn. Am 23. Juli starb unser treuer Kollege **Eduard Hill** im Alter von 33 Jahren an Lungen- und Nierenschleichen.
Ramen. Dienstag, den 24. Juli, starb infolge Unfalls infolge unser treuer Kollege **Heinrich Klages** im Alter von 20 Jahren.
Karlsruhe-Kuilingen. Am 23. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Wihl. Hoffmann**.
Regin. Am 22. Juli starb unser treues Mitglied und Mitglied des Vorstandes **Albert Schulz** im Alter von 34 Jahren an Lungenleiden.
Magdeburg. Am 21. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Karl Hanisch** im Alter von 47 Jahren an der Prostatakrankheit.
Hilberberg-Fürth. Am 24. Juli starb unser Kollege **Georg Rössner** im Alter von 48 Jahren.
Sondershausen. Am 21. Juli starb unser Kollege **Michael Onasch** im Alter von 29 Jahren an Typhus. Ehre ihrem Andenken!

Münster i. W.

Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt: **Albert Peters, Weselerstr. 61, 1. Et.**; die des Kassierers: **Heinrich Schmitz, Wesselinghovegasse 13**. Sämtliche Briefe finden an die erste Adresse zu richten. [M. 1,80]

Seesen.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: **Heinr. Fahrman, Altes Amt**. Alle Briefe finden an denselben zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einheit“.

Zahlstelle Deutsch Lissa. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich unser Lokal nicht mehr im „Weissen Adler“, sondern im „Gelben Löwen“ bei Herrn Folger befindet. (Alle Sonntage von 11 bis 12 Uhr Zahltag.) [M. 2,40] **Wilhelm Fischer**, Bevollmächtigter.

Friedersdorf.

Wir fordern die Kollegen auf, Karten und Gelder vom Vergnügen an den Kassierer abzuliefern. Der Vorstand.

Neuhaldensleben.

Sonntag, den 12. August 1906, Nachmittags 3 Uhr, in Herzogs Garten:

Neuntes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert, Kinderbelustigungen und Ball. Sämtliche Kollegen von Neuhaldensleben und Umgegend mit ihren Familien werden freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Lützenburg.

Sonntag, den 5. August 1906:

Sommerversgnügen

bestehend in Preßschießen und Ball. Alle Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40]

Spremberg.

Sonabend, den 4. und Sonntag, den 5. August:

* Stiftungsfest *

verbunden mit Ball und Scheibenschießen. Alle Kollegen von Spremberg und Umgebung werden mit ihren Familien freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Salzwedel.

Sonabend, den 11. August 1906:

Dreizehntes Stiftungsfest

in der „Union“ (Werner). Nachmittags Kinderfanz. Abends Ball. Sämtliche Kollegen von nah und fern sind mit ihren Familien hierzu freundlichst eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert. [M. 3,30] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, den 4. August.

Artern. Abends 7 Uhr im Hotel „Zur goldenen Krone“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonntag, den 5. August.

Arnsvalde. Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Bülow. Nachm. 2 Uhr. Referent: Bauleiter Schwarz aus Langfuhr.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Frankischen Lokale.

Uelzen. Nachm. 3 1/2 Uhr.

Zerbst. Nachm. 3 1/2 Uhr.

Dienstag, den 7. August.

Bitterfeld. Abends 8 Uhr im „Hohenzollern“.

Freystadt. Abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Untel.

Mittwoch, den 8. August.

Guben. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Bücher sind mitzubringen.

Wittenberg. Abends 8 1/2 Uhr bei Otto.

Sonabend, den 11. August.

Schleiz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Wanne. Abends 8 Uhr bei Homburg, Schultze.

Sonntag, den 12. August.

Friedersdorf. Nachm. 3 Uhr bei Baetel. Wahl des Kassierers.

Oebisfelde. Nachm. 3 1/2 Uhr im „Weissen Hof“. Tagesordnung sehr wichtig. Bücher sind mitzubringen.

Werder. Nachm. 4 Uhr bei Koch.

Dienstag, den 14. August.

Schmölln. Abends 8 Uhr im „Gindentha“.

Gesamtliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 13. August.

Tilsit. Mittags 12 Uhr im Stromgasse 7.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 5. August.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: 1. Rassen- und Mitgliedsbuch.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im „Volkshaus“. Rassenstr. 2, 2. Et. Angelegenheit. Mitgliedsbuch legitimiert.

Saarmund. Nachm. 5 Uhr. Abrechnung vom 2. Quartal. Verschiedenes.

Sonabend, den 11. August.

Spandau. Abends 7 Uhr bei Böse. Neumeisterstr. 6. Z.-D.: Abrechnung vom 2. Quartal. Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagshaus Mier & Co. in Hamburg.